

„GASTARBEITER“, FAMILIENNACHZUG, NEUE MIGRATION

Die Zuwanderung der „Gastarbeiter“ – Zur transnationalen Arbeitsmigration der 1960er, 1970er und 1980er Jahre

Nach der Volkszählung vom 21. März 1961 hatte der Anteil nicht-österreichischer Staatsbürger in Oberösterreich 1,4 Prozent betragen. Es wurden damals 9.204 deutsche Staatsbürger und 4.138 Staatenlose (bzw. Personen mit ungeklärter Staatsbürgerschaft) gezählt. Diese Gruppe bestand überwiegend aus (infolge diverser Gründe immer noch nicht eingebürgerten) „Volksdeutschen“. Es wurden ferner im gesamten Landesgebiet 714 Ungarn festgestellt, was darauf hinweist, dass die überwiegende Mehrzahl der Ungarnflüchtlinge aus dem Jahre 1956 Österreich wieder verlassen hatte. 1956 waren in Oberösterreich insgesamt 19.821 Flüchtlinge registriert worden. Das Lager Asten war eine Hauptaufnahmestelle ungarischer Flüchtlinge in Österreich. Es lebten 1961 ferner 610 jugoslawische, 522 italienische, 13 spanische und acht türkische Staatsbürger in Oberösterreich. Insgesamt zählte man 16.549 Nichtösterreicher (Ausländer und Staatenlose). Die Gesamtzahl der Bevölkerung wurde mit 1.131.623 Personen angegeben.⁷⁵⁸

Arbeitskräftemangel und Hebung des Lebensstandards in Österreich

1961 nahm eine Entwicklung ihren Ausgang, die die Bevölkerungszusammensetzung in Österreich gravierend verändern sollte: „Ab nächstem Jahr: 60.000 Fremdarbeiter“, titelten die Oberösterreichischen Nachrichten am 29. Dezember 1961. Weiters hieß es: „Bespaltungen Bundeskammer – ÖGB über weitere Zusammenarbeit zur Erhaltung der Stabilität [...] Die Einigung beinhaltet ein gemeinsames Vorgehen in den Fragen der Sicherung des Geldwerts, eines verstärkten Wachstums der österreichischen Wirtschaft und damit der Hebung des Lebensstandards [...] In den abschließenden Besprechungen zwischen Raab und Olah war es darum gegangen, diese Einigung zu perfektionieren und zugleich den Weg zur Lösung der damit gekoppelten Fremdarbeiterfrage freizumachen.“⁷⁵⁹ Österreich war an einem Punkt angelangt, an dem ohne zusätzliche Arbeitskräfte ein entsprechendes Wirtschaftswachstum nicht zu erzielen war, Aufträge nicht ausgeführt und Gewinne nicht lukriert werden konnten. Deswegen auch der Begriff „Stabilitätspakt“. Die Aufnahme des Passus über die erweiterte Ausländerbeschäftigung in das Abkommen wurde durch einen Abtausch zwischen Gewerkschaftspräsident Franz Olah (1910–2009) und Bundeswirtschaftskammerpräsident Julius Raab (1891–1964) möglich.⁷⁶⁰ Olah stimmte der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte zu, Raab der Vertiefung der Zusammenarbeit der Interessensvertretungen.⁷⁶¹ Dies lässt Rückschlüsse

auf das Gewicht zu, das damals der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte als wirtschaftspolitischer Maßnahme zugemessen wurde.⁷⁶²

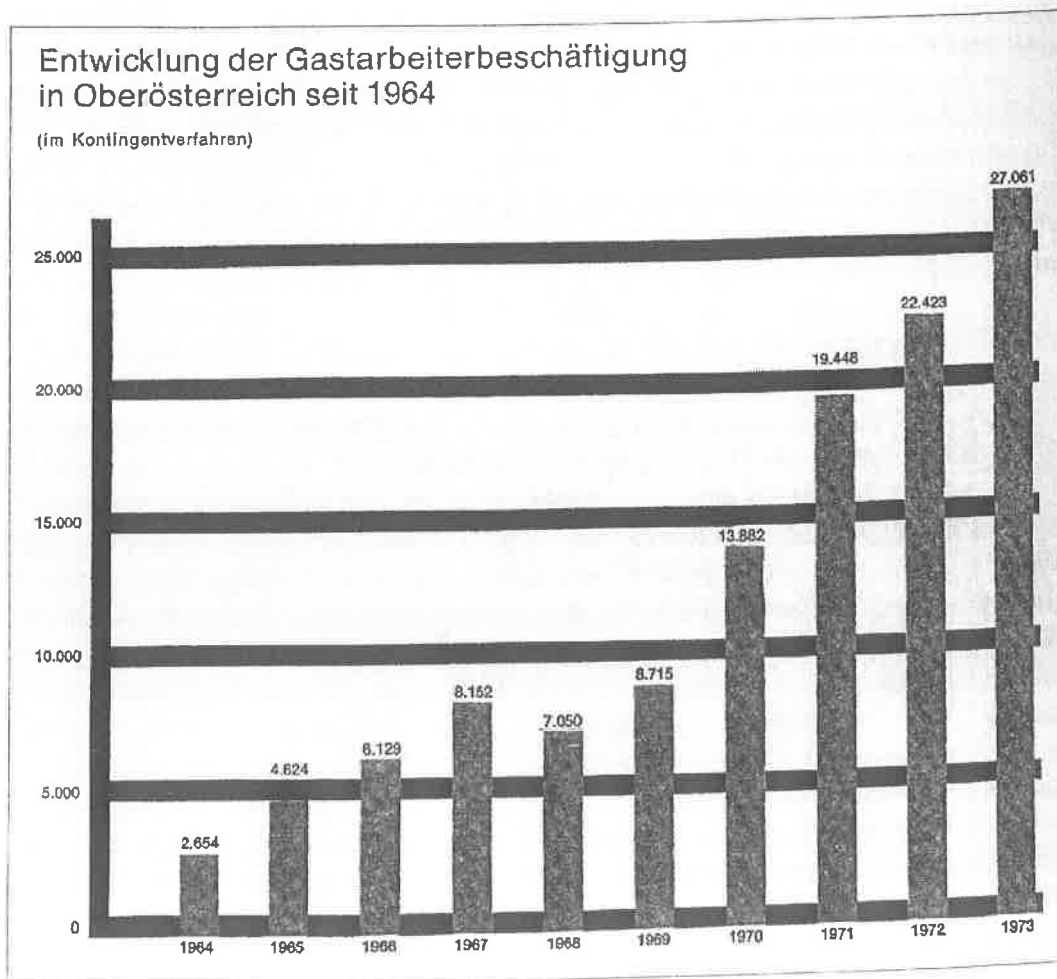
Im Jänner 1962 berichteten die Oberösterreichischen Nachrichten: „Oberösterreichs Bauwirtschaft will 1500 Fremdarbeiter. Aus dem bestehenden Kontingent von 7300 Fremdarbeitern für die Bauwirtschaft sollen 1500 Ausländer im oberösterreichischen Baugewerbe beschäftigt werden [...] Für die Fremdenverkehrswirtschaft wurden knapp 3000 Ausländer bewilligt.“⁷⁶³ Österreich war damals nicht Mitglied der dynamischen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), nicht einmal ein Assoziierungsabkommen bestand. Jedenfalls waren die wirtschaftliche und gesellschaftliche Attraktivität des Landes nicht dermaßen beschaffen, dass 1962 rund 60.000 ausländische Arbeitskräfte nach Österreich und einige tausend Arbeitskräfte nach Oberösterreich einreisten. Diese Ziele wurden bei weitem unterschritten, ein erstes Anwerbeabkommen mit Spanien blieb ohne entsprechende Resultate. Spanische Arbeitsmigranten zogen Frankreich und Deutschland vor. Auch 1963 kam die Ausländerbeschäftigung nicht richtig in Gang. „Das Arbeitskräftepotential ist total ausgeschöpft“, lautete daher eine Schlagzeile der Oberösterreichischen Nachrichten vom 21. Mai 1964: „Die Belebung der Konjunktur hält an. Die Beschäftigung nimmt kräftig zu, und die Arbeitskraftreserven sind schon vor der Hochsaison größtenteils ausgeschöpft. Besonders die Bauwirtschaft stößt an ihre Leistungsgrenzen.“⁷⁶⁴ Auch die Industrieproduktion und der Einzelhandel meldeten kräftige Zuwächse: Hochkonjunktur. In dieser Situation war am 15. Mai 1964 ein Anwerbeabkommen zwischen Österreich und der Türkei unterzeichnet worden. Es regelte die Anwerbung türkischer Arbeitskräfte und deren Beschäftigung in Österreich und trat am 23. Juli 1964 in Kraft.⁷⁶⁵ Die Oberösterreichischen Nachrichten berichteten am 4. August 1964 erneut von einem „Schrei nach Arbeitskräften“, es gelte eine kontinuierliche Arbeit im Baugewerbe sicher zu stellen: „Das Arbeitskräftepotential war bereits im April zur Gänze ausgeschöpft, zusätzliche Kräfte konnten nicht vermittelt werden. Das Kontingent an Fremdarbeitern war bald aufgebraucht.“⁷⁶⁶

Vorerst kamen jedoch auch nur wenige türkische Arbeiter. Sie wurden in Oberösterreich anfangs in erster Linie in Ried im Innkreis, Steyr und Linz eingesetzt. Nach ein paar Jahren setzte jedoch ein etwas stärkerer Zuzug ein. „Brauchen derzeit äußerst dringend 30 Hilfsarbeiter oder Hilfsarbeiterinnen. Ledig, gesund und flink, Eignung für Akkordarbeit. Etwas deutschsprachig, aber nicht Bedingung.“⁷⁶⁷ So oder ähnlich lauteten damals die Anwerbeaufträge österreichischer Firmen. In Istanbul war eine Anwerbestelle der österreichischen Wirtschaftskammer eingerichtet worden. Industrie, Gewerbe, vor allem die Bauwirtschaft suchten Hilfsarbeiter, aber auch Facharbeiter.⁷⁶⁸

Nach den Jahren des Zweiten Weltkriegs und vielen Flüchtlingen und Vertriebenen als Folgeerscheinung war Österreich mit seinem Neutralitätsstatus etwas in die Isolation geraten und hatte sich weitgehend abgeschottet. Die traditionellen Zuwanderungsregionen aus der Kaiserzeit (Böhmen, Mähren, Slowakei, Ungarn) waren von Österreich außerdem nun durch den „Eisernen Vorhang“ getrennt. Österreich wurde erneut ein Zuwanderungsland, diesmal mit veränderten Herkunftsregionen. Das Zuwanderungsmuster hatte sich mit der Massenzuwanderung südosteuropäischer bzw. türkischer Arbeitsmigranten

deutlich verändert. 1966 war das schließlich entscheidende Anwerbeabkommen mit Jugoslawien abgeschlossen worden. In weiterer Folge kamen viele ausländische Arbeitskräfte ins Land. Zu Beginn waren es vorwiegend Männer, später auch vermehrt Frauen. Die Wirtschaft boomte, es herrschte ein Arbeitskräftemangel, nicht zuletzt deswegen, weil viele österreichische Arbeitskräfte ihrerseits in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland als Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen beschäftigt waren. 1963 waren rund 21.000 ausländische Arbeitskräfte in Österreich tätig, 1973 schließlich 230.000 bis 250.000.⁷⁶⁹ Die Anwerbung wurde durch die Arbeitsamtsvermittlung, Annoncen und Mundpropaganda ergänzt, viele Arbeiter wurden auch auf diesem Weg rekrutiert. Neben dem Kontingentverfahren gab es auch Einzelbewilligungen sowie eine Dunkelziffer unangemeldeter Arbeitsverhältnisse.⁷⁷⁰

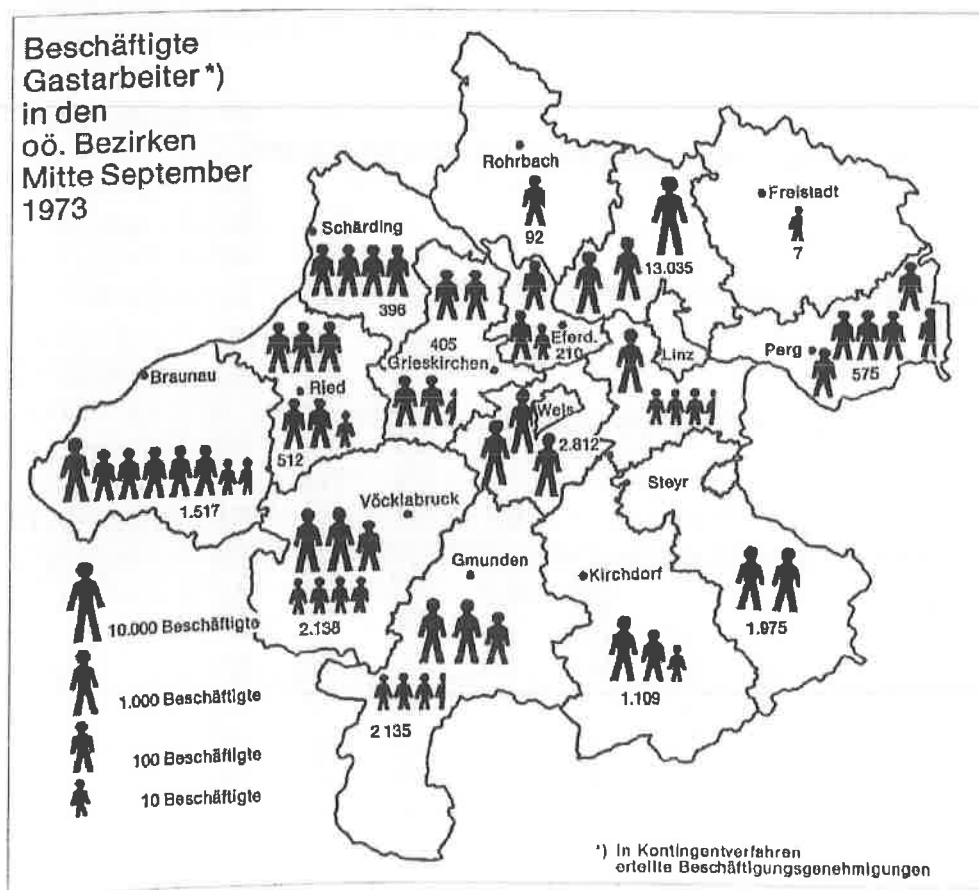
Abbildung 1: Entwicklung der Arbeitsmigration ausländischer Arbeitskräfte in Oberösterreich 1964 bis 1973



Quelle: *Problematik der Gastarbeiter*, 27.

In einer Expertise des Landesarbeitsamts Oberösterreich wurden für das Jahr 1964 in Oberösterreich 2.654 „Gastarbeiter“ im Kontingentverfahren (Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern) ausgewiesen, 1966 betraf dies 6.129 und 1969 8.715 ausländische Staatsangehörige. Schließlich hieß es: „Seither nimmt die Ausländerbeschäftigung ständig zu. 1970 waren es 13.000, 1971 19.000, 1972 bereits 24.000 und heuer [1973] waren es während der Spitze September rund 29.000 [...] Der Anteil der beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte am Arbeitskräftepotential beträgt in Oberösterreich sieben Prozent, in ganz Österreich etwa 10 Prozent. Fast die Hälfte der Gastarbeiter – rund 13.000 – sind im Großraum Linz beschäftigt. Es folgen die Industriezentren Wels (3000), Vöcklabruck und Gmunden (je 2200), Steyr (2000), Braunau (1600) und Kirchdorf (1200).“⁷⁷¹ Im Rahmen einer Enquete im Jahre 1973 wurden die aktuellen Statistiken präsentiert, die durch hohe Zuwachsraten und große regionale Unterschiede gekennzeichnet waren.

Abbildung 2: Beschäftigte ausländische Staatsangehörige in Oberösterreich 1973



Quelle: Problematik der Gastarbeiter, 28.

Der Begriff „Gastarbeiter“ ist auf die damalige Rotationspolitik zurückzuführen, die von einem nur vorübergehenden Aufenthalt der Arbeitsmigranten ausging. Er wurde erst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre langsam zur dominierenden Bezeichnung. Noch zu Beginn der 1960er Jahre war vorherrschend von „Fremdarbeitern“ die Rede, ein Begriff, der in der NS-Zeit verwendet worden war. 1966 empfahl schließlich ein Schreiben des Sozialministeriums die offizielle Bezeichnung „Gastarbeiter“. In der Linzer Bürgermeisterkorrespondenz fand sich der Terminus „Fremdarbeiter“ allerdings bis in die frühen 1980er Jahre. Tatsächlich wurde der Begriff „Gastarbeiter“ damals als vergleichsweise korrekter Begriff verstanden, eingeführt wurde er aber zu Propagandazwecken bereits in den Jahren nationalsozialistischer Herrschaft.⁷⁷² In den 1960er und 1970er Jahren dürfte dies aber kaum jemandem bewusst gewesen sein. Der Begriff diente auch als Selbstbezeichnung, im Serbischen und Kroatischen wurde „Gastarbajteri“ als Lehnwort verwendet.⁷⁷³

Im Zusammenhang der „Gastarbeiter“-Wanderung nach Österreich kann man feststellen, dass in den westlichen Regionen des Landes eine spezifische Situation entstanden war, von der Oberösterreich – mit seiner geographischen Nähe zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) – ebenfalls betroffen war. Die BRD warb nämlich bereits ab den späten 1950er Jahren auch aus Österreich massiv Arbeitsmigranten an. 1961 lag Österreich in der BRD als „Gastarbeiter“-Herkunftsland an fünfter Stelle hinter Italien, den Niederlanden, Spanien und Griechenland, allerdings deutlich vor Jugoslawien und der Türkei. In der Schweiz wurden 1960 bereits 37.700 Österreicher gezählt. Es entwickelte sich in den frühen sechziger Jahren auf dem heimischen Arbeitsmarkt ein deutlicher Engpass. Österreich war als Abgabe- und gleichzeitiges Annahmeland im Rahmen internationaler Arbeitsmigration anzusehen.⁷⁷⁴ Den Arbeitsmarkt in Linz betraf die Abwanderung von österreichischen „Gastarbeitern“ in dem Ausmaß, als zwar die Zahl der Auspendler aus Linz selbst 1.500 Personen nicht übertraf, aber bereits ab Hörsching und Marchtrenk Tagespendler ermittelt werden konnten, die in Bayern arbeiteten. Auch im westlichen Teil des Mühlviertels waren solche Entwicklungen zu beobachten. Da die Löhne in der BRD damals wesentlich höher waren als in Oberösterreich, entstand eine Konkurrenzsituation, die bis zu einem bestimmten Grad auch den Arbeitsmarkt in Linz betraf. In einer Rede ging 1973 der damalige Sozialminister Rudolf Häuser auf das Beziehungsgeflecht „oberösterreichische Peripherie“ – Linz – „Gastarbeiter“-Migration ein: „Immer wieder wird auch hier in Oberösterreich von bestimmten Kreisen Stellung dagegen genommen, dass Arbeitskräfte nach Deutschland und in die Schweiz gehen. Arbeitskräfte, die wir hier in Österreich dringend brauchen. Man untersucht dabei weniger jene ökonomischen Voraussetzungen oder Begründungen, die ein Aufsuchen eines Arbeitsplatzes in einem anderen Land auslösen [...] Ich hatte vor einigen Monaten die Gelegenheit, mich im Mühlviertel aufzuhalten, um an Ort und Stelle zu erleben, wie die Arbeitsmarktsituation ist. Ich habe festgestellt, dass schon die Lehrlinge, ich beziehe mich jetzt auf die männlichen Lehrlinge, zu 68 Prozent aus dem Bezirk Rohrbach nicht in ihrem Bezirk eine Lehrstelle bekommen, sondern im Raum Linz eine Lehrstelle haben. Das heißt: es gibt dort zuwenig Lehrstellen. Noch eine weitere Feststellung, die wirtschaftspolitisch

unzweckmäßig ist, habe ich dort machen können, nämlich, dass die wenigen Lehrlinge, die im Bezirk einen Lehrplatz bekommen, nach ihrem Freiwerden nicht als Facharbeiter tätig bleiben, denn es sind meistens Berufe, die nicht sehr gut bezahlt sind. Nach dem halben Jahr Behaltspflicht werden sie von den Wirtschaftszentren angezogen [...].“⁷⁷⁵ Die späten 1960er, frühen 1970er Jahre können in Österreich als ein erster Höhepunkt der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer angesehen werden. In Linz und Oberösterreich erfuhr der Trend hin zur Einbindung billiger, vornehmlich unqualifizierter ausländischer Arbeitskräfte in die österreichische Wirtschaft vor allem durch die Existenz der Verstaatlichten Industrie ebenso eine Verzögerung wie eine Abschwächung. In Linz wurde damals ein Höchststand von mehr als 13.000 ausländischen, vornehmlich jugoslawischen Arbeitsmigranten verzeichnet. Bereits damals war das Zentrum der Migration im Süden der Stadt gelegen.

Ein erster längerer Beitrag der damals größten Regionalzeitung, der Oberösterreichischen Nachrichten, über die ausländischen Arbeitsmigranten war im Jänner 1967 erschienen: „Kolonie der Jugoslawen in Linz ist auf 1.700 Köpfe angewachsen. Insgesamt 3.000 Gastarbeiter in Oberösterreich – ihre Arbeitskraft wird sehr geschätzt – sehr fleißig. Manche eingeborene Linzer äußern sich verächtlich, wenn ihnen an der Landstraße ein Rudel Fremdarbeiter begegnet. Tagsüber sind die 1.700 Mann aus der jugoslawischen Kolonie in Linz wie vom Erdboden verschluckt: da stehen sie an ihren Arbeitsplätzen, für die sie angeworben wurden und arbeiten wie die Berserker – mehr als mancher Österreicher. Jeder Betrieb, der Gastarbeiter eingestellt hat, schätzt ihre Arbeitskraft [...] Spannungen mit Vertriebenen: Im Stickstoffwerk sind derzeit etwa 200 Jugoslawen eingestellt. Sie arbeiten überaus fleißig. Bei den ersten Fremdarbeitern gab es Schwierigkeiten: Viele Heimatvertriebene aus diesen Gebieten haben in diesem Werk neue Arbeitsplätze gefunden. Und es bedeutete für manch einen dieser Vertriebenen, dessen Familie vor der Flucht niedergemetzelt worden war, eine ungeheure seelische Belastung, aus dem gleichen Dorf vielleicht einen Gastarbeiter als Arbeitsnachbar zu erhalten [...] Bis auf wenige Exzesse, wie sie auch unter Einheimischen vorkommen, bleiben sie aber alle anständig. Und keineswegs sitzen ihnen die Messer so locker, wie oft behauptet wird. Im vergangenen Jahr mußte die Linzer Polizei zum Beispiel nur 49 Personen in ihre Heimat abschieben – nur eine Handvoll Gastarbeiter war darunter.“⁷⁷⁶ Hinsichtlich eventueller Konflikte zwischen aus Jugoslawien stammenden Arbeitsmigranten und heimatvertriebenen Jugoslawiendeutschen gibt es unterschiedliche Erinnerungen. Spannungen unter Männern – „Gastarbeitern“ und „Volksdeutschen“ – waren in den VÖEST und in den Stickstoffwerken evident. In Hinblick auf weibliche Arbeitskräfte gibt es andere Erfahrungen. Es spielte wohl die genaue Herkunft dabei eine Rolle. In den beiden Betrieben der Firma Warhanek waren jedenfalls auch Frauen aus der Vojvodina beschäftigt, einer Region, der ein verträgliches Sozialklima hinsichtlich der Nationalitätenfrage bescheinigt wurde. Die Firma Warhanek war traditionell auf Marinaden- und Räucherfische spezialisiert.⁷⁷⁷ Neben der Stammfabrik in Wien hat man 1949 in St. Martin/Traun bei Linz und später in Haid einen weiteren Betrieb eröffnet. Dort befand sich ein Flüchtlingslager für vertriebene Donauschwaben. In der Fabrik in

St. Martin fanden aus der Batschka und angrenzenden Regionen vertriebene Frauen Arbeit. Später, ab Mitte der 1960er Jahre, beschäftigte man in Jugoslawien angeworbene Arbeiterinnen.⁷⁷⁸ Die „Gastarbeiterinnen“ standen dem Betrieb nach Bedarf zur Verfügung. Der Geschäftsführer der oberösterreichischen Betriebe (St. Martin, Haid) Erwin Till hielt zur Arbeit in der Fischfabrik fest: „Schließlich ist es die Geruchsbelästigung, die notwendigerweise mit der Verarbeitung von Fischen verbunden ist, sei es beim Marinieren, wie auch beim Räuchern. Dies hält viele arbeitssuchende Österreicher ab, sich in fischindustriellen Betrieben um eine Beschäftigung zu bemühen. Es ist die Beschäftigung von Gastarbeitern, die sich als Ausweg anbietet.“⁷⁷⁹

Eine langjährige Mitarbeiterin der Firma Warhanek, Angela Hemelik, erinnert sich an die damalige Situation: „Hier in St. Martin. Ja, da kamen die Gastarbeiterinnen [...]. Vorher hatten wir lauter volksdeutsche Frauen aus der Batschka, Jugoslawien, Rumänien, Donauschwaben, sie wohnten ja alle hier in der Gegend [...]. Probleme zwischen den Frauen aus Jugoslawien und den alteingesessenen, also den volksdeutschen Frauen hat es nicht gegeben. Im Gegenteil, die haben sie unterstützt, haben mit ihnen in ihrer Sprache geredet, serbokroatisch. Ja auf jeden Fall nicht in Deutsch. Die haben sich sehr gut verstanden [...]. Mit den Leuten aus der Türkei war das ganz anders [...]. Also ich zeichne Ihnen da keine Idylle, was die Frauen aus der Batschka und die Gastarbeiterinnen betrifft, [...] die sehr brav gearbeitet haben, das muss man sagen. Das haben ja auch alle anerkannt. Wir hatten auch einige Männer, Jugoslawen, die waren sehr in Ordnung.“⁷⁸⁰

In den 1960er Jahren wurde in Linz, aber auch in überregionalen Medien in erster Linie positiv über die Zuwanderer berichtet. Der Arbeitskräftemangel in den Jahren der Konjunktur war gravierend. 1967 legte die an sich migrations skeptische Freiheitliche Partei ein Großstadtkonzept für Linz vor. Ein sogenanntes „Ausländerproblem“ wurde darin an keiner Stelle erwähnt.⁷⁸¹ 1968 wurde Theodor Grill (1902–1986) zum Bürgermeister gewählt. Seine Wahl schien den Veränderungen und der Aufbruchsstimmung im Zeitgeschehen zu entsprechen: Zum einen repräsentierte er eindeutig linksgerichtete und antifaschistische Traditionen, zum anderen war er selbst durch lange Jahre der Auswanderung und politisch motivierten Emigration geprägt. 1934 wurde er als Folge der Februarereignisse entlassen, er begab sich in die Schweiz, kehrte zurück, wurde als „revolutionärer Sozialist“ verhaftet. Grill hielt sich in Frankreich und Portugal auf, er lebte in Belgien und verließ schließlich 1941 mit seiner jüdischen Frau Europa und flüchtete in die USA. 1947 kehrte er zurück und lebte seitdem mit seiner Gattin in Linz. Der bereits betagte Grill blieb nicht lange im Amt. Während seiner Amtszeit stellte die Arbeitsmigration jedenfalls in dem Sinn kein Problem dar, als es nach bisherigem Wissensstand keinerlei Eingaben und Schriftverkehr zur Sache gab.

Bürgermeister Hillinger und die Arbeitsmigration

Theodor Grill trat im November 1969 nach eineinhalb Jahren zurück, sein Nachfolger wurde Franz Hillinger (1921–1991).⁷⁸² Zu dieser Zeit, 1969/70, begann die Oberösterreichische Arbeiterkammer die Anliegen der Zuwanderer aufzunehmen und dabei auch die Stadt Linz einzubinden. So hielt Stadtrat Schanovsky in einer Aktennotiz an den Bürgermeister nach dem Besuch eines Folkloreabends in der Arbeiterkammer fest: „Der Saal war mit jugoslawischen Gastarbeitern gefüllt, die die Darbietungen der Laienvolkstanzgruppen aus Varazdin mit viel Beifall bedachten. Als Ehrengäste nahmen an der Veranstaltung teil der jugoslawische Konsul Simunovic mit Gattin und Präsident Schmidl von der AK Linz.“⁷⁸³ Da die Migration der jugoslawischen „Gastarbeiter“ auf der Basis eines zwischenstaatlichen Abkommens zwischen Österreich und Jugoslawien zustande gekommen war, spielten staatliche Instanzen des Staates Jugoslawien eine Rolle als eine Art „Schutzmacht“ der Zuwanderer. Vereine wie „Jugoslovenski Klub ‚1. Mai‘“, „Jugoslawischer Verein ‚Mosa Pijade‘“, „Jugoslawischer Verein Vöest Alpine AG“, „‚Brastvo‘ Linz, Stickstoffwerke (Chemie AG)“ und „‚25. Mai‘, Jugoslawischer Verein Traun“ wurden seitens der Instanzen des Staates Jugoslawien unterstützt. Mehrfach wurden der Konsul oder aber auch andere Organe und Institutionen aus Jugoslawien beim Bürgermeister oder dem Magistrat Linz vorgestellt.⁷⁸⁴

Die neue Situation führte jedoch zweifellos auch zu einer Reihe von Problemen: Seit 1970 wurde auf Betreiben des Gewerkschaftsbundes (ÖGB) versucht, für Vereine jugoslawischer Arbeiter in Linz Räumlichkeiten zu finden. Im Dezember 1971 hat man ein Ansuchen eingebracht, im Volkshaus Franckviertel Räume zur Verfügung zu stellen. In einem magistratsinternen Gutachten heißt es dazu, es „würde durch die periodische Überlassung der Veranstaltungsbetrieb schwer behindert. Außerdem darf in diesem Zusammenhang auf die hohen Kosten der Reinigung hingewiesen werden, welche durch eine Reinigungsfirma besorgt werden muss. Das LA [Liegenschaftsamt] rät dringend von der Überlassung des Volkshauses an jug. Gastarbeiter ab.“⁷⁸⁵ Bürgermeister Hillinger richtete in der Angelegenheit im Juni 1972 folgenden Brief an den ÖGB: „Sehr geehrte Herren! Sie haben mit in Ihrem Schreiben [...] unter Hinweis auf die im vergangenen Herbst mit dem jugoslawischen Kulturkreis [...] bei mir erfolgten Aussprache mitgeteilt, dass es Ihnen bis heute nicht gelungen sei, ein geeignetes Lokal ausfindig zu machen. Sie ersuchten mich daher, Sie bei diesen Bemühungen zu unterstützen, weil es auch im Interesse der Stadt läge, dass die jugoslawischen Gastarbeiter eine Räumlichkeit haben, wo sie ihre gesellschaftlichen Zusammenkünfte und kulturellen Veranstaltungen durchführen können, damit sie nicht auf den Bahnhof, die Straße oder diverse Gasthäuser angewiesen sind. Ich kann Ihnen hiezu mitteilen, dass ich bereits kurze Zeit nach der zeit. Aussprache prüfen ließ, welche Gebäude sich im Besitz der Stadt befinden, die sich für eine Unterbringung der Gastarbeiter eignen würden. Leider brachte das Ergebnis der Untersuchung nicht die gewünschten Erwartungen. So ist das ehemalige Obdachlosenheim in Urfahr wegen des schlechten Bauzustandes, aber auch aus verkehrsmäßigen

Gründen für diese Zwecke nicht geeignet. Ebenfalls das gleichfalls erwogene Barackenobjekt Werndlstraße 2, das einer Verkehrsfläche weichen müssen.⁷⁸⁶ Der Bürgermeister werde sich jedoch weiter um eine geeignete Lokalität bemühen. Damit schloss das Schreiben.

Es kam in der Folge zu mehreren Vorsprachen des jugoslawischen Konsuls, schließlich konnte am Stadtrand, Salzburger Straße 265, eine Räumlichkeit gefunden werden. Der nicht friktionsfreie Vorgang wurde in magistratsinterner Korrespondenz abschließend wie folgt dargestellt: „Die Stadtgemeinde Linz hat sich gemeinsam mit der AK, dem Österr. Gewerkschaftsbund und der HK [Handelskammer] bemüht, Räumlichkeiten für die Gastarbeiter aus Jugoslawien zu bekommen. Dieses Vorhaben konnte auch in der Salzburger Straße realisiert werden. Zudem wurde zum wiederholten Male das Volkshaus Neue Heimat für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt, wo wir allerdings sehr schlechte Erfahrungen machen mußten. Der ÖGB und auch die AK stellten ebenfalls Räumlichkeiten zur Verfügung. Darüber hinaus sind in zahlreichen Vereinen jugoslawische Gastarbeiter bereits integriert. Gerade die Integrationsbestrebungen sollten gefördert werden, um nationale Tendenzen hintanzuhalten [...]. [Ferner] möchte ich bemerken, dass mehr als bisher der Versuch unternommen werden soll und muss, die integrationswilligen Jugoslawen in Vereinen zu installieren, weil dadurch auch der Nährboden für nationale Reminiszenzen nicht vorhanden ist. Wie wichtig dieses Problem ist, zeigt gerade der Konflikt zwischen Jugoslawien und Österreich in der Frage der Kärntner Slowenen.“⁷⁸⁷

Der Hinweis auf Kärnten, auf den Ortstafelstreit und den Konflikt um die Kärntner Slowenen im Kontext der „Gastarbeiter“-Frage war kein skurriler Einfall der Linzer Spitzenpolitiker, wie es unter Umständen erscheinen mag. Bürgermeister Hillinger hatte sich in Linz mit den Eingaben einer kleinen, aber sehr aktiven „Kärntner Landsmannschaft Linz“ auseinandersetzen. Die Landsmannschaft kennzeichnete sich auch durch anti-slowenische Einlassungen. Dies war nicht ohne eine gewisse Brisanz. Hillinger entschloss sich in diesem Zusammenhang zu einer eindeutigen Stellungnahme, ungeachtet dessen, dass auch in der Sozialdemokratischen Partei – der er angehörte – eine Diskussion über die „Kärntner Frage“ im Gange war. Auf Hillingers Vorschlag und mit einem Beschluss des Stadtsenats wurde 1970 die Umbenennung der „Bahnhofstraße“ in „Kärntnerstraße“ beschlossen, die Landsmannschaft subventioniert und unter dem von der Landsmannschaft geschaffenen Motto „Trachten Heraus!!! [Abwehrkämpfer, Auszeichnungen!!!]“ ein Fest finanziert, zu dem auch der Landeshauptmann von Kärnten und der Bürgermeister von Klagenfurt angereist waren. In seiner Rede hielt Bürgermeister Hillinger am 28. November 1970 fest: „Ich darf darauf hinweisen, dass sich unter den Anwesenden einige Männer und eine Frau befinden, die im Kärntner Abwehrkampf aktiv beteiligt gewesen sind. [...] Seinerzeit ist die Kärntner Landsmannschaft in Linz von Kärntner Geschäftsleuten gegründet worden, um der schwergeprüften Grenzlandbevölkerung Kärntens zu helfen. Heute sieht die Kärntner Landsmannschaft ihren Zweck darin heimische Sitten, Bräuche und Trachten zu pflegen, Fest- und Gedenkabende gemeinschaftlich zu verbringen und die Erinnerung an die Heimat Kärnten wachzuhalten.“

[...] Der Geist der Kärntner Abwehrkämpfer [...] wird allen Österreichern Vorbild bleiben und stets daran erinnern, wie sehr man auch ein kleines Land vor dem Zugriff übermütiger Nachbarn bewahren kann.“⁷⁸⁸ Der Linzer Bürgermeister setzte sich im Falle der kleinen Gruppe Kärntner Zuwanderer für diese nachhaltig ein. Demonstrativ ist er im Zuge der Straßenumbenennung auf die Spannungen Kärnten-Jugoslawien eingegangen. Mitte der 1970er Jahre wandte sich eine andere Gruppe von Stadtbewohnern an Bürgermeister Hillinger, und zwar mit der Mitteilung, dass man soeben in Linz eine „Österreichisch-Afrikanische Gesellschaft“ gegründet habe. In den Vorstand gewählt worden seien die Herren Diaw Alassane, Kadiku Murphy, Guedou Etienne, Nestor Zouzedou und Dhib Rebai. Dem Bürgermeister bot man die Ehrenmitgliedschaft an und ersuchte um eine Förderung.⁷⁸⁹ Das Büro des Bürgermeisters hielt in der Folge Rücksprache mit der Bundespolizeidirektion und mit dem Präsidialamt des Magistrats. Dieses erklärte „gegen die Annahme der Ehrenmitgliedschaft bestehen zwar keine rechtlichen Bedenken“, riet aber von einer Annahme dennoch ab. Ebenso wurde von einer Förderung abgeraten „aufgrund der prekären Finanzlage“. Über den persönlichen Hintergrund der Vereinsfunktionäre wurden amtswegig Erkundigungen eingezogen. Die Vorstände waren in ihren bürgerlichen Berufen VÖEST-Angestellter, Hilfspfleger im BFI, Kaufmännischer Lehrling, Speditionsangestellter und VÖEST-Hilfsarbeiter.⁷⁹⁰ Der Bürgermeister folgte den Empfehlungen des Präsidialamts.

In der die Linzer Wirtschaft damals dominierenden Verstaatlichten Industrie fanden, inklusive tausender Umlandpendler, in erster Linie österreichische Arbeitskräfte Arbeit. Dies bedeutete allerdings nicht, dass in den Betrieben VÖEST-Alpine und Stickstoffwerke keine ausländischen Arbeitskräfte eingesetzt wurden. Konsistente Zahlen hinsichtlich ausländischer Arbeitskräfte in der Verstaatlichten Industrie in Linz waren für diese Arbeit nicht verfügbar, in Bürgermeisterakten ist von „einigen hundert Personen“ die Rede, an anderer Stelle von „weit mehr als tausend Gastarbeitern“ oder auch von „tausenden“ (bezogen auf die gesamte Verstaatlichte Industrie im Raum Linz).⁷⁹¹ Auf die Organisation der ausländischen Arbeitsmigranten in diversen Vereinen, die sich konkret auf die VÖEST oder die Stickstoffwerke beziehen, wurde bereits hingewiesen. 1974 erhielten die ausländischen Arbeitnehmer auf der Grundlage des Arbeitsverfassungsgesetzes das aktive, nicht jedoch das passive Wahlrecht bei den Betriebsratswahlen. Damit wurden die Arbeitsmigranten als potentielle Wähler interessant, aus dem Betriebsarchiv der VOEST-Alpine sind Flugblätter erhalten, mit denen die „Listu Socialistikih Sindikalista“ (Liste Sozialistischer Gewerkschafter) Wahlwerbung gegenüber den „Postovane kolegice, postovane kolege“ (Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen) betrieben hat.⁷⁹²

Offenkundig organisierte der Betrieb – abseits der jugoslawischen Klubszene – eigenständig Freizeitkonzerte. So findet in der VÖEST-ALPINE-Werkszeitung eine „Bulgarische Nachtmusik“ Erwähnung: „Pünktlich um 20 Uhr traten sechs Musiker mit „Drive“ und einer Tonne Elektronik in Aktion und füllten spontan den vollen Speisesaal im Wohnhaus 6 am Mühlbach (Werk Linz) mit einschlägigem Diskotheken-Sound. [...] Nachdem die rund 500 Besucher – Gastarbeiter und Lehrlinge des Werkes Linz [...]

solcherart angeheizt waren, präsentierte sich der bulgarische Liedsänger Emil Dimitrov (37) als ‚Udo Jürgens des Ostens‘ angekündigt und seit 17 Jahren mit seinen Musikern zusammen dem Publikum.“⁷⁹³ Offenbar war das Konzert, veranstaltet vom Kulturreferat der VÖEST mit der bulgarischen Botschaft, erst knapp vorher in serbokroatischer Sprache angekündigt worden. Roland Klaushofer, Leiter der Linzer Heime, meinte knapp vor Beginn: „Sind wir froh, dass nicht viele davon wussten, wir sind mehr als bummvoll.“⁷⁹⁴

Veränderungen im Gefolge der Wirtschaftskrise

Oberösterreich wies nach den Daten der Volkszählung 1971 verglichen mit anderen Bundesländern einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil an nichtösterreichischen Staatsbürgern auf. 3,6 Prozent waren es in der Stadt Linz und 2,7 Prozent im Bezirk Linz-Land. Urfahr-Umgebung erwies sich wie bereits in der Vergangenheit nicht als Ort starker ausländischer Zuwanderung, der entsprechende Bevölkerungsanteil hatte 1971 0,7 Prozent betragen.⁷⁹⁵ Die Tendenz lief allerdings in Richtung etwas steigender Zuwanderung aus Jugoslawien und der Türkei. Dies lässt sich aus einer Studie des Statistischen Amtes ableiten: Im Jahre 1973 zogen insgesamt 5.704 Personen laut Meldezettel nach Linz zu, 3.620 Einzelpersonen und 2.084 Personen in Mehrpersonenhaushalten. 4,3 Prozent der Familienzuwanderer und 8,3 Prozent der Einzelzuwanderer stammten aus dem Ausland.⁷⁹⁶ Anreize für eine Zuwanderung – großteils handelte es sich um eine temporäre – erhielt der Raum Linz auch durch die Eröffnung einer Hochschule mit einer Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät im Jahre 1966. Im Herbst 1968 konstituierte sich die technisch-naturwissenschaftliche Fakultät. Ab diesem Zeitpunkt wurden im Zuge der damit verbundenen Elitenmigration merkbare Impulse für Wissenschaft, Kultur und Geistesleben wirksam.⁷⁹⁷

Die Zahl der Wohnbevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit veränderte sich von 1971 bis 1981 nur geringfügig und bewegte sich bei rund 7.500 Personen. Es zeigt sich anhand detaillierterer Ausweise der städtischen Statistik, dass der Großteil der Migrationsbewegungen in Linz damals von oder nach anderen oberösterreichischen Bezirken verlief. Die Migration aus dem Ausland und ins Ausland war gering. So kamen in den Jahren 1979 bis 1983 63,6 Prozent der Neuzuwanderer aus Oberösterreich, 16,2 Prozent aus den anderen Bundesländern Österreichs, bei 13,1 Prozent blieb der Herkunftsort unbekannt. Nur 7,1 Prozent wanderten aus dem Ausland zu. Analog verhielt es sich bei den Abmeldungen: 63 Prozent zogen von Linz in andere Bezirke Oberösterreichs, 12 Prozent in andere Bundesländer, 6 Prozent ins Ausland. Bei 19 Prozent war das Ziel unbekannt.⁷⁹⁸ In den 1970er und frühen 1980er Jahren dominierte in Linz nach wie vor der Typus der Nahwanderung.

Tabelle 15: Wohnbevölkerung nach der Staatsbürgerschaft, Linz 1971–1981

Staatsangehörigkeit	Volkszählung 1971		Volkszählung 1981	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Einwohner gesamt	204.889	100,0 %	199.910	100,0 %
Österreich	197.466	96,4 %	192.271	96,2 %
Ausland ges.	7.423	3,6 %	7.639	3,8 %
davon (Ausland ges. = 100 %)				
Deutschland	2.048	27,6 %	1.159	15,2%
Jugoslawien	3.892	52,4 %	4.032	52,8%
Türkei	167	2,2 %	852	11,2%
Tschechoslowakei	90	1,2 %	83	1,1%
restliches Europa	397	5,4 %	542	7,2%
außerhalb Europas	829	11,2 %	971	12,7%

Quelle: Land Oberösterreich, Regionaldatenbank, Gemeinde: Linz, online,
 URL: www2.land-oberoesterreich.gv.at/statregionaldb/ (abgerufen am 10.2.2010).

Merkbar änderte sich von 1971 bis 1981 die Herkunft der ausländischen Zuwanderer. Die größte Gruppe blieb konstant, nämlich jene der Migranten und Migrantinnen aus Jugoslawien, während die Zahl der deutschen Staatsangehörigen deutlich sank, jene der türkischen Staatsangehörigen sich hingegen nahezu vervierfachte. Im Jahr 1981 zeigte eine andere Erhebung der Zahl der „Gastarbeiter“ bzw. ausländischen Staatsangehörigen ein methodisches Problem auf. Anlässlich des Ansuchens, die Stadt Linz möge im Zuge der „Errichtung eines Kulturzentrums für türkische Gastarbeiter im Haus Badgasse 7“ einen Kostenanteil von 20 Prozent übernehmen, ließ Bürgermeister Hillinger erheben, wie viele „Gastarbeiter“ sich in Linz befänden. Nach der Auskunft des Arbeitsamtes der Stadt Linz waren per 15. November 1980 genau 8.147 als „Fremdarbeiter“ bezeichnete, unselbständig Beschäftigte auf dem lokalen Arbeitsmarkt gemeldet, per 15. November 1981 waren es 7.956 Personen. Nachdem allein diese saisonbedingt niedrige Zahl ausländischer Beschäftigter im November (!) die Zahl von 7.639 ausländischen Staatsangehörigen (inklusive nicht erwerbstätiger Männer, Frauen, Kinder) übertraf, die in der Volkszählung vom 15. Mai 1981 ermittelt worden waren, scheint hiermit festzustehen, dass die reale Ziffer der in Linz wohnhaften Ausländer und Ausländerinnen etwas höher war. Die Einschätzung, nach der in Volkszählungen aufgrund des strikt amtlichen Charakters und der relativen Komplexität des Fragebogens die Anzahl ausländischer Migranten und Migrantinnen tendenziell unterschätzt wird, traf im Falle der nach Linz Zuwandernden offenbar zu.

Weiters konnte laut Bürgermeisterakt vom 2. Dezember 1981 in Erfahrung gebracht werden, „dass im Stadtgebiet 11.624 Ausländer gemeldet sind.“⁷⁹⁹ In Meldestatistiken wurde allerdings die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen tendenziell überschätzt, da im Falle einer Abwanderung die Meldebestimmungen (Abmeldung) nicht immer eingehalten wurden. Zu diesem Zeitpunkt war das Ansiedlungsmuster der ausländischen Wohnbevölkerung noch stark vom Rotationssystem gegenüber „Gastarbeitern“ geprägt. Zum Teil wurden ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen in Firmenunterkünften untergebracht, die sich nahe oder in den Industriegebieten befanden. Integrationsüberlegungen spielten dabei kaum eine Rolle, die Standortwahl war häufig zweckbestimmt. Dies drückte sich etwa 1982 in einem Segregationsindex von 31,7 der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit aus, ein Wert, der zu dieser Zeit deutlich über dem türkischer und jugoslawischer Arbeitsmigranten in Wien lag, der mit 23,1 berechnet wurde.⁸⁰⁰ In Linz konnte damals eine besondere Konzentration ausländischer Staatsangehöriger in den Zählbezirken Alt-Urfahr, St. Peter, Ebelsberg und Kleinmünchen festgestellt werden.⁸⁰¹

Ab dem Herbst 1973 führte eine Wirtschaftskrise („Ölkrise“) zu einem Stopp der Entwicklung am Arbeitsmarkt. Über die sogenannte Kontingentvereinbarung zur Steuerung der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte drosselte man nun die Arbeitsmigration. Überdies trat als Reaktion auf den Konjunkturbruch 1976 das Ausländerbeschäftigungsgesetz in Kraft, das die Beschäftigung dem Bedarf der Wirtschaft entsprechend regelte. Das restriktive Gesetz koppelte die Beschäftigungsbewilligung unmittelbar an den Arbeitgeber bei gleichzeitiger Festschreibung der Priorität für österreichische Bewerber und ermöglichte damit einen raschen Abbau der Ausländerbeschäftigung in Österreich. Es wurden österreichweit 70.000 Arbeitsverträge nicht verlängert, für viele Betroffene eine deprimierende Tatsache. Bis 1983 folgte der europaweit höchste Rückgang an beschäftigten Ausländern, viele mussten das Land verlassen. In Österreich wurde ein autofreier Tag eingeführt und die Arbeitslosenziffern der Inländer waren ebenfalls im Steigen. Die Sorge um Arbeitsplätze stellte jahrelang ein zentrales Thema dar. Die Meinungen, ob die Wirtschaftskrise durch die Rücksendung von Arbeitskräften zu lösen sei, waren geteilt. Im Gefolge der Wirtschaftskrise sank die Anzahl der ausländischen Beschäftigten zwischen 1974 und 1984 jedenfalls um rund 40 Prozent.⁸⁰² In der Landeshauptstadt Linz war die Zahl der „Gastarbeiter“ von rund 13.000 im Jahre 1973 auf rund 8.000 Personen im Jahr 1980 gesunken.⁸⁰³ Die Tageszeitung Tagblatt berichtete 1983, dass bei der „Chemie Linz AG mit 170 ausländischen Arbeitern um 360 weniger als 1974, am Höhepunkt der Gastarbeiterbeschäftigung“ tätig sind: „Eine Reduktion dieser Gastarbeiter, die zum größten Teil aus Jugoslawien kommen, zugunsten österreichischer Arbeitnehmer sei für die Zukunft nicht geplant, da es sich um solche [...] Fremdarbeiter [handle], die schon seit vielen Jahren in unserem Betrieb beschäftigt sind und in vielen Fällen bereits mit österreichischen Partnern eine Familie gegründet haben“, erklärte man von Seiten der Chemie Linz AG.⁸⁰⁴

Im Gegensatz zur Situation am Arbeitsmarkt veränderte sich die Zahl der Ausländer als Teil der Wohnbevölkerung bis 1981 und darüber hinaus nur wenig, weil die Rückwan-

derung durch den Familiennachzug kompensiert wurde.⁸⁰⁵ In den frühen 1980er Jahren erfolgte bereits die Abkehr vom sogenannten Rotationsprinzip: Nach diesem sollten die „Gastarbeiter“ nach einigen Jahren Beschäftigung in Österreich wieder in ihre Herkunftsregionen zurückkehren und bei Bedarf durch neue Arbeitskräfte aus dem Ausland ersetzt werden. In der Praxis funktionierte dieses System jedoch nicht wie geplant, denn viele Zuwanderer wollten sich dauerhaft in Österreich niederlassen. Bereits Anfang der 1980er Jahre blieben die Gastarbeiter durchschnittlich zehn Jahre in Österreich. 80 Prozent der erwachsenen Gastarbeiter waren verheiratet, 80 Prozent der Ehepartner lebten nun auch in Österreich, bereits 50 Prozent der Kinder wurden in Österreich geboren.⁸⁰⁶

Unter den neuen gesellschaftspolitischen Voraussetzungen praktizierte der damalige Sozialminister Alfred Dallinger eine experimentelle Arbeitsmarktpolitik, die die Gründung zahlreicher neuer Sozialeinrichtungen begünstigte. Zu diesen zählte die Installation einer Ausländerberatungsstelle. Im Rahmen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes wurde 1983 die Beratungsstelle für Ausländer in Wien gegründet. 1984 kam es zur Gründung einer Beratungsstelle in Vorarlberg, 1985 folgten Salzburg und Oberösterreich.⁸⁰⁷ Die in Linz, Weingartshofstraße installierte Beratungsstelle war lange Zeit die einzige Anlaufstelle für Migranten und Migrantinnen, die eine ganzheitliche und muttersprachliche Beratungsarbeit leistete. Dadurch wurde diese in Oberösterreich zu einem integrationspolitischen Zentrum. Die Anfänge der Beratungstätigkeit gehen zeitlich noch weiter zurück, als Gewerkschaftsfunktionäre bereits in den 1970er Jahren systematisch Beratung und Unterstützung für ausländische Arbeitskollegen und -kolleginnen anboten.⁸⁰⁸ Kurt Zeidler und Albert Langanke sind in diesem Zusammenhang zu benennen: „Man muss sich das so vorstellen, zuerst einmal in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre waren die Zustände katastrophal“, hält Langanke in einer Rückerinnerung fest: „Es kamen immer mehr jugoslawische Arbeiter nach Oberösterreich, die waren aber unorganisiert und orientierungslos. Als Treffpunkte hatten die ausländischen Arbeitnehmer fast nur die Bahnhöfe – die soziale Lage war katastrophal, auch noch um 1970. Damals standen beim Kollegen Zeidler in der AK täglich bis zu 300 Kollegen in einer Warteschlange. Es wurden in der Folge Wohnheime für Ausländer geschaffen und Heimatbusverbindungen angeboten, zum Beispiel von den Stickstoffwerken direkt nach Jugoslawien. 1975 habe ich beim ÖGB in Oberösterreich Aufgaben der Ausländerbetreuung übernommen. Man kann wirklich sagen, diese Leute hatte, keine Heimat in der Fremde“. Es entstanden erste jugoslawische Klubs in Kremsmünster und in Linz. Es ist dann um den weiteren Ausbau der Klubs gegangen und darum, Räumlichkeiten zu finden. In den achtziger Jahren hat sich die Situation dann deutlich verändert, es wurden von ÖGB und AK auch Beratungen hinsichtlich Finanzamt und Gebietskrankenkasse angeboten. Und schließlich wurde über das Sozialministerium ein neuer organisatorischer Rahmen geschaffen. Ismael Yarkin, unser erster türkischer Betreuer, der anfangs von der VÖEST stundenweise zur Beratung in die AK gekommen ist, hat davon Wind bekommen und angeregt, dass wir auch so etwas machen.“⁸⁰⁹

In den 1980er Jahren wurden seitens der AK und des ÖGB Oberösterreich in der Folge erste Gespräche mit dem Bundesministerium für Soziales in Wien geführt. Der „Verein zur Betreuung der Ausländer in Oberösterreich“ wurde im März 1985 gegründet und nahm im Juli 1985 seine Arbeit auf. Drei Mitarbeiter sind vorerst tätig geworden. In erster Linie richtete sich damals das Angebot an jugoslawische bzw. türkische Zuwanderer und Zuwanderinnen.⁸¹⁰ Die Einrichtung einer Beratungsinstanz entsprach einer dringenden Notwendigkeit. Der Großteil der neuen Arbeitsmigranten war mit der arbeits- und sozialrechtlichen Situation in Österreich nicht hinreichend vertraut. Dies hing auch mit dem Sozialprofil der Zuwanderer zusammen. Heinz Fassmann und Rainer Münz sprechen in diesem Zusammenhang unter anderem von einer „ethnische[n] Segmentierung“ des Arbeitsmarktes bzw. von „sozialer Unterschichtung“ seitens der jugoslawischen und türkischen Arbeitnehmer in Österreich.⁸¹¹ Eine Immigration bezeichnet man dann als unterschichtend, „wenn die Einwanderer zum überwiegenden Teil in die untersten Positionen des sozialen Schichtsystems eintreten.“⁸¹² Dies war in Österreich während der 1970er und der 1980er Jahre der Fall. Linz bildete hier keine Ausnahme: Nach einer Auswertung der Volkszählung von 1981 wurden 4,2 Prozent der österreichischen Erwerbstätigen (Umgangssprache Deutsch) als „Hilfsarbeiter“ klassifiziert, bei den Erwerbstätigen mit jugoslawischer Staatsbürgerschaft (Umgangssprache Serbokroatisch) traf dies auf 47,7 Prozent der Erwerbstätigen zu.⁸¹³

Angesichts dieses Sozialprofils und der Haltung der Behörden und vieler Arbeitgeber verwundert das Ergebnis einer Umfrage nicht, die 1981 veröffentlicht wurde: 65 Prozent der türkischen Arbeiter und 47 Prozent der jugoslawischen Arbeiter fühlten sich diskriminiert. Sie seien häufiger belastenden und gesundheitsgefährdenden Umgebungseinflüssen ausgesetzt. Aufgrund der Bindung der Beschäftigungsbewilligung an einen bestimmten Arbeitsplatz sei es schwieriger, sich dagegen zu wehren. Frauen, denen vom Ehemann eine Arbeitstätigkeit verboten werden konnte und die familiär und seitens des Arbeitgebers unter Druck geraten konnten, fühlten sich der Situation besonders ausgesetzt.⁸¹⁴ Mit einer Benachteiligung sahen sich auch 30–40 Prozent der Befragten bei der Wohnungssuche und bei der Unterbringung konfrontiert.⁸¹⁵

Der Bürgermeister der Stadt Wels prangerte bereits 1971 in einem Schreiben an die Welser Wirtschaftstreibenden die unzumutbare Unterbringung der etwa 1.500 Welser „Gastarbeiter“ an. Bei Kontrollen seien „haarsträubende Zustände“ festgestellt worden, die nicht nur die Gesundheit der Arbeitsmigranten gefährde, sondern auch eine Seuchengefahr für die einheimische Bevölkerung mit sich bringe.⁸¹⁶ Am 1. Mai 1973 hatte ungewöhnlicherweise sogar Bundeskanzler Bruno Kreisky das Wort zum Thema ergriffen und bei der Maikundgebung von „nicht lebenswürdigen Bedingungen“ gesprochen.⁸¹⁷ Im Rahmen einer in Linz 1973 stattgefundenen Enquete wurde festgehalten, dass viele Arbeitsmigranten „zu Hause besser wohnen als in Österreich“. Für „elende Wohnungen müssen Ausländer auch noch erschreckend hohe Mieten zahlen.“⁸¹⁸ Tatsächlich ermittelte auch der Staatsanwalt in Linz, Traun und Wels wegen Mietwuchers, Preistreiberei und sanitätswidriger Unterbringung: „Hausherr angeklagt“, titelten etwa die Oberösterreichischen Nachrichten 1973: „Welch unglaubliche Blüten die Vermietung von Unter-

künften an Gastarbeiter auch in Oberösterreich treibt, zeigte gestern in Linz auf drastische Weise ein Prozess nach dem Preistreibergesetz auf. In einem Haus in Traun, das ausschließlich an Gastarbeiter vermietet ist, hausen etwa in einem kleinen Raum zwei junge Ehepaare mit ihren drei Kindern. Als Schlafstellen stehen ihnen zwei Betten zur Verfügung; pro Bett ist eine Monatsmiete von 500 Schilling zu bezahlen.⁸¹⁹ Als Zeuge trat Gendarmerie-Revierinspektor Herbert Humer vom Posten Ansfelden bei Linz auf, er sagte aus, dass „skandalöse Zustände in dem Haus herrschten“. Zum Teil schliefen drei Personen in einem einzigen Bett, das alte Mobiliar sei in einem schlechten Zustand. Der Zeuge zum Zimmerpreis: „Die ortsüblichen Preise bewegen sich zwischen 250 und maximal 350 Schilling.“⁸²⁰

Die Wohnverhältnisse der Arbeitsmigranten waren in den 1960er und 1970er Jahren signifikant schlechter als jene der einheimischen Bevölkerung. Die Zuwanderer wurden oft in Kleinwohnungen oder Schlafsälen zusammengepfercht, der Preis dafür war meist unverhältnismäßig. Häufig handelte es sich um desolate Häuser, die in einigen Jahren abgerissen werden sollten. Dazu kam das Faktum der Benachteiligung bei der Wohnungssuche. Bei einer Erhebung im Jahre 1981 stellte sich heraus, dass österreichweit 41 Prozent der Gastarbeiter-Haushalte in Untermiete lebten und 28 Prozent in Werkswohnungen oder Wohnheimen. 63 Prozent der Wohnungen gehörten vom Ausstattungsniveau her zum Substandard, ein Viertel hatte weder Wasser noch Toilette in der Wohnung. Es gaben ein Drittel der jugoslawischen und 41 Prozent der türkischen Befragten an, persönlich bei der Wohnungssuche von Vermietern abgelehnt worden zu sein.⁸²¹ Eine oberösterreichische Zeitung schickte einen Redakteur als „Gastarbeiter“ verkleidet zusammen mit einem echten Arbeitsmigranten auf Wohnungssuche. Er hörte oft: „Schon vergeben“ oder erlebte das kommentarlose Schließen der Tür.⁸²²

Bereits bei der mehrfach angesprochenen Enquete der oberösterreichischen Arbeiterkammer über „Gastarbeiter“ im November 1973 in Linz waren die Lebensbedingungen der ausländischen Arbeitsmigranten scharf kritisiert worden, ebenso wie der Druck, dem diese Menschen ausgesetzt seien. Der Linzer Soziologieprofessor Friedrich Fürstenberg forderte damals bereits eine durchdachte Integrationspolitik, die auf die Herkunft, die Mentalität, die familiäre Situation und die Arbeitsbedingungen der Zuwanderer Rücksicht nehmen sollte.⁸²³ Kurt Prokop als Vertreter des Gewerkschaftsbundes sprach von „unmenschlichen Zuständen im überbetrieblichen Bereich“ und betitelte ein Subkapitel seines Vortrags mit den Worten „Gastarbeiter sind auch Menschen“.⁸²⁴

Die „Gastarbeiterzeit“ in der Erinnerung

Um die individuelle Perzeption der Arbeitsmigration historisch zu erfassen, sind schriftlich oder mündlich dargelegte Erinnerungsquellen unerlässlich. Viele Inhalte wurden im Rahmen dieser Thematik schriftlich nicht erfasst, daher ist der Einsatz der Oral History wünschenswert und in Hinblick auf die relativ geringe zeitliche Distanz auch möglich. Relevanz, Repräsentativität und Exaktheit stellen die klassischen Grundprob-

leme der Erinnerungsforschung dar. Gesprächspassagen in Interviews verdeutlichen das. So meinte ein Befragter etwa: „Warum werde ich überhaupt gefragt? Ich bin doch ein Arbeiter, ein Gastarbeiter, ich bin nicht wichtig ...“, ⁸²⁵ oder „Mein Name war [als Kind] Sylvia Vacek, Watschek [phonetisch, MJ] also. Mein Vater ist Tscheche und alle haben damals deswegen, wegen des ausländischen Namens, ‚Warzenschwein‘ zu mir gesagt. Ich habe geweint, war gekränkt und habe gesagt: ‚Ich bin doch kein Warzenschwein‘. Das weiß ich noch ganz genau ... Und etwas anderes wusste ich aber nicht mehr genau. Es ist schwierig sich zu erinnern ... Das war schon so lange her ... Zuerst glaubte ich, dass es so war, dann so. Dann hab ich von den anderen gehört, ‚So war’s!‘ ... Man hört dazwischen so viel, [es gibt] so viele Einflüsse.“ ⁸²⁶ Ein anderes Beispiel für die Problemlage im Umgang mit Oral History verdeutlichte auch Michael Thaler, geboren 1934, der nach dem Zweiten Weltkrieg einige Zeit in Linz in einem Flüchtlingslager verbrachte. Er meinte: “You remember, I remember ... Oral History is a problematic thing, remembering is performing, in an interview you perform, you reconstruct, it means eliminating complexities ... Collective memory – what the hell is collective memory? In this camp lived thousands of people and they all had their single stories.” ⁸²⁷ Diese Beispiele zeigen deutlich, dass Erinnerung, Faktizität und „Wahrheit“ Grundfragen der Geschichtswissenschaft sind, die auch im Rahmen einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der gegebenen spezifischen Thematik besonderer Aufmerksamkeit bedürfen.

Geschichte im allgemeinen Sinn bezeichnet alles, was geschehen ist. Der Begriff „Geschichte“ umfasst sowohl das Geschehen selbst als auch dessen Darstellung und die damit befasste Wissenschaft. ⁸²⁸ Nach unserem Sprachgebrauch sind „Geschichten“ eindeutig mit der subjektiven Interpretation des Geschehenen verbunden. „Erzähl keine G’schichten“, diese Phrase unterwirft den subjektiven Bedeutungsraum einer negativen Konnotation und unterstellt womöglich eine vermeintliche „Unwahrheit“. Schließlich existiert die letztgültige, einzige und alleinige „Wahrheit“ in der modernen Geschichtswissenschaft nicht: „Wie es wirklich gewesen ist“ – im exakten und engeren Sinn – kann man im Grunde nicht rekonstruieren, so der Mainstream der Geschichtstheoriediskussion der Postmoderne. Ungeachtet der Bemühung, die „Wahrheit“ festzustellen und des Versuchs, Historisches abzubilden, räumen selbst konservative bzw. positivistischen Ansätzen folgende Historiker ein, dass es eine historische „Wahrheit an sich“ nicht gebe. ⁸²⁹

Die „Vergangenheit“ lässt sich jedenfalls nicht „festhalten“, wie Albert Lichtblau und Eleonore Lappin formulierten. ⁸³⁰ Der Versuch, Vergangenheit in Sprache zu kleiden, ist im Prinzip zum Scheitern verurteilt. Irritierende Unschärfen in der Geschichtsschreibung sind daher unvermeidbar: Schon die Zeitperspektive ist nicht dingfest zu machen, und der Versuch, Geschehen auf andere Art „festzuhalten“, sei es visuell oder als Tonquelle, kann nur einen begrenzten äußeren sowie andeutungsweise den menschlichen inneren Raum der Gefühle und Gedankensprünge erfassen und später reproduzieren. Vergangenheit ist etwas Verflissenes, nicht wirklich Fixierbares, und dennoch immer Präsentes. Ein Versuch, die individuelle Vergangenheit mittels der Sprache zu erfassen, ist demnach immer ein Gegenwartsprodukt, das wiederum sehr schnell zu Vergangenem

wird. Die Gegenwart zerfließt in jedem Moment in das „Universum des Gewesenen“. Ein Interview reflektiert also in jedem Fall den Moment des Erzählens.⁸³¹

Jede Geschichtsdarstellung ist im Prinzip ein Konstrukt. *Das zu Beobachtende ist nicht vom Beobachter zu trennen* – diese Aussage stellt hinsichtlich der Geschichtsschreibung ein Faktum dar. Wird damit die historische Darstellung zum sinnlosen Unterfangen? Dies ist zu verneinen, und seitens der Historiker und Historikerinnen wird mehrheitlich von einem einstmals existenten historischen Geschehen ausgegangen. In diesem Zusammenhang kann als Ziel definiert werden, der historischen Realität weitgehend gerecht zu werden. Das Ereignis selbst, die Kette von Geschehnissen, ist aufgrund einer bestimmten Quellenlage nachweisbar. Dies kann verschieden wahrgenommen und ausgelegt werden, von einer bestimmten Faktizität ist jedoch auszugehen. Überprüfbarkeit der Geschichtsquellen und intersubjektiver Zugang sind Postulate der Wissenschaft, um einer Beliebigkeit der Forschung entgegenzuwirken.

An dieser Stelle ist auch der Unterschied zwischen „Erinnerung“ und „Geschichte“ anzusprechen: Erinnerungen an Ereignisse entstammen dem Gedächtnis und unterscheiden sich vom Wissen über Ereignisse und Entwicklungen. Über diesen Themenkomplex gibt es mittlerweile eine reichhaltige Literatur.⁸³² Walter Benjamin hat in diesem Zusammenhang festgehalten, dass die Genese des Historischen als stetiger Prozess zu betrachten sei, der von den politischen, sozialen und ökonomischen Konstellationen nicht nur der vergangenen, sondern auch der gegenwärtigen Gesellschaft geprägt ist.⁸³³ Man kann die Ideen Benjamins auf die aktuelle Geschichtsdiskussion über die Rekonstruktion von Geschichte anwenden: Es geht also nicht darum, wie es denn eigentlich gewesen sei, sondern um die Aktualisierung des Vergangenen im Gegenwärtigen. Dies kann nicht nur auf die sogenannte Oral History angewendet werden, sondern auch auf die sogenannte Faktengeschichte, auf den Umgang mit Geschichte insgesamt.⁸³⁴ Die doppelte Konstruktion der Quelle und des Gegenstands der Geschichte ist in der heutigen Geschichtswissenschaft mehr oder weniger Standard. Es wird angenommen, dass das historische Faktum beständig neu diskursiv hergestellt wird, wobei auf die zentrale Rolle der rezipierenden Betrachter verwiesen wird.⁸³⁵

Es ist aber nicht allein vom erkennenden Subjekt und dessen Fragestellungen abhängig, ob ein Gegenstand zum historischen Faktum wird oder nicht, sondern von der jeweiligen, mitunter von mehreren Faktoren bestimmten Konstellation, in welche die jeweilige Gegenwart mit der Vergangenheit tritt. Dies gilt für Erinnerungen im Allgemeinen – sowohl auf der individuellen als auch auf der kollektiven Ebene – ebenso wie auch für andere Quellentypen.⁸³⁶ Um diese Erkenntnis auf das Thema der Zuwanderung umzulegen: Migrant*innen bringen ihre eigenen persönlichen „Geschichten“ mit sich, gleichzeitig sind sie aber auch Träger „kollektiver Erinnerungen“, gängiger historischer Narrative und Interpretationen aus dem eigenen Herkunftsland; sie bleiben aber auch unter Umständen von den „kollektiven Erinnerungen“ und österreichischen und möglicherweise auch regionalen und lokalen Narrativen nicht unbeeinflusst.⁸³⁷

Der Geschichtsphilosoph Paul Ricoeur hat darauf hingewiesen, dass es im Zusammenhang mit „Geschichte“ und „Erinnerung“ zwei zentrale Fragen gibt: „Was wird erin-

nerter?“ und „Wessen Gedächtnis ist es?“ oder „Wer erinnert?“ Ähnliches gilt auch für die Frage des „Vergessens“.⁸³⁸ Diese allgemeinen Fragestellungen stellen sich in spezifischer Weise auch in Hinblick auf die Geschichte von Minderheiten. Um hier das drastische Beispiel eines spezifischen Aspekts zu geben: In den 1970er und 1980er Jahren erwogen österreichische Firmen ihre Akten hinsichtlich ausländischer Zwangsarbeiter während der NS-Zeit zu vernichten. Anfragern wurde beschieden, es gäbe keine Akten. Nur einer besonderen Konstellation, die durchaus auch Druck von außen, aus dem Ausland, implizierte, und dem Elan einer Reihe von erkennenden Subjekten (Wissenschaftlern) war es zu verdanken, dass plötzlich zehntausende Zwangsarbeiterakten auffindbar waren. Die Ereignisse konnten somit erfasst werden, darüber hinaus wurden Entschädigungen in dreistelliger Millionenhöhe bezahlt. Plötzlich waren auch finanzielle Mittel vorhanden, um jene betagten Menschen befragen zu können, denen bislang beschieden worden war, es gäbe keine Akten über ihr erzwungenes Dasein in der „Ostmark“ oder in „Oberdonau“.⁸³⁹

In Hinblick auf die neuere Migrationsgeschichte kann von einer derartigen Tendenz zur zeitweiligen Verdunkelung von Geschichte zwar nicht gesprochen werden, wachsende Ausländerfeindlichkeit und geringes Interesse an der Persönlichkeit der Arbeitsmigranten ebenso wie die Tatsache, dass sie in der Öffentlichkeit lange Zeit nicht als Teil einer österreichischen Gesellschaftsgeschichte begriffen wurden, führten aber dazu, dass finanzielle Mittel zur wissenschaftlichen Beforschung nur schwach flossen. Grundsätzlich ist dem Statement von Christiane Hintermann zuzustimmen: „On combing through the cultural memory of Austria one gets the impression that although Austria has been an immigration society for some time, it has no history of immigration. The national self-perception is still one of a stable and homogenous society. Immigrants are in general not acknowledged as equal members of the Austrian mini-cosmos.“⁸⁴⁰ Europaweit und insbesondere auch in Deutschland wurde dem Thema, nämlich dem Handeln, den Gefühlen, den Erfahrungen der Arbeitsmigranten in Alltag und Arbeit, bereits seit den 2000er Jahren ein höherer Stellenwert eingeräumt.⁸⁴¹

Ob ein historisches Faktum in der Öffentlichkeit, in der Geschichtsschreibung oder andernorts dargestellt und erörtert wird, ist, wie bereits erwähnt, von der jeweiligen gesellschaftlichen, politischen, medialen etc. Konstellation ebenso wie von „erkennenden Subjekten“ abhängig. Dieser Vorgang ist nicht „naturegegeben“, sondern wird von einer Reihe von Faktoren beeinflusst, die dazu führen, dass sich in manchen Fällen ein Zeitfenster öffnet, in dessen Rahmen es möglich ist, bestimmte Themen adäquat zu untersuchen. Dies ist derzeit im Zusammenhang mit der Geschichte der sogenannten „Gastarbeiter“ möglich, insbesondere hinsichtlich eines qualitativen Zugangs. Der Themenbereich wurde zwar nie tabuisiert bzw. ausgegrenzt, das Interesse daran war aber lange Zeit eher gering. Im Zusammenhang mit der permanenten Anschärfung des gesellschaftlichen Klimas seit den frühen 1990er Jahren war es nämlich zunehmend schwieriger geworden, unter den Betroffenen Gesprächspartner zu finden. Insbesondere betraf dies die Jahre 2000 bis 2006. 1964 hatte Österreich bekanntlich ein Anwerbeabkommen mit der Türkei und 1966 mit Jugoslawien abgeschlossen. Im Jahre 2014 –

unter den Rahmenbedingungen einer teilweise positiven Berichterstattung über „50 Jahre Anwerbung“ – ist von einer gestiegenen Bereitschaft und einer somit etwas verbesserten Ausgangslage bei Interviews auszugehen. Im Rahmen einer Festveranstaltung im September 2014 dankte etwa der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer ehemaligen „Gastarbeitern“, der österreichische Außenminister Sebastian Kurz hatte den in den 1960er Jahren angeworbenen Arbeitsmigranten bei einer anderen Gelegenheit ebenfalls seine Reverenz erwiesen.⁸⁴²

Zurück zur Theorie: Aleida Assmann ist als die Theoretikerin betreffend „Erinnerung“ und deren Wandel in der Gegenwart anzusehen. Sie verweist in ihren Arbeiten wiederholt auf den Begriff „kollektives Gedächtnis“ von Maurice Halbwachs. Dieser untersuchte Formen eines sozialen Gruppengedächtnisses. Demnach seien Erinnerungen von Haus aus sozial und tragen zum kommunikativen und emotionalen Zusammenhalt einer Gruppe bei. Das Verhältnis von individuellem Gedächtnis zu kollektivem Gedächtnis, von „Erinnerung“ zu „Erinnerungen“, von „Geschichte“ und „Geschichten“ ähnelt einander.⁸⁴³ Im Falle der sogenannten „Gastarbeiter“ setzte die Sammlung und Sichtung einschlägiger Quellen, die Geschichtsschreibung erst ermöglichen, ziemlich spät ein. Zumindest für die überwiegende Mehrheit der Historiker und Historikerinnen ist es eine *conditio sine qua non*, Quellen und Darstellung in Einklang zu bringen. Wenn es beispielsweise um die Darstellung von Entwicklungen, individuellen oder kollektiven Erfahrungen geht, ist dies jedoch oft schwieriger, als es den Anschein hat.

Die Quellenlage bedingt unterschiedliche „Erinnerungslandschaften“.⁸⁴⁴ Hinsichtlich des hier behandelten Themas weisen die vorhandenen Quellenagglomerationen zwar eine Tendenz auf, diese ist aber dennoch nicht einheitlich und eindeutig lesbar. Zu unterschiedliche Details prägen die Geschichte der Arbeitsmigration der 1960er und 1970er Jahre. Die Diversität der Lebensgeschichten und die Variationsbreite der Erinnerungen ist nicht nur den unterschiedlichen Lebensläufen gemäß, sie steht auch im Zusammenhang mit den jeweiligen Settings und dem Zeitpunkt der Interviews oder Aufzeichnungen (1970er, 1980er Jahre bzw. näher der Gegenwart). Sie entspricht auch der Tatsache, dass jede Erinnerung selektiv ist. Das heißt, im Interview berichten die Befragten nicht die Gesamtheit der erlebten Situationen, sondern nur bestimmte Ereignisse, die aus der Sicht der befragten Person von besonderem Interesse sind.⁸⁴⁵

„Gastarbeiterzuwanderung“ und „Golden Kreiskys“

Für das hier abgehandelte Forschungsthema (neuere) „Migration und Erinnerung“ wurden 20 Narrativinterviews geführt.⁸⁴⁶ Sie sind mit anderen bereits vorhandenen oder recherchierten qualitativen Quellen kombiniert worden. Offensichtlich spielte mitunter Nostalgie bei der Erinnerung an die 1970er und 1980er Jahre eine Rolle. Ganz generell werden in der Erinnerung der Österreicher in repräsentativen Umfragen die 1970er Jahre und die „Ära Kreisky“ teilweise als „beste“, als „besonders positiv erinnerte“, als „goldene Zeit“ angesehen.⁸⁴⁷ Das Meinungsforschungsinstitut IMAS führt seit 1973 bis

in die Gegenwart repräsentative Erhebungen durch, 2011 wurden als „beste“ Jahre die Zeit der Kanzlerschaft von Wolfgang Schäuble von 14 Prozent der Befragten als solche angesehen, von Franz Vranitzky von 17 Prozent, von Julius Raab von 23 Prozent, hingegen wurde die „Ära Kreisky“ von 59 Prozent als „beste Jahre“ bezeichnet.⁸⁴⁸ Hier handelt sich nicht um eine einmalige Befragung, sondern um mehrfache Studien, die mit unterschiedlichen Fragestellungen stets die 1970er Jahre als besonders positive Jahre hervorhoben.⁸⁴⁹ Die nostalgiebehafteten Erinnerungen nahmen mitunter auch auf die Zuwanderung der „Gastarbeiter“ Bezug.

„Wir hatten einige Gastarbeiterfamilien aus der Osttürkei im Ort“, erinnert sich Hannelore Stockhammer, die heute in der Nähe von Linz lebt. „Ein Ort an einem Fluss. Ich hab mich – da wir gegenüber wohnten – sofort mit Ahmet und Gül befreundet. Wir spielten in unserem Hof, schaukelten und es war ein Schock für mich, als sie wieder gingen. Irgendwohin. Wo die Eltern eine Arbeitsstelle fanden. Die Mütter haben sich mit meiner Mutter befreundet und man unterhielt sich mit Händen und Füßen. Mama bekam schön gehäkelte Schürzen und die hielt sie in Ehren – eine von ihnen ziert heute noch ihre Küche. Damals sagte man im Ort Türkenfreunde zu uns und Papa hatte Ärger mit den Männern am Stammtisch. Damals putzte eine Frau bei Oma, die sie prompt auf das Ausländerpack ansprach, mit denen wir befreundet seien. Ich hab damals mit Ahmet sogar die gekauten Kaugummis geteilt und wir fuhren mit den Plastiktraktoren durch Mamas und der Nachbarn Wäsche – das war der einzige Zoff, den wir von Zuhause bekamen. Die türkischen Frauen haben bei uns Gözleme im Hof gemacht – ich aß nie wieder Besseres. Ich vermisse meine damaligen Nachbarn und würde viel darum geben, sie wiederzufinden. [...] Es sind wunderbare Menschen gewesen.“⁸⁵⁰

Die aus dem Waldviertel stammende Linzer Stadtbewohnerin Traude Seidelmann schrieb in ihren Lebenserinnerungen, im Rückblick auf die 1960er und beginnenden 1970er Jahre: „In Kleinmünchen war noch etwas vom Wesen des alten geschlossenen Dorfes zu spüren, kleine Häuser engten die Dauphinestraße ein. [...] Die Kinder spielten anfänglich in den Getreidefeldern, bald begannen sich die Laute einer fremden Sprache in ihre Rufe zu mischen, man sah sie mit dunkeläugigen, schwarz-lockigen Gefährten um die ausgebrannte Ruine der alten Spinnerei toben, auf der bebenden Brücke vor dem ‚wilden Wasser‘ schauern, das dort unter dem Gemäuer hochaufspritzend hervorschoss. Allenthalben lehnten sich gebrechliche Hüttchen an alte Mauern, erhoben sich im Grünland, kleine Beete mit Zwiebeln und Paradeisern prangten, Gastarbeiter schufen sich ein grünes Domizil. [...] Nach der Zeppelinstraße entstand in nächster Nähe eine Gießerei. Vor ihr drängten sich am Freitagnachmittag die Gastarbeiter in die wartenden Busse, um Kleinmünchen für kurze Stunden mit den Landschaften um Zagreb [...] zu vertauschen.“⁸⁵¹ Auch hier mischen sich in der Erinnerung idyllische mit romantischen Beschreibungselementen.

Auch wenn es sich hier um spezifische Erinnerungen zweier „einheimischer“ Frauen handelte, gibt es doch auch eine Reihe von Hinweisen, die auf eine „Weichzeichnung“ der damaligen Migration in Narrativinterviews hinweisen. Arbeitsmigranten erinnern

sich ebenfalls häufig in positiver Weise an die späten 1960er und die 1970er Jahre. Heute ist das Verhältnis „Einheimische“ und „Fremde“ wesentlich stärker politisiert, dies war in den Jahren der Anwerbung und der Hochkonjunktur hingegen nicht der Fall. Dies mag den Hintergrund für diverse Erinnerungen erklären.

So äußerte sich ein bereits betagter Arbeitsmigrant, der 1965 aus Jugoslawien nach Oberösterreich gelangte: „Ich heiße Strah Emil, geboren in Marburg (Maribor) 1940. Warum ich hergekommen bin? – Ein bisschen aus Jugendneugier und wegen der deutschen Sprache. Und so hab ich eine Österreicherin kennengelernt, geheiratet und bin hier geblieben.“ 1965 kam Strah sogleich nach Schwertberg ins Mühlviertel und nahm dort eine Beschäftigung an. Zu Beginn der 1970er Jahre übersiedelte er nach Linz, arbeitete zunächst im Industrieofenbau und anschließend bei einer Kunststoff-Firma. „Ich konnte nur ‚Guten Tag‘ und ‚Bitte, halbe Kilo Brot‘ sagen, als ich herkam. Aber ich habe mich bemüht, ich habe sofort wie ich gekommen bin, im ersten Monat, habe ich schon österreichische Freunde gehabt. Ich hab mich nicht, so wie unsere Leute das tun, in der eigenen Gruppe zusammengetan, ich habe Kontakt zu den Österreichern gesucht, schon in Schwertberg und habe angefangen Deutsch zu lernen. Und das hat mir sehr geholfen Deutsch zu lernen und dann hab ich ein österreichisches Mädchen gehabt, habe Zeitung gelesen und so. Weil am Land ist es ganz anders, in Schwertberg da bist du bei jedem Haus vorbeigegangen, die Leute sind draußen gesessen, man hat gegrüßt – das ist anders als in Linz. Ich hab das nicht gefühlt, dass ich so fremd bin.“⁸⁵²

In Linz engagierte er sich in führender Funktion im jugoslawischen Verein „1. Mai“. Er war zunächst Kulturreferent, später Obmann des Vereines, der es sich zum Ziel setzte, den Arbeitsmigranten aus dem damaligen Jugoslawien in kontrollierter Form einen Treffpunkt für sportliche, kulturelle oder sonstige Aktivitäten zu bieten. Emil Strah: „Ich hab in Linz und in den größeren Städten Oberösterreichs Vereine organisiert, damit die Leute nicht im Wirtshaus sitzen und trinken, sondern in den Vereinen zusammenkommen können. In Linz, im Verein ‚1. Mai‘ haben wir damals viele Folkloregruppen, Volksbands u.a. aus Jugoslawien hierher gebracht und Tanzveranstaltungen gemacht, mit Essen und Übernachtungen in Gewerkschaftshäusern. Für die Jugend haben wir auch Veranstaltungen organisiert am Wegscheid. Erst kleine, dann größere Veranstaltungen. Irgendwo war eine Werkstatt für Spenglerei und im Keller gab’s eine Diskothek für die Jugendlichen. Und oben gab’s verschiedene Sektionen – Schach, Bibliothek, alles Mögliche. Ab da waren weniger Leute am Bahnhof, das haben wir auch erfahren. Die sind zu uns gekommen, sind nach der Arbeit gekommen, auf ein Cola oder ein Bier und haben ihre Freizeit bei uns verbracht, mit Schachspielen oder so. Wir haben auch verschiedene – am 1. Mai oder Tito-Geburtstag – da haben wir immer Turniere gehabt. Alle Vereine von Oberösterreich sind nach Linz gekommen, Räumlichkeiten haben wir bekommen von der Gewerkschaft und da haben wir veranstaltet: Schach, Kegeln, Tennis und Fußball. Und wir haben unsere Vereine organisiert wie eine Jugo-Liga.“⁸⁵³

Auf die Frage nach Xenophobie oder erlebter Diskriminierung hält Emil Strah fest: „Ausländerfeindlichkeit? Wer mit mir reden will, kann mit mir reden, kann mich grüßen. Wer nicht will, braucht nicht, ich werde mich deswegen nicht aufregen, hab ich mir

gesagt [...] Heimweh? Nein nie! Nie! Ich fühl mich hier, wie hier geboren. Immer schon. Schweinsbraten, Schnitzel – das ist meine Spezialität, das gibt's in Bosnien beispielsweise überhaupt nicht. Wenn ich früher runtergekommen bin (nach Ex-Jugoslawien), hab ich mir gedacht, was tu ich in der Stadt, da sind lauter fremde Leute, da kenne ich niemanden. Hier kenne ich alle – Linzer. Sicher ich bin in Slowenien geboren, aber ich bin schon ein echter Linzer, glaube ich [...] Heimat – was heißt das, wenn du schon 40 Jahre in Österreich bist. Ich weiß nicht. Alle sind nicht so wie ich, ich weiß – naja, ich habe hier Familie, ich habe eine Wohnung, ich habe Arbeit hier gehabt, ich hab Kinder, Enkelkinder – pfah, was fehlt mir mehr? Nichts!“⁸⁵⁴

Ähnliche Erinnerungen prägen auch Ivan Ojdanic. Er wurde im Jahr 1941 in der Nähe von Split, Jugoslawien (heute Kroatien), geboren. Auch er kam 1965 nach Österreich, in diesem Fall direkt nach Linz, und war somit ein „Gastarbeiter“ der ersten Stunde, noch bevor das Anwerbeabkommen mit Jugoslawien in Kraft trat. Seine Frau folgte ihm im Jahre 1967 nach. Zunächst arbeitete er in einer Schuhfabrik, später im Kunstgewerbe Oberösterreich (Handkunstwerk). Nach Linz führte ihn eigentlich sein Wunsch, ein Auto im Ausland zu kaufen.

„Sagen wir, es war wie eine Wette oder ein Spiel“, erinnert sich Ivan Ojdanic: „An einem Abend, sitzen wir so, Kollegen und ich – wir waren noch jung, 24 ungefähr – und wir haben geredet, wie wir zu einem Auto kommen. Und zu einem Freund hab ich gesagt, wir fahren ins Ausland und kaufen ein Auto. Wir haben in Zagreb in einer Firma gearbeitet und wir haben mit der Firma ausgemacht, sie lassen uns ein Jahr ins Ausland gehen und wenn wir zurückkommen, bekommen wir den Arbeitsplatz wieder. So sind wir nach Österreich gekommen. [...] Wir sind am 3. November 1965 nach Linz gekommen. In dieser Zeit war es noch schwer, einen Pass zu kriegen. Ich hab einen Antrag gestellt, wir beide, dann haben wir gekriegt Passport – in der österreichischen Botschaft, das Visum – in der Zeit hat man auch noch ein Visum auch gebraucht. Und wir haben eine Firma gesucht in Österreich, wo sie uns nehmen. Das war fast ein Jahr Arbeit bis ich die ganzen Papiere gekriegt habe.“⁸⁵⁵

Ivan Ojdanic fährt in seiner Erzählung fort: „Eine Malerfirma hat uns dann geschrieben, dass wir kommen können, dann haben wir das Visum gekriegt. Aber wir sind erst im November nach Linz gekommen und die Firma hat gesagt, jetzt ist es zu spät, jetzt sind alle im Urlaub, im Winter wird nicht gearbeitet. Was tun? 200 Schilling in der Tasche, das war alles, was man über die Grenze bringen konnte. Am Bahnhof haben wir Landsleute kennengelernt – wenn du jemand hörst in deiner Muttersprache, bist du froh. Hab ich die gefragt – sie meinten, ja, du gehst zum Arbeitsamt. Und auf einmal ist ein Mann vor uns gestanden – so zwischen 60 und 70 Jahren – das war Herr Frohmann von der Schuhfabrik. Er hat uns in unserer Muttersprache angesprochen, hat gefragt, von wo wir her sind. Wir haben gesagt, aus Zagreb.“⁸⁵⁶

Frohmann, ein Volksdeutscher aus der Batschka, rekrutierte mit System Arbeitskräfte: „Der Mann ist mit einem schwarzen Mercedes gekommen, hat uns mitgenommen zum Grenzlandhof und gesagt, am Montag kommt uns jemand holen zum Arbeiten – bis dann, auf Wiedersehen. Montag haben wir angefangen zum Arbeiten. Das wars. Wir

wurden schön aufgenommen in der Firma, wir sind in die Firma gekommen – ah, das war schön – die ganze Halle, alle stehen und schauen – Aaahhh Jugo, Jugo – haben uns gezeigt, was wir arbeiten sollen, haben uns sehr freundlich aufgenommen.“⁸⁵⁷

Ivan Ojdanic war Mitbegründer und Obmann des bekannten jugoslawischen Vereins „1. Mai“ in der Linzer Salzburger Straße, der bis zum Ausbruch des Krieges 1991 von allen Bürgern Jugoslawiens besucht und seitens der Sozialistischen Republik Jugoslawien unterstützt und auch beeinflusst wurde. Der Verein diente, wie bereits erwähnt, als Treffpunkt für sportliche und kulturelle Veranstaltungen, aber er bot auch Hilfestellungen bei der Bewältigung des Alltags: „Am Anfang war der Sport – die ausländischen Vereine – Fußball, Tennis, Schach usw., dann die Folkloregruppen, Spielen, Tanzen usw. Wir haben organisiert – Fußballvereine, Tennisvereine, Kegelvereine usw., dass die Leute zusammen – und für die Jugend – zum Lesen, Lernen, für die Sprache. Auch Fahrlehrer haben wir organisiert, die unsere Sprache sprechen, wo die Gastarbeiter den Führerschein machen konnten.“⁸⁵⁸ Der Vorstand des Vereines „1. Mai“ setzte sich aus Vertretern der verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen Jugoslawiens zusammen. Gute Kontakte zu Linzer und oberösterreichischen Politikern und Wirtschaftstreibenden waren für die Arbeit des Vereins wichtig.

„Wir hatten sehr gute Kontakte“, erinnert sich Ivan Ojdanic: „Ausländerfeindlichkeit? Wie ich gekommen bin? – nein, nie, überhaupt nicht. Das war natürlich ganz anders. Das war meine schönste Zeit in Österreich, so von Anfang bis, sagen wir, 1980er Jahre, dann wurde alles ein bissl schwerer, vorher hab ich keine Probleme gehabt.“⁸⁵⁹ Ivan Ojdanic lebt nunmehr seit Jahrzehnten in Linz, seine Familie besitzt neben ihrer Wohnung in Linz auch ein Haus in Kroatien.

„Ich frage mich, wo ist denn meine Heimat? Ist das Linz oder ist das Kroatien? Wenn ich unten bin, sag ich, ich geh heim. Wenn ich in Linz bin, sag ich, ich fahre heim. Wo ist meine Heimat? – Weiß ich selbst nicht [lacht]. Ich fühl mich sehr schön da, sehr frei, sehr schön, hab keine Probleme mit der Nachbarschaft, mit den Leuten. Ich kenne alle. [...] Ich hatte nie Probleme und habe Freunde, die Österreicher sind oder eben aus dem ehemaligen Jugoslawien. [...] Im Sommer packt mich hin und wieder das Heimweh und wir fahren zum Meer, nach Split. Aber ich bin hier in Linz zu Hause. [...] Die beste Zeit war die Zeit, in der ich mit den Vereinen gearbeitet habe (1960er bis 1980er Jahre). Einfach frei, immer unterwegs, immer beschäftigt mit den Leuten, den Gastarbeitern geholfen – die Hilfe, ich bin ganz glücklich, wenn jemand mich braucht. Helfen, Unterstützen, das war meine beste und glücklichste Zeit.“⁸⁶⁰

Mümtaz Karakurt, geboren 1962, stammt aus der türkischen Kreisstadt Afyon, die durchaus mit Linz vergleichbar ist, es leben dort 170.000 Einwohner. „Mein Vater wurde 1971/72 von Österreich angeworben, über meinen Onkel, der vorher nach Österreich gekommen ist“, erzählt Mümtaz Karakurt: „Der Onkel lebt nicht mehr, aber anscheinend hat die Firma dringend Arbeitskräfte gebraucht und die offizielle Anwerbeschiene war viel zu bürokratisch und lang, deswegen hat unter anderem mein Onkel so eine Art Prämie gekriegt, damit er die Verwandten überzeugen hat können. Anscheinend hat mein Onkel damals einen Monatslohn bekommen. Mein Vater wurde von ihm direkt ange-

sprochen, ob er auch für ein paar Jahre nach Österreich kommen möchte. Nachdem er zugesagt hatte, wurden seine Daten übermittelt. Er hat dann ein Telegramm gekriegt, er soll nach Istanbul kommen. Er wurde dann in dieser Anwerbestelle untersucht – gesundheitlich und Berufseignungstest. [...] Bei der gesundheitlichen Untersuchung hat man festgestellt, dass sein rechter Fuß schwächer ist als sein linker. Nach einigen Monaten hat er wieder ein Telegramm gekriegt, er soll noch einmal nach Istanbul kommen, ist wieder mit seinem Koffer nach Istanbul gefahren, dann haben wir erst nach drei Wochen oder so einen Brief bekommen, dass er in Österreich ist und bereits in Schärding ist. So ist mein Vater nach Schärding gekommen.“⁸⁶¹

Ende der 1970er Jahre war die Türkei von Instabilität geprägt. Die betraf auch die Universitäten. Es gab tagtäglich Straßenkämpfe zwischen links- und rechtsgerichteten Studierenden: „Ich habe 1979 Matura gemacht in der Türkei“, so Mümtaz Karakurt: „Und dann wollte ich Germanistik im Ausland studieren, dort wo die Sprache gesprochen wird, kann ich die Sprache besser lernen und studieren und Österreich war logischerweise an erster Stelle, weil mein Vater da war. [...] So bin ich 1979 nach Österreich gekommen, nach Linz – mein Vater war damals in Schärding. In Linz hat meine Tante gelebt, nachdem in Schärding kein Deutschkurs angeboten wurde. Dann hab ich dann zunächst bei meiner Tante eine Bleibe bekommen, meine Tante hat in Linz als Reinigungskraft gearbeitet und ihr Mann im Bau als Maurer. Es war eine ganz normale visumfreie Einreise. Ich hab lediglich eine Bestätigung von meinem Vater gehabt, dass er für meinen Lebensunterhalt sorgen wird. Ich hatte damals mit ihm natürlich auch immer Kontakt. [...] Bei der Einreise und mit dem Aufenthalt: Ich hatte keine Probleme.“⁸⁶²

Heute arbeitet Mümtaz Karakurt als Organisator und Manager: „Wenn man die Situation 1979/80 mit heute vergleicht, dann glaube ich, dass auf der einen Seite die Ressentiments, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit gestiegen sind, von Medien und Politik viel mehr instrumentalisiert und missbraucht wird. Aber auf der anderen Seite merke ich, dass das Thema Rassismus, Ausländerfeindlichkeit nicht mehr tabuisiert ist wie damals, damals konnte man über Rassismus kaum reden. Begrifflichkeiten wie Rassismus waren verpönt, es war eher so – dieser offene Rassismus in der Gesellschaft, in den Medien, das war damals nicht. Es war eher tabuisiert, dass man Dinge so beim Namen nennt. Ich hab das Gefühl, dass in der Gesellschaft Unterstützung oder das Verständnis oder die Bereitschaft für einen Austausch viel mehr verankert war als jetzt. [...] Ausländerfeindlichkeit damals? Mein Vater hat gesagt, in Schärding am Anfang waren sie so richtige Exoten. Anfang 1970, weil ich immer wieder gefragt hab, na wie war die Aufnahme – weil er tatsächlich nicht so gut Deutsch gekonnt hat und bis zum Schluss nicht so richtig – er hat gesagt, die Einheimischen sind immer wieder gekommen, Türken anschauen. Die haben sich ziemlich schnell mit einigen Arbeitskollegen befreundet. [...] Sie waren interessant und exotisch und dadurch haben sie immer mehr Kontakte gehabt mit den Einheimischen. [...] Nach der Pensionierung ist mein Vater in die Türkei zurückgekehrt. Und diese Anfeindungen, hat er gesagt, waren gefühlsmäßig in den 70er und 80er Jahren absolut nicht. Ausländerfeindlichkeit als Politik gabs nicht, als Wahlschlager.

Nix. Nicht damals. [...] Ich selbst war, wie ich angekommen bin, 1979, 1980 keinen Anfeindungen ausgesetzt.“⁸⁶³

Mustafa Ćehaja, geboren 1939 in einem Dorf in der Nähe von Bugojno in Bosnien, erinnert sich: „Ich bin 1966 das erste Mal nach Österreich gekommen und bin nach eineinhalb Jahren wieder zurückgekehrt in meine Heimat. Ich habe dann dort wieder angefangen zu arbeiten, hatte aber dieselben Probleme wie vor dem ersten Mal, als ich nach Österreich gekommen bin. Ich hatte zu geringen Lohn, zu wenig Geld für die Familie, und habe mich entschlossen, 1971 wieder nach Linz zu kommen. Ich habe 1971 angefangen in einer Firma zu arbeiten, der Firma Steininger, die kurz danach wieder in Konkurs gegangen ist. Nach der Firma Steininger habe ich 12 Jahre bei der VÖEST Alpine gearbeitet. Dort hat es wieder eine Krise gegeben und ich habe meine Arbeit verloren. Ich habe dann schließlich bei der Firma Mandl & Berger, einer Gießerei, zu arbeiten begonnen.“⁸⁶⁴

Der bosnische Arbeiter war gerade Vater geworden und wurde durch die Anwerbung von seiner Familie getrennt: „Wie ich gekommen bin, war es sehr schwer. Ein fremdes Land, ich war sehr traurig. Aber ich habe gewusst, wieso ich da bin, dass ich viel arbeiten muss und soll. Dass man hier brav sein muss, dass man brav arbeiten muss. Ich hatte Schulden zuhause. Darum habe ich jeden Tag viel gearbeitet, manchmal 14, manchmal 15, manchmal 16 Stunden. Ich habe auch viele Überstunden gemacht. Ich habe alles gegeben, damit ich in der Firma angenommen werde. Man hat mich in der Firma gemocht. Das war mir sehr wichtig. Nach eineinhalb Jahren ist es der Firma (Steininger) schlecht gegangen, die Firma ist in Konkurs gegangen. Das war nicht leicht für mich. Dann habe ich einen anderen Job gefunden bei der VÖEST Alpine. [...] Aber es war auch schön, in der Arbeit, kein Streit mit Landsleuten und auch nicht mit Österreichern, es gab auch lustige österreichische Arbeiter [...] aus dem Mühlviertel.“⁸⁶⁵

Hinsichtlich der sozialen Kontakte hält Mustafa Ćehaja fest: „Arbeitskollegen, Freunde und Landsleute, Vereine. Die waren wichtig. In den Vereinen war ich auch oft. Da war immer irgendwer eingeladen aus dem Gebiet von Ex-Jugoslawien, ein Sänger und es hat Musik gegeben, man hat gesungen und getanzt. Aber wir haben uns auch privat untereinander besucht. Die Unterschiede waren egal. Jugoslawien war damals nicht geteilt und man war in der Freizeit immer gemeinsam unterwegs. Man hat auch Ausflüge gemacht. Das war sehr schön, es war kein Streit und es war egal, woher wer gekommen ist. Aber das, was ich bereue ist, dass ich nur mit denen in der Freizeit zusammen war, die nicht Deutsch konnten, die in meiner Muttersprache mit mir gesprochen haben. So habe ich nicht Deutsch gelernt und jetzt tue ich mir sehr schwer. Das tut mir leid. [...] Beschimpfungen, Ausländerfeindlichkeit? Wenig, nicht so viel, das habe ich nicht so bemerkt, ich habe viel gearbeitet, in der Firma: Kein Problem mit mir.“⁸⁶⁶

Die Arbeit hatte Priorität, Ćehajas Frau, die auch in Linz lebte, war als Hilfsarbeiterin bei der Firma Linz Textil AG beschäftigt, der früheren Kleinmünchner Spinnerei. Sie arbeitete ausschließlich mit Gastarbeiterinnen und hatte als Schichtarbeiterin mit drei Kindern kaum die Möglichkeit, Deutsch zu lernen. Gezielte Ausländerfeindlichkeit nahm auch sie nicht wahr. „Ich habe jeden Tag viel gearbeitet, schwere Arbeit [...] und ich

habe brav gearbeitet, nie etwas gesagt“, meinte Mustafa Čehaja.⁸⁶⁷ Daran schließt eine weitere Interviewaussage einer jugoslawischen Gastarbeiterin der frühen 1980er Jahre an, ebenfalls eine Mutter von drei Kindern: „Ich bin immer müde, weil ich so viel arbeite. Ich brauche das Geld. [...] Ich arbeite so viel, dass ich meine Arbeit nicht verliere, aber die Österreicher sind freundlich zu mir [...] ich koche auch für den Chef, der Chef ist freundlich, keine Feindschaft, kein Schimpfen. [...] Manchmal hört man, ‚Da sieht es so aus, wie bei den Tschuschen‘, aber zu mir hat nie jemand etwas gesagt.“⁸⁶⁸

„Wie wir (1966) hergekommen sind, das hat uns gefallen und daher sind wir dageblieben“, erzählt Julijana Dautovic, in der Vojvodina in Jugoslawien geboren. Heute lebt sie in Traun bei Linz. „Es war nicht immer alles rosig, wir haben Probleme mit der Sprache gehabt, im Geschäft, da hab ich halt dann mit den Fingern darauf gezeigt – aber: Wir haben schon 1974 die österreichische Staatsbürgerschaft bekommen und eine (bessere, MJ) Wohnung. Ich habe so ein Glück gehabt mit meiner Firma, 26 Jahre lang. [...] Ausländerfeindlichkeit? Wir haben damals mit den Nachbarn nie Streit gehabt. [...] Ich habe damals eine gute Beziehung zu meinen (österreichischen) Mitbewohnerinnen gehabt.“⁸⁶⁹ Ihr Gatte Tomas Dautovic ergänzt: „Weiß nicht, was das war. Bei mir nicht. Andere Kollegen haben kein Bier bekommen bei einem Wirt, ich schon. Sag ich gleich, ‚Ich bin auch ein Jugo‘, meint er, ‚Na, du gehörst da nicht dazu.‘ Vielleicht weil ich nicht so aussehe. [...] Ich habe auch nicht alles verstanden, was sie gesagt haben.“⁸⁷⁰

Differenzierte Erinnerungen

Ana Martincevic wurde 1952 in Varazdin (Kroatien, Jugoslawien) geboren und wuchs dort auf. Ihr Vater war Lehrer, die Familie umfasste zehn Kinder: „Mein Vater konnte nicht für uns alle sorgen. Ich habe Physik zu studieren begonnen, in Zagreb. Es war notwendig einen Job zu suchen, ich habe daher immer in den Sommermonaten in Österreich gearbeitet. Es war leicht, 1970 eine Arbeit zu finden. Ich kam nach Linz in die Textilfabrik Franz Gabler, habe als Hilfsarbeiterin gearbeitet und in einer Baracke gelebt. Eintönige Arbeit, und ich wollte die Nachtschicht machen; tagsüber habe ich gelernt, meistens. Ich habe mein Studium abgeschlossen, in Jugoslawien, als Diplomingenieurin. Ich war die einzige Frau, die einzige Absolventin [...] und fand dort keinen Job als Akademikerin. Also, Österreich – 1975 hat uns dann, einer ganzen Reihe Textilarbeiterinnen, der Chef gekündigt. Ölkrise, wir wurden entlassen. Und dann habe ich etwas in der Schuhfabrik gefunden, in der Firma Richter. Da war ich wieder Hilfsarbeiterin. Um mich waren lauter Gastarbeiterinnen aus Jugoslawien, einige auch aus der Türkei. Wir haben untereinander immer unsere Sprache gesprochen. [...] Und da verstehst du eben Vieles auf Deutsch nicht. [...] Ich habe schon einmal einem Chef gesagt, dass ich studiert habe, aber das war ihm egal, ich war die ‚Nix Verstehen‘. Die haben so getan, als sei ich – na, die Österreicher haben mich nicht ernst genommen. [...] Erst später ist der Seniorchef, der alte Chef von der Firma Richter, darauf gekommen, dass er mich gut einsetzen kann mit meinen slawischen Sprachkenntnissen und er hat mich sehr

gefördert. Er hat mich eingesetzt bei der Gebietsbetreuung für Osteuropa, das war dann schon in den späten 1970er und in den 1980er Jahren.“⁸⁷¹

Dem zwar nicht grundsätzlich unfreundlichen, aber wenig integrationsfreundlichen Klima im Berufsleben, der Isolierung und den geringen Aufstiegschancen stellt Ana Martincevic das Leben innerhalb der eigenen Community, in dem Fall jugoslawischer Arbeitsmigranten und -migrantinnen gegenüber: „Ganz eine andere Sache war das, die Vereine. Ganz wichtig. Und ich war aber auch von Anfang an in den damals jugoslawischen Vereinen aktiv. Ab 1970 war ich beim jugoslawischen Verein „1. Mai“. 1970 bis 1976 war ich bei der Plattform ethnischer Vereine, bei verschiedenen Vereinen aktiv.“⁸⁷² Harald Waldrauch und Karin Soler betonten in ihrer Arbeit zu Migrantenorganisationen im urbanen Raum die große Bedeutung der Vereine während der 1960er und 1970er Jahre für die jugoslawischen (und türkischen) Arbeitsmigranten, diese hätten als Freizeitklubs und/oder als soziale Hilfsverbände fungiert.⁸⁷³

Genau in dieser Form erinnert sich auch Ana Martincevic an diese Jahre: „Ich war damals dauernd im Verein; am Anfang, als es noch keinen gab, da haben wir uns immer am Bahnhof getroffen. Da haben wir Landsleute getroffen, da konnte man sich austauschen. Wir konnten doch kein Deutsch. Am Bahnhof waren wir. Dann sind wir aber in die Vereine gegangen. Da fand man Hilfe und Unterstützung. [...] Ich muss sagen, das war herrlich. Der Verein war für mich die Heimat. Da habe ich mich wohl gefühlt. Wir sind zusammen gesessen, Kultur, Musik, alles, es war wunderbar, der Verein war für mich Heimat.“⁸⁷⁴ Nach einer Pause setzt Ana Martincevic fort: „Die erste Zeit der siebziger Jahre war schwierig, aber irgendwie schöner, weil für mich und meine Kolleginnen diese Zeit für mich nicht so geprägt war wie heute. Ausländerfeindlichkeit gab es damals und Ausländerfeindlichkeit gibt es heute, aber wir haben diese Situation anders verspürt und anders empfunden. Wir haben nicht alles verstanden, das, wir waren unter uns und haben uns gegenseitig geholfen, und besonders fand das in den Vereinen statt. Das waren die Gründe, warum ich diese Zeit als schöner in Erinnerung habe wie zehn oder 15 Jahre später. In den Vereinen, das war wirklich eine schöne Zeit.“⁸⁷⁵ Ana Martincevic ist in diesem Sinne als Beispiel einer Sozialisation anzusehen, die in der wissenschaftlichen Literatur als „Binnenintegration“⁸⁷⁶ bezeichnet wird: Die Solidarität unter den Mitgliedern ihrer eigenen ethnischen Gemeinschaft insbesondere in den jugoslawischen Vereinen schuf die Grundlage für einen selbstbewussteren und von mehr Selbstvertrauen geprägten Umgang mit der Mehrheitsgesellschaft und damit in weiterer Folge die Basis für den beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg.⁸⁷⁷

Es kann insgesamt festgestellt werden, dass die erste Generation der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter – in den 1960er, 1970er und teilweise in den 1980er Jahren – in die einheimische, oberösterreichische Gesellschaft kaum integriert war. Im Mittelpunkt ihres Lebens stand die funktionale Anpassung im Arbeitsbereich.⁸⁷⁸ Dem stand ein Leben in der eigenen ethnischen bzw. nationalen Community gegenüber. Anfeindungen oder Konflikte seitens bzw. mit der einheimischen Bevölkerung wurden, folgt man den Erinnerungen der ersten Generation, kaum wahrgenommen oder in der Befragung, mindestens vierzig Jahre danach, desaktualisiert. Etwas anders, nämlich differenzierter, ge-

stalten sich die Wahrnehmungen, befragt man die Angehörigen der zweiten Generation. Nermina Imamovic, geborene Čehaja, kam 1966 in Bugojno, Bosnien, zur Welt: „Ich bin 1972 nach Österreich gekommen, und in Kleinmünchen (bis 1979) in die Schule gegangen. [...] Wir, mein Bruder und ich, haben kein Wort Deutsch gekonnt – und es war sehr komisch, wie ich am ersten Tag in die Schule gekommen bin. Ich habe kein Wort verstanden. [...] Aber es ist dann ziemlich schnell gegangen, also meine Eltern waren auch dahinter, dass wir die Sprache lernen, die haben uns Privatkurse bezahlt und haben uns auch im Hort angemeldet. Somit waren wir in dieses soziale Netzwerk eingebunden. Und damals hat es nicht so viele Ausländer gegeben in Österreich und überhaupt nicht in Linz, somit hat man uns auch eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt und man hat sich auch im Hort bemüht, die Horttanten stundenlang, dass wir die Sprache lernen.“⁸⁷⁹

Zur Frage der Zurücksetzungen, Beschimpfungen, Ausgrenzungen hält Nermina Imamovic fest: „Die hat's gegeben, eindeutig. Ich hab es mehr bemerkt, zum Beispiel, was meine Eltern – also die haben es oft nicht verstanden und – es war jetzt für mich interessant, wie mein Vater gesagt hat, es gab nicht so viel (Feindlichkeit) – also das hat es schon gegeben. Nicht gegenüber mir so, aber gegenüber meinen Eltern. Ich hab's verstanden [die Anfeindungen, MJ] und das war für mich schwieriger als für meine Eltern. [...] Offene Beschimpfungen habe ich nicht erlebt, aber man hat schon oft gespürt, dass es eine Art Diskriminierung gegeben hat.“⁸⁸⁰ Sie fügt in der Folge erklärend hinzu: „Also, die Österreicher waren doch damals unvorbereitet, niemand hat gewusst, was so auf sie zukommt. Es gab viel Misstrauen auch gegenüber uns Ausländerkindern. Natürlich, wir haben uns anders benommen, wir waren lauter, wir waren wilder, wir waren auch spät am Abend draußen. [...] Aber ich habe dann meine österreichischen Freundinnen gehabt und diese Hürde überwunden.“⁸⁸¹

Auf die Bedeutung interethnischer Freundschaften für Kinder und Jugendliche der zweiten Generation wies auch die türkische Schülerin Sirvan hin. Die 13-jährige Sirvan und die gleichaltrige Österreicherin Maria waren 1986 Freundinnen. Die beiden trafen sich regelmäßig am Wochenende und einmal am Nachmittag unter der Woche. Sie lernten auch zusammen: „Ich habe jemanden gebraucht, an dem ich mich festhalten konnte. Also, wenn ich niemanden hätte, also, ich weiß nicht. [...] Viele Österreicher haben bei Schularbeiten einen Einser gehabt, und, wenn ich etwas Schlechtes gehabt habe, natürlich bist es wieder du, Sirvan, hat die Lehrerin gesagt. [...] Und da hab ich mich verkrampft, bloß nicht heulen. Und Türken sind sehr schwach beim Trösten. Sie finden keine Worte beim Trösten. Die hat (meine Freundin) Maria gleich. Sie kann einen so trösten, es ist nicht zu beschreiben.“⁸⁸²

„Harte Zeiten“ – eine andere Erinnerungslandschaft

Zuwanderer der ersten Generation erinnerten die Zeit der Anwerbung mitunter positiv als Jahre der Arbeit, aber auch der durchaus positiven Aufnahme. Feindselige Attitüden und

unangenehme Erlebnisse prägen jene aus eigenem Antrieb eingebrachten Erinnerungen eher selten. Demgegenüber entwickelten kritische Beobachter eine anders akzentuierte Sichtweise: „Man kann sich nicht vorstellen, wie schlecht die Verhältnisse für ausländische Kollegen in den 1960er Jahren waren.“⁸⁸³ Albert Langanke, der bereits erwähnte Sozialexperte und Bildungssekretär des ÖGB Oberösterreich, engagierte sich in der Bildung des gewerkschaftsnahen Landes-Ausländer-Ausschusses, später im „Verein zur Betreuung der Ausländer in Oberösterreich“.⁸⁸⁴ Aus eigener Wahrnehmung hält er fest: „Ich war in meinem ersten Leben Buchdrucker, vor 1975. [...] Ich habe das erlebt, hautnah, in der Druckerei, in der ich gearbeitet habe, dass die Ausländer die schlechtesten Jobs hatten. Wenn wir zum Beispiel Farbe gewechselt haben, und da ist man dreckig geworden dabei, dann hat das natürlich ein Ausländer gemacht. Er hat die Druckerfarbe ablösen müssen. Da waren auch sehr giftige Sachen dabei und das hat keinen gekümmert, ob er das einschnauft oder nicht. In der Öffentlichkeit waren die Leute sowieso Paria. [...] Es herrschten da Verhältnisse, die waren sowieso unglaublich. [...] Erst viel später haben sich die sozialen und die Arbeitsverhältnisse deutlich verbessert.“⁸⁸⁵

„Die [ausländischen Kollegen] sind damals einfach ausgenützt worden, beinhart,“ fährt Langanke fort und weist im Besonderen auf die Arbeitssituation in Kleinbetrieben hin: „Das war eigentlich allen egal damals, was da ist oder nicht ist. ‚Horuck, gemma, da brauch ma keinen Schutzhelm‘. Das war speziell in den kleinen Betrieben, in den größeren war das nicht so, da waren doch Betriebsräte und die haben darauf geschaut, zum Teil zumindest, auf jeden Fall in den ganz großen Firmen, dass bestimmte Standards eingehalten worden sind. [...] Die ausländischen Kollegen waren die Paria und das spüren sie heute noch [2014] an ihrer Gesundheit. [...] Zum Beispiel der XY, hatte mit Lack und Plastik zu tun, er ist krank und komplett fertig, der muss froh sein, dass er überhaupt noch gehen kann. [...] Es ist einfach so gewesen, dass der Großteil der schweren und dreckigen Arbeiten von Gastarbeitern übernommen wurde, zum Beispiel am Bau, da waren sie, wie man im Volksmund sagt, die ‚Zuaroacher‘ [Zureicher], die haben dann natürlich auch länger dableiben dürfen. [...] Viele [Gastarbeiter] waren damals ganz ahnungslos, haben sich nicht ausgekannt, zum Beispiel, und dann fehlt etwas vom Lohn. Es hat nicht immer mit der Bezahlung gestimmt und dann natürlich die Wohnverhältnisse, die waren zum Teil ganz, ganz schlimm.“⁸⁸⁶

Langankes Erinnerungen sind geprägt vom Zugang eines besonders engagierten Arbeitnehmervertreters, der mit Missständen konfrontiert war. Befragt nach positiven Erinnerungen und Akzenten, hält er fest: „Es gab natürlich menschliche Kontakte [mit den ausländischen Kollegen], wir waren miteinander wandern, um den Offensee zum Beispiel, aber nicht sehr oft, muss ich schon sagen. [...] Dann sind wir von der Gewerkschaft nach Jugoslawien, beruflich, und da haben sich beste Kontakte entwickelt, wir waren auch auf Urlaub, [...] Wir waren Freunde! Die Kollegen, mit denen ich zu tun hatte, hätten mich nie gegenüber Belgrad oder Zagreb hängen lassen. [...] Ich habe bei vielen Veranstaltungen mitorganisiert, also es war sehr schön zu sehen, wie wir mit unserer Arbeit Erfolg hatten.“⁸⁸⁷

In eine ähnliche kritisch-hinterfragende Richtung, wenngleich anders akzentuiert und schriftlich verfasst, weisen die Erinnerungen von Msgr. Dr. Vinzent Balogh, einem leitenden und engagierten Mitarbeiter der Seelsorge für Gastarbeiter und Flüchtlinge, der später von der Österreichischen Bischofskonferenz zum „Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge in Österreich“ bestellt wurde. Seelsorger Balogh war selbst Flüchtling, kam über die Slowakei nach Ungarn und dann nach Oberösterreich.⁸⁸⁸ Balogh verfasste einen persönlich gefärbten Zeitzeugenbericht, der angesichts der vielen Details an eine Art „Diensttagebuch“ denken lässt.

„Am 15. Juli 1965 ernannte mich Bischof Franz Sal. Zauner zum Bischöflichen Referenten für Fremdsprachige [...] Unser Referat („Referat für fremdsprachige Flüchtlinge und Gastarbeiter“ [FLUGA]) ersucht die Österreichische Bischofskonferenz dahin zu wirken, dass das befremdend wirkende Wort ‚Fremdarbeiter‘ durch ‚Gastarbeiter‘ abgelöst werde. Was sich erstaunlich schnell durchsetzte. [...] Soziale Probleme: Gastarbeiter aus dem kommunistischen Jugoslawien müssen durch Flüchtlingspriester betreut werden, was zu politischen Konflikten führt. Die letzten Flüchtlingslager (Linz-Wegscheid, Linz-Artilleriekaserne, Stadl-Paura und auch die letzten Hilfsorganisationen für Flüchtlinge wurden aufgelöst, außer Caritas und W.C.C., World Council of Churches). Die pastorale Herausforderung im Bezug auf Gastarbeiter wird dringender. Am 1.12.1966 wird der Priester der Diözese Krk Anton Mrakovcic für die 5.000 bis 6.000 in Oberösterreich lebenden kroatischen und bosnischen Katholiken ernannt.“⁸⁸⁹

Hinsichtlich der Jahre 1965 bis 1966 wurde Balogh in seinen Erinnerungen deutlicher und berichtete u. a. von einem „eifrigen Priester“, der „immer mehr unter den Einfluss der rechtsradikalen Ustascha-Anhänger“ geriet; Balogh beurteilte dies damals als „Dummheit“ und „Schwäche“. Diese Praxis führte zu massiven Konflikten und brachte zudem Gläubige in Oberösterreich und in Kroatien in Bedrängnis. Der kroatische Priester wurde abgelöst.⁸⁹⁰ 1971 berichtete Balogh darüber, dass die „Gastarbeiterseelsorge“ ein immer drängenderes Problem darstelle und man sich nun um eine „christliche Bewältigung des Gastarbeiterproblems“ bemühe. Der Diözesanbischof initiierte daraufhin einen „Tag der Migrantinnen“.⁸⁹¹ 1973 sprach Balogh davon, dass die Zahl der Arbeitsmigrantinnen eine „Rekordhöhe“ erreichte, 5.456 Gastarbeiterinnen seien in der Statistik ausgewiesen, dies spräche dafür, dass viele Gastarbeiter ihre Familien nachgeholt hätten. Der „Ölschock“ wirkte sich laut Balogh vorerst kaum aus: „Im Gegenteil, jeder Gastarbeiter bemüht sich fieberhaft um Verlängerung seiner Arbeitserlaubnis. Viele bleiben auch in den Wintermonaten in Österreich, damit sie ihren Arbeitsplatz ja nicht riskieren.“ Doch die Zeiten änderten sich, und Balogh hielt in der Folge fest: Dass man nun „von einer merklichen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Ausländern und Österreichern“ sprechen könne: „Die auflagenstarke Kronen-Zeitung veröffentlicht diskriminierende Glossen unter solchen und ähnlichen Titeln wie ‚Gesindel‘ usw. und mit Vorliebe fremdenfeindliche Leserbriefe.“⁸⁹²

1974 notierte Balogh angesichts des Abbaus vieler ausländischer Arbeitskräfte, dass immer mehr Gastarbeiter keine Aufenthaltsberechtigung erhielten, weil sie durch Unfall oder durch Krankheit ausfielen und nicht mehr zur Gänze arbeitsfähig wären: „So droht

dem Gastarbeiter das typische Schicksal des ‚Wegwerfmenschen‘, der ein Spielball von Wirtschaftsfaktoren wird. Gerade das schwächste Glied der Gesellschaft bekommt auch diesmal als erstes die Krise zu spüren. Trotzdem versuchen viele Menschen als jugoslawische Touristen nach Österreich zu kommen und hoffen durch unsere Vermittlung zu Arbeit, Wohnung oder zur Auswanderung zu gelangen, wodurch unser Referat oft vor schier unmögliche Aufgaben gestellt wird.“⁸⁹³

Andererseits dokumentierte Balogh 1976, dass in Oberösterreich bereits neun Prozent der ausländischen Beschäftigten Befreiungsscheininhaber seien und seit mindestens acht Jahren ununterbrochen in Beschäftigung stünden. In diesem Jahr erlangte in Oberösterreich eine Reihe von Arbeitsmigranten die Staatsbürgerschaft. Balogh sprach nun von einer „zweiten Phase der Gastarbeiterära“, in welcher die Integrationsbestrebungen deutlicher geworden seien und er hält ferner fest: „Für die vielen arbeitslos gewordenen und heimkehrenden Gastarbeiter hat die Caritas, durch die Vermittlung des Fürsorgers Sardi mit reichlichen Kleider- und Lebensmittelpenden die ärgste Not zu lindern versucht.“⁸⁹⁴ Balogh hob die Bedeutung einer positiven Meinungsbildung in der Öffentlichkeit hervor, sein Referat „will auf die diskriminierenden Passagen des am 1.1.1976 rechtskräftig gewordenen Ausländerbeschäftigungsgesetzes durch Diskussionen mit den Interessensvertretungen (Kammern, ÖGB) aufmerksam machen. [...] In unserem Kampf für die Rechte der Gastarbeiter unterstützte uns die Linzer Kirchenzeitung ganz kräftig.“⁸⁹⁵

Jahr für Jahr wurden Baloghs Berichte nun etwas dramatischer: „1983. Das bekannte Schlagwort ‚Gastarbeiter nehmen den Österreichern den Arbeitsplatz‘ ist nichts anderes, als Schürung der Fremdenfeindlichkeit. Es waren dagegen die Worte des Papstes bei einem ersten Besuch in Österreich am 12.9.1983 wie Balsam für das Herz der Gastarbeiter: ‚An dieser Stelle möchte ich der Kirche in Österreich danken für alles, was sie für die Seelsorge im Gastarbeiterbereich getan hat und weiterhin noch plant.‘ [...] Mit großer Sorge erfüllt uns das Schicksal jener jugendlichen Gastarbeiter, die sich bereits völlig unserer Gesellschaft zugehörig fühlen, da sie ihre Ausbildung in Österreich genossen, die aber keine wie immer geartete Arbeits-, geschweige denn Aufstiegsmöglichkeit haben. Jugoslawische Jugendliche, die großjährig geworden keine Arbeit finden, müssen in die Heimat zurück, wo sie sich total fremd vorkommen. Türkische Jugendliche mit Eltern patriarchalischer Mentalität denken meist gar nicht daran, mit den Eltern zurück in die Türkei zu gehen. Generationskonflikte sind bei ihnen auf der Tagesordnung. Ohne Schulabschluss kann man ihnen kaum helfen. Den Sozialarbeitern des Referates kostet es viel Zeit und Nerven, in solchen Fällen die Firmen wegen Arbeit und die Wohnungsinhaber wegen Unterkunft zu beknien, was aber trotzdem immer wieder gelingt. [...] In den letzten Jahren vermehrt sich die Zahl jener Gastarbeiter, die krank geworden sind, ja gezwungen sind, um Invaliditätspension anzusuchen. Grund: körperliche Schwerarbeit, feuchte Wohnverhältnisse, unzulängliche Ernährung, äußerste Sparsamkeit wegen doppelter Haushaltsführung. Es ist unser tägliches Brot, in ähnlichen Situationen ihnen beizustehen.“⁸⁹⁶ Soweit der Bericht des Seelsorgers aus der Praxis der Sozialarbeit, die in seinem Referat geleistet wurde.

Besonders 1983 dürfte ein Jahr gewesen sein, in dem sich die sozialen Verhältnisse für Arbeitsmigranten zuspitzten; von 1983 bis 1985 wurde die Talsohle bei den Beschäftigtenzahlen ausländischer Staatsangehöriger erreicht, die Zahl der Arbeitslosen war bei ausländischen Arbeitnehmern doppelt so hoch wie bei inländischen.⁸⁹⁷ Engagierte Lokalredakteure verfassten einschlägige Reportagen, in denen sie Arbeitsmigranten eine Stimme verliehen, sie bemühten sich aber auch um ein realistisches Meinungsbild der einheimischen Bevölkerung. Das Oberösterreichische (vormals Linzer) Tagblatt veröffentlichte im Februar 1983 den Artikel: „Feindbild Gastarbeiter? Wirtschaftskrise verstärkt Aggression gegen Ausländer.“⁸⁹⁸ Dabei berichtete die Zeitung über einen Linzer Gastarbeiter namens Achmed, der seit 15 Jahren in Österreich lebte: „Seit drei Monaten ist er arbeitslos. Nachdem er zwölf Jahre hindurch bei einer Firma als qualifizierter Hilfsarbeiter beschäftigt war, wurde er aus Spargründen entlassen. In seine Heimat möchte Achmed aber nicht zurückkehren. Dort hat er vor 15 Jahren alles verkauft, um sich in Österreich ein neues Leben aufzubauen. Seine Kinder sprechen nicht türkisch und würden durch eine Rückkehr in die Türkei in einen völlig fremden Kulturkreis verpflanzt werden. Achmed macht sich wie viele seiner in Österreich lebenden Landsleute Sorgen um die Zukunft. Verstärkt wurden diese noch, als er bemerkte, daß viele Österreicher den Gastarbeitern nicht mehr sehr wohlgesonnen sind. [...] Als ein Argument gegen die ausländischen Arbeiter in Österreich hört man immer wieder, daß die ‚Tschuschen‘ ja sowieso alle Verbrecher seien und mit der Arbeit ‚eh ka Freud‘ hätten.“⁸⁹⁹ Die Kriminalstatistik und die Berichte der Personalchefs in den Linzer Großbetrieben würden jedoch ein anderes Bild vermitteln, so das „Oberösterreichische Tagblatt“.⁹⁰⁰

Man befragte nun in weiterer Folge zehn Personen im Rahmen eines Meinungsbildes mit Foto und vollem Namen: „Soll man die Gastarbeiter heimschicken?“⁹⁰¹ Das Ergebnis der Umfrage war moderat, eine Mehrheit sprach sich zwar für eine mögliche Rücksendung aus, man solle dabei aber auf die familiären Umstände der Betroffenen Rücksicht nehmen: „Monika Resch (36), Hausfrau, Linz: An und für sich bin ich dafür, bei der derzeitigen Wirtschaftslage die Gastarbeiter in ihre Heimat zurückzuschicken. Wenn sie aber in Österreich Familie haben, sollte man davon absehen. – Viktor Kowarik (21), Student, Linz: Nein, in den vergangenen Jahren haben wir sie auch zur Arbeit gebraucht. – Josef S. (71), Pensionist, Sankt Georgen/Gusen: Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie fleißig diese Arbeiter sind, und daher bin ich dafür, daß man ihnen auch in wirtschaftlich schlechteren Zeiten Arbeit gibt. – Johann Reindl (50), Tischler, Gallneukirchen: Günstiger wäre es schon, wenn man die Ausländer nach Hause schicken könnte, aber man muß auch auf ihre Familien Rücksicht nehmen. – Karin Rechberger (15), arbeitslos, Linz: Erst sollten die Österreicher alle eine Arbeitsstelle bekommen, dann erst die Ausländer. – Walter Falkner (22), techn. Zeichner, Altenfelden: Man sollte zumindest keine ausländischen Arbeiter mehr einstellen. – Gerd Bekassy (28), Selbständiger, Klagenfurt: Österreicher würden ja die Arbeit der Gastarbeiter nicht machen. – Luise Thaller (60), Pensionistin, Linz: Ich persönlich wäre schon dafür, wenn man sie nach Hause schicken würde. – Frau Viehaber (38), Hausfrau, Wels: Wenn alle Österreicher Arbeitsplätze hätten, dann wäre ich dagegen. – Franz

Hofreiter (50), Arbeiter, Steyr: In dieser Angelegenheit ist mir das Hemd näher als der Rock.⁹⁰²

Einige Monate später machte das Oberösterreichische Tagblatt auf die desparate Situation ausländischer Frauen aufmerksam, die vom patriarchalischen Druck in ihren Familien, von Zweifach- und Dreifachbelastungen und den enormen beruflichen Anforderungen in der Wirtschaftskrise zerrieben wurden: „Wir machen die schwerste und schmutzigste Arbeit. Kein Österreicher und keine Österreicherin würde das aushalten, was wir arbeiten müssen. Aber wir können uns nicht wehren. Wir müssen alles akzeptieren, weil wir die Arbeit brauchen. Wir sind der letzte Dreck“, so eine 42-jährige Jugoslawin, die zu diesem Zeitpunkt arbeitslos war.⁹⁰³ Eine weitere jener 70.000 Gastarbeiterfrauen, die zu diesem Zeitpunkt in Österreich lebten, hielt fest: „Es ist bei mir schon so weit gekommen, daß ich an einen Selbstmord denke, meine Kinder umzubringen und mich auch. [...] ich bin voller Leid.“⁹⁰⁴ „Sie hat vier Kinder und arbeitet vier Stunden täglich. Drei unbezahlte Stunden ihres Arbeitstages verbringt sie in der Straßenbahn. Ihr Stundenlohn ist 30 Schilling. Ihr Mann trinkt und irrt nächtelang durch die Straßen. Ihre vierjährige Tochter ist den ganzen Vormittag allein zu Hause, bis der elfjährige Sohn von der Schule heimkommt.“⁹⁰⁵ Abschließend zitierte die Zeitung eine Jugoslawin, die keine Aufenthaltsberechtigung mehr erhielt, weil sie und ihr Mann keine Arbeit fanden: „Ich habe dem Staat Österreich nur beigetragen. Alles, was ich hier verdient habe, ist hiergeblieben. Wir haben alles hiergelassen, unsere Gesundheit, unsere Kinder, unser Glück.“⁹⁰⁶

Direkt auf die erste Hälfte der 1980er Jahre nahm auch Gülcan Gigl Bezug. Sie wurde 1963 in Ashkale in der Türkei geboren: „Es war damals ganz wichtig, eine Arbeit zu haben, weil wenn du keine gehabt hast, hast ja keine Aufenthaltsbewilligung gehabt und wenn du keine Aufenthaltsbewilligung gehabt hast, hast ja keine Arbeit gehabt. Das war nicht einfach.“⁹⁰⁷ Memet, Gülcans Vater, war Bauarbeiter. Ursprünglich wollte er in Frankreich eine Arbeit annehmen, letztlich kam er 1972 nach Linz: „Mein Vater ist von der Firma Rella nach Linz geholt worden. Wir sind sechs Geschwister. Seit 1975 bin ich in Linz. Familienzusammenführung – zuerst kamen meine Mutter und meine Geschwister, zuletzt mein Bruder und ich. [...] Wir hatten dann eine eigene Wohnung, er hat vorher noch schlechter gewohnt, sie haben ihn in einer Art Verschlag untergebracht. Schrecklich. [...] Ich kam von Istanbul. Und meine ersten Eindrücke in Linz: [...] Furchtbar! Es war ganz schlimm. Es waren einfach diese Gerüche furchtbar, es war das Brot, das Umfeld, also es war alles fremd. Ich wollte einfach wieder weg, ich wollt nur weg. Das war eine ganz schwierige Zeit, auch die Sprache fehlte mir natürlich, ich konnte mich nicht verständigen mit den Nachbarskindern – es war keine schöne Zeit, überhaupt nicht.“⁹⁰⁸

Gülcan Gigl erinnert sich weiter: „Die [Wohnung in Linz] war auch sehr schlimm, aber gut, das war ich ja auch aus Istanbul gewohnt, wir haben dort in diesen Gecekondus gewohnt. Hier haben wir in Linz in der Unionstraße eine 2-Zimmer-Wohnung gehabt. [...] Acht Personen [...] Wir haben zwei Zimmer gehabt, Bad und WC waren draußen, auch das Wasser. Also das waren schon sehr – also auch für mich, die aus Istanbul kam und

auch in Gecekondus wohnte, war das sehr befremdend. [...] Und der erste Schultag – ich hab ja die Volksschule in Istanbul besucht, bis zur dritten. War eigentlich auch immer Klassenbeste – und man bekam ja in der Türkei, wenn man Klassenbeste war, immer eine rote Masche. Darauf war ich stolz. Und wie ich in Linz war, im September beginnt die Schule – ja, es war schlimm, weil ich habe überhaupt nichts verstanden. Meine Mutter hat mir beigebracht, ich muss hingehen und der Lehrerin sagen, ‚Grüß Gott‘, bis ich dort war, hab ich's vergessen und dann hab ich der Lehrerin die Hand gegeben und hab gesagt, ‚Nix Gut‘ und da hab ich gleich eine Watschen von der Mutter bekommen. Es war eine sehr harte Zeit. Und was da noch war, was ich lang nicht verstanden hab, erst viel später verstanden hab, war, dass wir Migrantenkinder in Sonderschulen untergebracht wurden. [...] Mir ist eigentlich erst nach Jahren bewusst geworden was das heißt. Bin zwar dann umgestiegen, mir ist es gelungen, aber vielen doch nicht. Du bist vorher sehr erfolgreich, Klassenbeste, dann kommst nach Österreich, plötzlich: Ausbildungsmöglichkeiten, Weiterkommen weg, [...] [Das war] sehr schwierig. [...] Ich bin dann halt immer in der Wohnung gewesen, ich wollte einfach nicht raus. Ich wollte, dass sie mich wieder zu meinem Onkel bringen, ich wohnte ja bei meinem Onkel in Istanbul, als meine Eltern hier waren. Ich habe einfach das Rundum nicht ausgehalten – das war für mich damals unerträglich.“⁹⁰⁹

In der schwierigen Situation erhält Gülcan unerwartet Hilfe, die sie von den Eltern nicht erhalten konnte: „Wir hatten eine Nachbarin, die alleinstehend war, sie half mir. Sie half mir bei den Aufgaben, unterstützte mich auch beim Deutsch lernen. Dieser Frau bin ich sehr dankbar. Sie hat meinen Werdegang sehr geprägt, mit ihrer Unterstützung, für mich mit großer Auswirkung. [...] Ich habe einen Hauptschulabschluss nachgemacht, dann immer wieder Fortbildungen und schließlich habe ich eine Ausbildung mit einem MAS, einem Master of Advanced Studies abgeschlossen. Und (dazwischen) habe ich alles gemacht: Ich war Stubenmädchen, ich war Putzfrau, Reinigungsfrau, Haushälterin, Abwäscherin. Mein erster Job war Wäsche waschen, Wäsche bügeln. Also ich hatte sehr viele Jobs – ich habe als Kellnerin, als Geschäftsführerin gearbeitet, es waren viele Jobs [...] Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit waren dabei immer präsent. Das hat mit dem Namen angefangen, man hat mir andere Namen gegeben – es war immer so, ich war die Suleika oder die Jessica, aber nicht einfach mit meinem Namen, Gülcan, weil der so schwierig [war] und das ging ja nicht. Es hat immer wieder Probleme gegeben – heut lach ich darüber, aber früher war es nicht einfach.“⁹¹⁰

In das schwierige Jahr 1984 führt uns auch der mittlerweile bekannt gewordene „Fall Gaygusuz“. Cevat Gaygusuz ist ein türkischer Staatsbürger, der seit 1973 in Oberösterreich lebte, zuerst in Hörsching, dann in anderen Orten. Er war als Arbeiter tätig, zuletzt in den Steyr-Werken. Während Gaygusuz 1984 auf Montage arbeitete, hatte er einen Arbeitsunfall und verletzte sich schwer. Er berichtet darüber im Interview: „Ich hatte eine Operation, ging 19 Monate lang mit Krücken. Weil ich Beiträge für die Notstandshilfe bezahlt habe, stellte ich einen Antrag. Mein Antrag wurde abgelehnt. Man bot mir 1.000 Schilling an. [...] Ich erinnere mich, dass die Beamten mich verspotteten. Ich erzählte Ismael Yarkin davon, der damals in Oberösterreich auf arbeitsrelevante Konflik-

te spezialisiert war.“⁹¹¹ Der als Berater an der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Oberösterreich tätige Yarkin wandte sich damals an einen Rechtsanwalt in Linz, dieser focht den Fall durch alle Instanzen. Denn in Österreich wurden alle Beschwerden abgelehnt.⁹¹²

Cevat Gaygusuz und Ismael Yarkin blieben an der Sache dran und erwirkten schließlich durch die Fähigkeiten des brillanten Anwalts, dass Gaygusuz seine Klage gegen die Republik Österreich vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg, Frankreich, gewann.⁹¹³ „Selbstbehauptung“ – dieser Begriff ist für den Vorgang, dem dieser Arbeitsmigrant ausgesetzt war, nämlich widrigen gesellschaftlichen und rechtlichen Bedingungen zu widerstehen – bezeichnend. Auch Gülcan Gigl konnte sich letztlich durchsetzen: Von der Putzfrau und Wäscherin arbeitete sie sich zur Geschäftsführerin, Abteilungsleiterin und Gemeinderätin hoch; zwei Funktionsperioden lang vertrat sie ihre Wähler und Wählerinnen im Linzer Gemeinderat.⁹¹⁴

„Selbstbehauptung“, „Widerstandsfähigkeit“, in englischer Sprache „resilience“, auch mit „Belastbarkeit“ und „Duldungsfähigkeit“ zu übersetzen, als Fremdwort „Resilienz“, das ist als neues Zauberwort in Pädagogik, Psychologie und neuerdings auch in der Migrationsforschung zu finden. Das hier intendierte Resilienzkonzept propagiert „Stehaufmännchen“ oder etwa „Pippi Langstrumpf“ – als Beispiel für Kinder, die unter besonders widrigen Umständen aufwachsen – als praktikable Strategie der Lebensbewältigung für Menschen mit Migrationshintergrund.⁹¹⁵ In diesem Sinne weist die hier dargestellte Reihe von Lebenserinnerungen und Narrativen darauf hin, dass es für die Bewältigung der Lebensrealität in Gastarbeiterfamilien im Zeitverlauf häufig einer spezifischen Resilienz bedurfte. Doch nicht von allen Betroffenen wird die Zeitphase von 1964 über 1973/74 bis 1989 in dieser Weise erinnert. Dahinter stehen wohl unterschiedlich selektierte Erinnerungen und unterschiedliche Lebensläufe. Zeitzeugenbefragungen erweisen sich in diesem Zusammenhang in Kombination mit schriftlichen Erinnerungszeugnissen somit als zentrale Quelle für die differenzierte Darstellung der komplexen Prozesse des Einlebens, der Traditionsentwicklung oder des Traditionsbruchs, des eventuellen Scheiterns oder eben auch der Selbstbehauptung durch Resilienz.⁹¹⁶

Der Fall des „Eisernen Vorhangs“: Vorgeschichte, Öffnung der Grenzen, Folgen

Fraglos erlebte Mitteleuropa gegen Ende des Jahres 1989 einen enormen politischen Umbruch. Das Ende des bipolaren, in „West“ und „Ost“, in „kapitalistisch“ und „sozialistisch“ zerfallenen Europa ging einher mit dem Ende der darauf basierenden Sonderrolle Österreichs. In die Jahre davor datieren bereits einige Entwicklungen, die in der Folge Konsequenzen für die weitere Migrationsgeschichte Österreichs haben sollten.

Krisen ab Mitte der achtziger Jahre

In Linz und Oberösterreich waren diese im Besonderen wirtschaftliche Krisenerscheinungen im Zusammenhang mit der sogenannten „Verstaatlichten Industrie“.⁹¹⁷ Im Mehrheitsbesitz des Staates bzw. staatlicher Banken befindliche Industrien wurden Mitte der 1980er Jahre von schweren Krisen getroffen. Inmitten einer Phase steigender Arbeitslosigkeit mussten Betrieben wie der VÖEST Alpine mit dem Sitz in Linz enorme Steuermittel zugeführt werden, um die Defizite in der Verstaatlichten Industrie auszugleichen. Gegen Jahresende 1985 und Anfang 1986 wurden zudem zwei Wirtschaftsskandale bekannt, die in der Folge Forderungen nach Entstaatlichung und Privatisierung einleiteten. Fehlgeschlagene Ölgeschäfte der VÖEST-Handelsfirma Intertrading und der Chemie-Linz-AG-Tochtergesellschaft Merx führten zu weiteren riesigen Verlusten.⁹¹⁸ In Linz demonstrierten nach Medienberichten am 16. Jänner 1986 rund 40.000 Menschen für den Weiterbestand der Verstaatlichten Industrie.⁹¹⁹ Auch andere Länder befanden sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in einer tiefen Wirtschaftskrise, wie etwa die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, wobei in diesem Land noch politische Krisen hinzukamen, die zum Zerfall und zum Ende der Staates führten.

In Österreich bildete die Verstaatlichte Industrie in der oberösterreichischen Landeshauptstadt und im gesamten Bundesland ein zentrales Element der regionalen Wirtschaft insgesamt. In der Folge waren diese Betriebe von einem starken Arbeitsplatzabbau betroffen. 1987/88 setzte ein neuer Wirtschaftsaufschwung ein, der jedoch nicht zu einer deutlichen Senkung der Arbeitslosenrate führte. Es war zu einer „Abkoppelung der Beschäftigungsquote vom Wirtschaftswachstum“ gekommen.⁹²⁰ Neue Arbeitskräfte wurden in diversen Branchen benötigt, der Billiglohnsektor erlebte eine Nachfrage, manuelle Arbeit wurde stark nachgefragt. Dies führte bereits vor dem Fall des „Eisernen Vorhangs“, vor der Grenzöffnung gegenüber Osteuropa, zu einem Anstieg des Anteils der ausländischen Bevölkerung in Linz und Oberösterreich – in Linz von 3,9 Prozent im Jahre 1984 auf 4,3 Prozent 1987 und 5,6 Prozent im Jahre 1989 (die Grenzöffnung, etwa zur Tschechoslowakei, war etwa erst am 11. Dezember 1989 erfolgt).⁹²¹ Im Herbst 1989 wurde in Linz noch problemlos eine Moschee eröffnet. Die Oberösterreichischen Nachrichten kündigten das Ereignis in positiver Weise an: „Als zweite österreichische Stadt bekommt Linz nun eine Moschee. [...] Derzeit wird die ehemalige Neuapostolische Kirche in der Glimpfingerstraße [...] umgebaut und adaptiert. Schon jetzt finden hier jeden Freitag Gottesdienste statt.“ Auf der Basis von Eigenangaben wurde geschätzt, dass in Linz damals etwas mehr als 3.000 Muslime lebten, vor allem „Gastarbeiter“, so die Oberösterreichischen Nachrichten, „aus der Türkei, aus Jugoslawien (Bosnien, MJ) und Ägypten“.⁹²² In den Räumlichkeiten der Glimpfingerstraße hatte auch die damals gegründete Islamische Religionsgemeinde ihren Sitz.⁹²³

Das gesellschaftliche Klima in Österreich war damals bereits von Verunsicherung und Veränderung geprägt, schon vor dem Einsetzen neuer, starker Migrationsbewegungen. Zudem hatten sich bereits über die 1980er Jahre xenophobe und/oder gegen Minder-

heiten gerichtete Einstellungen politisch etablieren können. Die Oberösterreichischen Nachrichten berichteten etwa im April 1988 von einer Reihe von Vorkommnissen: „Weil wir gegen Ausländer sind. Skinheads verprügeln Türken: Unverblümt vertraten sechs Linzer ‚Skinheads‘ bzw. Gesinnungsfreunde gestern vor Gericht ihre ausländerfeindliche Haltung. Die Burschen im Alter zwischen 21 und 25 Jahren wurden beschuldigt, im Oktober vergangenen Jahres auf der Landstraße vier Türken verprügelt zu haben. Eines der Opfer war schwer verletzt, die übrigen leicht. Die Gruppe war nach einer alkoholträchtigen Geburtstagsfeier noch auf Streit aus gewesen. Zwei der Angeklagten stänkerten einige Türken an und holten aus einem Lokal noch Freunde zur Verstärkung. ‚Habt ihr die Türken beschimpft?‘ wollte der Richter Johann Koller wissen. ‚Ja, sicher‘, so der Schlosser Harald K., ‚Türkenschweine, Scheiß-Ausländer raus‘, so sei gerufen worden. Und dann sei man den Türken nachgelaufen, um ihnen Angst einzujagen: ‚Wir waren ein schöner Mob [...]‘ Wer aller sich dann auf die Opfer gestürzt und zugeschlagen hätte, einem von ihnen auf den Brustkorb gesprungen sei, wollte aber keiner genau gesehen haben. Für sich selbst behauptete einer nach dem anderen, er hätte nur zugeschaut, so etwa der 21jährige Dieter B. Den Beschimpfungen hätte er beifällig gelauscht, ‚weil ich auch gegen Ausländer bin‘, sagte er mit Selbstverständlichkeit.“⁹²⁴

Die Stimmung und das Klima gegenüber Zuwanderern hatte sich zu verändern begonnen: Das Spektrum xenophober populistischer Mobilisierung reichte hier von der rechts-extremen Propaganda der Ausländer Halt-Bewegung, die ab 1981 mit der Zeitschrift „Halt“ versuchte, in der österreichischen Politik Fuß zu fassen,⁹²⁵ bis hin zur breit angelegten Migrationsskepsis der Freiheitlichen Partei Österreichs unter dem damaligen Parteiführer Jörg Haider, der aus Oberösterreich stammte und in Linz, Ried und Wels stets ein großes Publikum sammeln konnte. Die Freiheitliche Partei hatte sich nach einem kurzfristigen Erstarken ihres liberalen Flügels im Jahre 1986 erneut umorientiert, populistische Botschaften gewannen an Gewicht in der Parteistrategie.⁹²⁶ Auch innerhalb der damaligen Großparteien SPÖ und ÖVP wurde die neue gesellschaftliche Atmosphäre spürbar. Die Sozialistische Jugend in Linz initiierte daher im Dezember 1988 eine Aufklärungskampagne gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Es sollte „versucht werden, die häufigsten Vorurteile gegen Ausländer, vor allem Gastarbeiter, zu widerlegen“.⁹²⁷ Informationsplakate wurden an Jungwähler verschickt, weitere Schwerpunkte waren Diskussionen vor Schulen, bei denen von den Angesprochenen sehr oft Pauschalurteile gegen Ausländer geäußert wurden. Die Kampagne wurde in der Linzer Innenstadt mit dem Einsatz von Informationsständen geführt.⁹²⁸ Von der Jungen ÖVP wurde auf dem „Österreich-Parteitag“ der ÖVP 1986 ein Antrag gestellt, in dem Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus verurteilt wurden.⁹²⁹ In das Jahr 1986 datiert auch der Paradigmenwechsel in der politischen Kultur, als im Zuge des Bundespräsidentenwahlkampfes und der sogenannten „Waldheim-Affäre“ sowie im Zusammenhang mit der Wahl des Politikers Jörg Haider zum Parteiobmann der Freiheitlichen Partei erstmals seit Jahrzehnten (von vereinzelten Vorfällen abgesehen) mit dem österreichischen Tabu gebrochen wurde, antisemitische und fremdenfeindliche Argumente in die aktuelle Politik einzubringen.⁹³⁰

Nach dem „Fall des Eisernen Vorhangs“

Die politischen Krisen und Systemveränderungen in Osteuropa in der zweiten Jahreshälfte 1989, die in Mitteleuropa nach außen in der Öffnung der Grenzen zu Deutschland und Österreich spürbar wurden, hatten unmittelbare Konsequenzen für die Grenzregion des Mühlviertels, für den Zentralort Linz und für den gesamten oberösterreichischen Zentralraum. Eine starke Mobilität setzte ein. Das verlässlichste statistische Instrument zur Zählung der Bevölkerung, die Volkszählung, zeigt im Jahre 1991 eine deutlich veränderte Bevölkerungsstruktur. Der Saldo der Jahre 1981 bis 1991 wies eine leicht negative Bilanz hinsichtlich der österreichischen Staatsangehörigen und eine deutlich positive Bilanz hinsichtlich der ausländischen Staatsangehörigen auf. Ab diesem Zeitpunkt begann sich Linz demographisch nachhaltig zu verändern. Die Statistik beinhaltet im Detail eine weitere deutliche prozentuelle Abnahme der deutschen Staatsangehörigen, eine deutliche Zunahme – in absoluten Zahlen – der türkischen sowie der jugoslawischen Staatsangehörigen und einen merkbaren Anstieg der außereuropäischen Zuwanderung. Als zeitlich begrenztes Phänomen ist die außerordentliche Zunahme tschechoslowakischer Staatsangehöriger in Linz anzusehen. Im Dezember 1989, nach der Öffnung der Grenzen, berichteten Zeitungsartikel von einer „Tschechen-Invasion“, von 20.000 Menschen, die in „Skoda-Kolonnen durch das Mühlviertel“ Richtung Linz fuhren.⁹³¹ Ein Teil der Stadtbevölkerung reagierte damals durchaus positiv.⁹³² Die Öffnung führte auch zu einem kurzfristigen Interesse sprachkundiger Fachkräfte aus dem nördlichen Nachbarland auf dem Arbeitsmarkt. Bereits nach kurzem, mit dem Vertrauen in eine stabile Entwicklung in Tschechien und der Slowakei, nahm der Anteil der tschechoslowakischen Zuwanderer jedoch wieder ab.

Die negative Geburten-Sterbe-Bilanz sowie die Abwanderung aus Linz im Kontext der bereits seit den 1950er und 1960er Jahren erkennbaren zunehmenden Suburbanisierung führte zur negativen Bevölkerungsbilanz. Die Neuzuwanderung ausländischer Staatsangehöriger ab 1990 bildete dazu eine Gegentendenz. Das Linzer Amt für Stadtforschung nahm einen Wohnsitzvergleich 1986–1991 vor. Dabei zeigt sich, dass in diesem Zeitraum 11.325 Personen aus anderen politischen Bezirken nach Linz zugezogen waren, jedoch 13.154 Personen die Stadt verlassen hatten; über die Bundesländergrenzen hinweg waren – klammert man Wien aus – 2.238 Personen zugezogen und 2.166 Personen abgewandert. Aus Wien waren 660 Personen zugewandert, hingegen hatten sich 1.426 Personen nach Wien abgemeldet. In Summe ergab sich innerhalb Österreichs im Zeitraum von 1986 bis 1991 ein negativer Wanderungssaldo von 2.361 Personen – immer bezogen auf die Mobilität im Stadtgebiet von Linz. Dem stand im gleichen Zeitraum ein Plus von 10.975 Zugezogenen aus dem Ausland gegenüber.⁹³³

Tabelle 16: Wohnbevölkerung nach Staatsbürgerschaft, Linz 1991, Veränderungen 1981–1991

Staatsangehörigkeit	Volkszählung 1991		Veränderung 1981 – 1991	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Einwohner ges.	203.044	100,0 %	3.134	1,6 %
Österreich	185.274	91,2 %	-6.997	-3,6 %
Ausland ges.	17.770	8,8 %	10.131	132,6 %
davon (Ausland ges. = 100 %)				
Deutschland	1.417	8,0 %	258	22,3 %
Jugoslawien	7.100	40,0 %	3.068	76,1 %
Türkei	2.203	12,4 %	1.351	158,6 %
Tschechoslowakei	2.407	13,5 %	2.324	2.800,0 %
Restliches Europa	2.580	14,5 %	2.038	476,0 %
außerhalb Europas	2.063	11,6 %	1.092	112,5 %

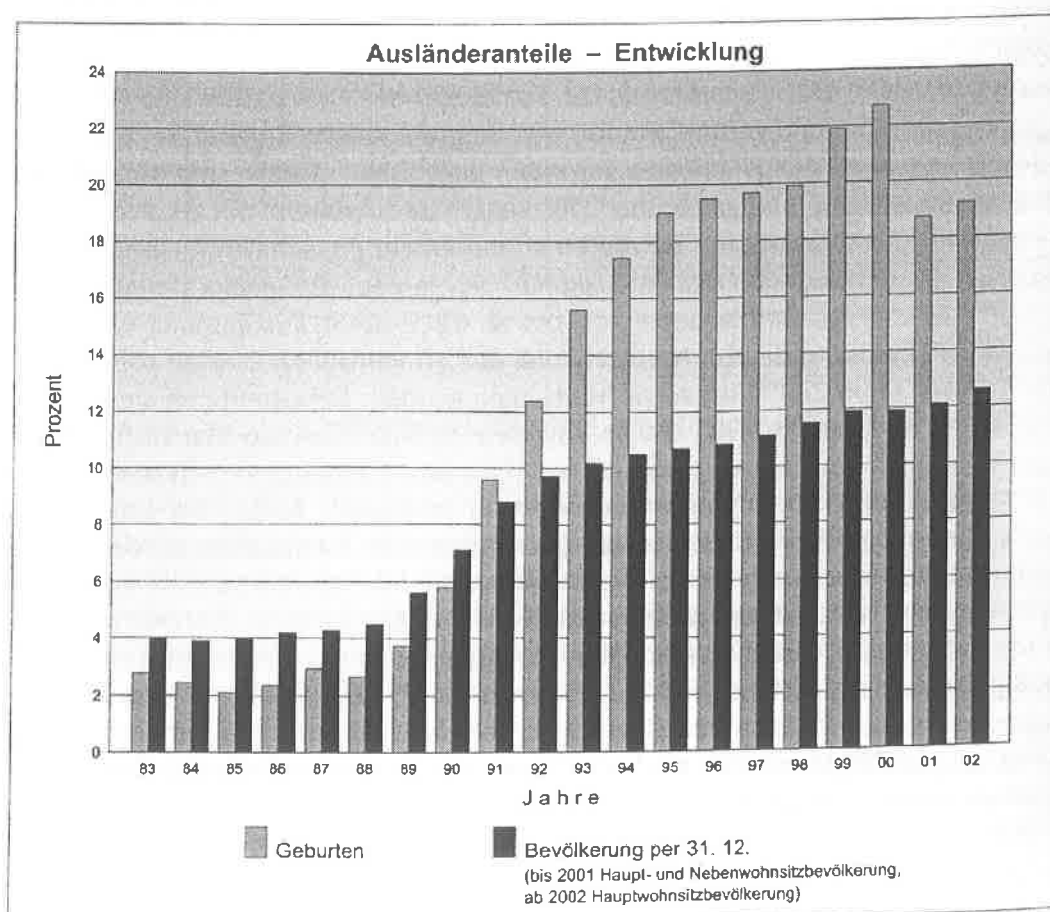
Quelle: Land Oberösterreich, Regionaldatenbank, Gemeinde: Linz, online.

Zudem verringerte der Geburtenüberschuss der ausländischen Wohnbevölkerung das Geburtendefizit der inländischen Bevölkerung, das nach wie vor für die gesamte städtische Bevölkerungsbilanz eine bedeutsame Rolle spielte. War der Anteil der Geburten von Ausländerinnen an der gesamten Geburtenzahl in Linz 1989 noch unter vier Prozent gelegen, so hatte dieser 1992 bereits mehr als 12 Prozent und 1993 nahezu 16 Prozent betragen. Diese Entwicklung sollte sich bis zu einem Spitzenwert von 22 Prozent weiter fortsetzen.⁹³⁴ Die Zuwanderung ausländischer Migranten und Migrantinnen wirkte einer Bevölkerungsabnahme in Linz entgegen und damit einer sinkenden Zuteilung von Steuermitteln. Die Geburtenrate der Zuwanderer und Zuwanderinnen kehrte die Tendenz eines massiven Geburtendefizits zwar nicht um, führte aber dazu, dass das Geburtendefizit durch ein relativ moderates Ausmaß geprägt war.

Der rasche Anstieg der Zahl ausländischer Zuwanderer und Zuwanderinnen nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ wurde durch die gute konjunkturelle Lage zu Beginn der 1990er Jahre ebenso begünstigt wie durch die staatlichen Zerfallerscheinungen in Jugoslawien. Bereits gegen Ende der 1980er Jahre waren daher in Linz erste Anfänge einer städtischen Integrationspolitik festzustellen. Ebenso war eine vergleichsweise offene Kulturpolitik als integraler Bestandteil städtischer Politik eingeleitet worden. Im Rahmen dieser Politik lauteten die programmatischen Stichworte „Kultur“ und „Arbeit“. Es ging darum, in der Industriestadt Linz ein dem Wohlstand der Region entsprechendes

Kulturangebot zu implementieren. Dieses Ziel wurde im Rahmen eines massiven Investitionsschubs erreicht. In den für jüngere Schichten attraktiven Bereichen moderner Kunst- und Kulturpräsentation, die auch die Populärkultur beinhaltete, wurden große Anstrengungen unternommen. Tolerante Kulturpolitik ist in der Regel ein Signal der Integrationsfreundlichkeit und Aufnahmebereitschaft. Die Möglichkeiten städtischer Integrationspolitik sind jedoch begrenzt, sie werden bis zu einem bestimmten Grad von den staatlichen und regionalen gesetzlichen Vorgaben determiniert.

Graphik 1: Wohnbevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit, Linz 1983–2002



Quelle: Linz 2003. Fakten, Bilder, Grafiken. CD-ROM. Stadtforschung Magistrat Linz.

Ab 1992 wurden in Österreich allerdings systematisch jene Gesetze verschärft, die Zuwanderer bzw. Asylwerber betrafen.⁹³⁵ Zeitgleich waren in ganz Österreich zu diesem Zeitpunkt deutliche Manifestationen von Fremdenfeindlichkeit zu verspüren, sowohl in Hinblick auf klassische Formen wie Antisemitismus und Antislawismus, aber auch in Richtung antiislamischer und neorassistischer Ausrichtung. Diesen Strömungen wurde

teilweise sowohl politisch als medial Rückhalt verliehen. Auch unter Jugendlichen war jetzt eine verstärkte Zustimmung zu antisemitischen und xenophoben Behauptungen zu finden. 1992 vermeinten bei einer oberösterreichischen Schülerbefragung 39,1 Prozent der Schüler und Schülerinnen, „Juden und Ausländer haben im Land zu viel Einfluss“.⁹³⁶ In Linz bejahten im Speziellen insgesamt rund 35 Prozent der Befragten ein ganzes Set an antisemitischen und fremdenfeindlichen Klischees.⁹³⁷ Es wurden Juden bei 24 Prozent der Befragten in spezifischer Weise als Feindbild genannt, Afrikaner von 45 Prozent, Jugoslawen von 47 Prozent, Roma und Sinti von 50 Prozent, Rumänen von 56 Prozent, Türken von 61 Prozent und Polen von 65 Prozent.⁹³⁸ Der Antisemitismus als zentrale, traditionelle Form der Xenophobie wird auch in Linz in der Intensität und Verbreitung mittlerweile von anderen Varianten der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus übertroffen.

Eine Studie, die 1992 und 1993 vom Institut für Soziologie der Universität Linz in einzelnen Linzer Stadtvierteln durchgeführt worden war, zeigte ähnliche Ergebnisse. Es wurden Vorbehalte (Frage nach den Nachbarn) vor allem gegenüber „Türken und Moslems“ mit 59 Prozent Ablehnung und gegenüber „Afrikanern und Asiaten“ mit 61 Prozent Ablehnung deutlich. 28 Prozent aller Befragten stimmten der pauschalen Aussage „Ausländer gefährden die Lebensweise der Österreicher“ zu, je nach Parteienpräferenz wurden im Kontext dieser Frage Spitzenwerte von bis zu 62 Prozent Zustimmung erreicht.⁹³⁹ Insbesondere Zuwandernde und Asylsuchende aus afrikanischen Staaten sollten im Laufe der 1990er Jahre Ziel feindseliger Haltungen werden. Dies stellte an sich keine neue Entwicklung dar. Bereits 1981 war in Linz dem farbigen Calypso-Star Harry Belafonte in einer Diskothek die Tür gewiesen worden.⁹⁴⁰ In den 1990er Jahren gewannen rassistische Einstellungen an Breitenwirkung und an Intensität. Asylwerber und Asylwerberinnen waren in den frühen 1990er Jahren regelrechten Kampagnen ausgesetzt. Die Unterstellung, es handle sich im Falle von Afrikanern häufig um Drogenhändler, fand medial erhebliche Verbreitung. Mitte der 1990er Jahre wurden in Österreich pro Jahr 6.000 bis 7.000 Asyl-Ansuchen gestellt. Die Zahl war starken Schwankungen unterworfen, überstieg später die Marke von 20.000 Personen.⁹⁴¹ Die Quote für Oberösterreich betrug 17,1 Prozent, was bedeutete, dass dieser Anteil der Asylwerber und Asylwerberinnen dem Land Oberösterreich zur Unterbringung zugewiesen wurde. In Linz wurden damals (und werden) Flüchtlinge vor allem von den Organisationen Volkshilfe Oberösterreich, Caritas, SOS Mitmensch Oberösterreich (nunmehr SOS Menschenrechte) betreut. Das größte Flüchtlingsheim in Linz, in dem hunderte Asylwerber und Asylwerberinnen untergebracht waren, befand sich in der Lunzerstraße 56, es handelte sich um das zweitgrößte Flüchtlingslager in Österreich.⁹⁴²

In Linz war die starke Zuwanderung ausländischer Migranten in den frühen 1990er Jahren auch mit realen Veränderungen in jenen Stadtvierteln mit hoher Bevölkerungsdichte verbunden. Im statistischen Bezirk „Neustadtviertel“ war von 1988 bis 1993 der Anteil ausländischer Staatsangehöriger um 166,5 Prozent gestiegen, im Bezirk „Keferfeld“ um 247 Prozent, im „Makartviertel“ um 228,7 Prozent, im „Franckviertel“ um 236,2 Prozent, im Stadtteil „Neue Welt“ um 500 Prozent, im Stadtteil „Neue Heimat“

um 245,4 Prozent, in „Kleinmünchen“ um 102 Prozent und in „Ebelsberg“ 168,2 Prozent.⁹⁴³ Der Wandel in den genannten Stadtvierteln vollzog sich nicht friktionsfrei. Ein nennenswerter Teil der österreichischen Bewohner empfand und empfindet die Situation als problematisch. Der reale Hintergrund sich entwickelnder Konflikte bestand darin, dass diese im Zusammenhang mit Staatsbürgerschaft und wohlfahrtsstaatlichen Ansprüchen, mit Bildungsansprüchen für die heranwachsende Generation, mit Arbeits- und Wohnungsmarkt und auch im Zusammenhang mit der Beziehung der Geschlechter, mit Rechts-, Erziehungs-, Sicherheits- und Gesundheitsansprüchen als ethnische bzw. nationale Konflikte zwischen Teilen der ansässigen und der zugewanderten Bevölkerung, aber auch innerhalb der Zuwanderer-Communities selbst ausgetragen wurden.⁹⁴⁴

Das Neustadtviertel – ein Stadtteil als Symbol

In den Fokus der Öffentlichkeit gelangte damals das Neustadtviertel.⁹⁴⁵ Zu Beginn der 1990er Jahre lag der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen in diesem Stadtteil bei 16,3 Prozent (31.12.1991) bzw. 18,3 Prozent (31.12.1993). Dies bedeutete an sich keinen Spitzenwert im Gefüge der städtischen Bezirke in Linz, allerdings hatten sich ab 1989 zunehmend Zuwanderer im Viertel angesiedelt. Die Wohnungen waren vergleichsweise preisgünstig.⁹⁴⁶ Im September 1992 war die Stimmung im Neustadtviertel entlang der Humboldtstraße bereits hochgradig aufgeladen: „Rauheres Klima: Konflikte zwischen Linzern und Ausländern nehmen zu“ titelten die Oberösterreichischen Nachrichten: „Türkische Geschäfte und Läden bestimmen [im Neustadtviertel, MJ] das Straßenbild und lassen beim Besucher Erinnerungen an den Urlaub am Bosphorus aufkommen. Eine Idylle, die mit der Wirklichkeit leider nicht übereinstimmt. Hinter der Fassade brodelt es. Immer öfter kommt es zu Reibereien zwischen Österreichern und Ausländern.“⁹⁴⁷

Stadtpolitiker forderten damals Bürgerversammlungen, um die Spannungen zu entschärfen. Zum Eklat kam es allerdings nicht im Zuge einer Auseinandersetzung zwischen Oberösterreichern und Ausländern, sondern zwischen türkischen und kurdischen Gruppierungen. Am 21. November 1992 entluden sich innertürkische Spannungen bei der Eröffnung eines islamischen Vereinslokals in der Schillerstraße zwischen rechten und linken türkischen bzw. kurdischen Organisationen zu einem massiven, gewalttätigen Konflikt. Die Polizei konnte letztlich die Auseinandersetzung der rund 500 Personen unter Kontrolle halten. In der Folge wurden einige kurdische Demonstranten verhaftet und teilweise abgeschoben. Hungerstreiks und tausende Protestunterschriften konnten daran nichts ändern.⁹⁴⁸ Doris Griesler, die Enkelin von Bürgermeister Ernst Koref, schrieb einen Offenen Brief an den amtierenden Bürgermeister, in dem sie fragte, wieso sich „faschistische Gruppen“ (gemeint waren die türkischen „Grauen Wölfe“, MJ) in Linz einrichten konnten und wieso diese von der Polizei geschützt werden.⁹⁴⁹

Populistische politische Kräfte in Österreich verwerteten dieses Thema, eine entsprechende Medienberichterstattung verstärkte den Effekt: Es wurde unter der Chiffre „Türkenkrawalle“ und „Straßenschlacht“ in teilweise martialischer Form über die Ereignisse

berichtet. Die größte Tageszeitung Österreichs, die „Kronen-Zeitung“ titelte: „Wüste Straßenschlacht im Linzer Türkenviertel. Krawalle bei der Moschee-Eröffnung. Politiker überfallen, da krachten Schüsse. 100 Polizisten im Großeinsatz.“⁹⁵⁰ Der damals bekannteste Kolumnist des Landes, Richard Nimmerrichter (Kronen-Zeitung) meldete sich in diesem Zusammenhang zu Wort und schrieb von einer „blutigen Schlacht von Linz“ und von „flagranter Missachtung des Volkswillens“.⁹⁵¹ Schlagzeilen wie „Scharfe Kritik gegen Polizeidirektor und den Bürgermeister. Massive Rücktrittsforderungen nach der ‚Linzer Straßenschlacht‘“ heizten die Stimmung weiter an.⁹⁵² Der Mediendiskurs war eindeutig von Dramatik und Eskalation bestimmt. Von „Bürgerkriegsstimmung in den Straßen“ war die Rede in den moderat konservativen Oberösterreichischen Nachrichten.⁹⁵³ Auch die Mittelstandszeitung „Kurier“ titelte: „Großalarm in Linz: Türkenlokal. Schüsse und Verletzte bei Massenschlägerei!“ ebenso wie „Straßenkampf im Linzer Neustadtviertel“.⁹⁵⁴

Die Diskussion der Vorfälle 1992 im Neustadtviertel im Gemeinderat der Stadt Linz entsprach dem bis heute üblichen Muster. In einer aktuellen Stunde zu den „Bürgersorgen im Neustadtviertel“ vertrat Gemeinderat Franz Obermayr (Freiheitliche Partei Österreichs) die Ansicht, dass der Grund für die Spannungen in dem Stadtviertel „im starken Zustrom ausländischer Mitbürger, vor allem und fast ausschließlich aus dem anatolischen Raum“ zu sehen sei. Der freiheitliche Gemeinderat forderte die „Ansiedlung von Ausländerfamilien nach demographischen Gesichtspunkten“.⁹⁵⁵ Die Probleme seien also auf den starken Zuzug ausländischer, anatolischer Zuwanderer zurückzuführen. Tatsächlich stellten die Organisationen der türkischen Staatsangehörigen ein Problem dar. Nationalistische Gruppen wie die Grauen Wölfe oder die weit links angesiedelte kurdische PKK (Kommunistische Partei Kurdistans) hatten großen Einfluss auf die zugewanderte Bevölkerung. Ungeachtet des relativ hohen Anteils ausländischer Stadtbewohner, der Existenz einiger ethnischer Restaurants und Geschäfte, erscheint der Begriff „Türkenviertel“, die „Ansammlung anatolischer Familien“ in der „Neustadt“ etwas überzogen. Bei den Volkszählungen von 1991 und 2001 wurden in der Statistik jeweils nicht mehr als 400 türkische Staatsbürger, unter 10 Prozent der Bevölkerung des Zählbezirks, ausgewiesen.⁹⁵⁶ Ausländerombudsmann Wolny wies in diesem Zusammenhang allerdings auf die „Ansiedlung von zehn türkischen Vereinen“ hin. Dadurch sei der Eindruck entstanden, dass wesentlich mehr Türken im Neustadtviertel wohnen, „weil sie aus ganz Linz und sogar aus dem Linzer Umland zu den Vereinslokalen kamen.“⁹⁵⁷ Ungünstig gestaltete sich allerdings die Konflikte begünstigende hohe Bevölkerungsdichte in dem Zählbezirk: Er wies die mit Abstand höchste Bevölkerungsdichte im gesamten Stadtgebiet auf (Personen pro km²) und auch die höchste „Ausländerdichte“ (ausländische Staatsangehörige pro km²).⁹⁵⁸

Bürgermeister Franz Dobusch (SPÖ) sah den Grund für den Zuzug von Migrant*innen im Neustadtviertel in der Rechtsordnung und in der Tatsache, „dass dort, wo die Wohnungen den Wohnungsgenossenschaften gehören und über diese die Einweisungsrechte bestehen, es zu keiner Massierung von Ausländern kommt, sondern eben in Vierteln, wo ein großer Teil der Häuser im Privatbesitz ist, weil eben unser Mietrecht und unser

Eigentumsrecht uns keine Möglichkeiten geben einzuschränken, an wen diese Wohnungen vermietet, im möglichen Fall auch verkauft werden.⁹⁵⁹ Gemeinderat Himmelbauer von der Grünen Alternative vertrat schließlich die Ansicht, dass die Probleme des Neustadtviertels ursächlich weniger mit Migration, sondern mit der Verkehrssituation zu tun habe, die auch zur Ansiedlung von Animierlokalen und der Herausbildung eines Rotlichtmilieus beigetragen habe. Himmelbauer forderte einen Stadterneuerungsfonds, damit eine Sanierung der Häuser durchgeführt werde, eine Eindämmung des Durchzugsverkehrs und ein noch zu diskutierendes Konfliktlösungsmodell.⁹⁶⁰

Bei österreichischen Viertelbewohnern führten die Vorgänge zu emotionsgeladenen und negativen Reaktionen. Einerseits war dies auf die intensive Medienberichterstattung, andererseits auf die tagelange Absperrung einer Straße zurückzuführen. Anrainer konnten hier nur mittels einer Ausweisleistung – an der Polizei vorbei – zu ihren Wohnungen gelangen. Weitgehende Forderungen wie Einreiseverbote, mehr Polizeipräsenz und verschärfte Ausländerkontrollen infolge krimineller bzw. illegaler Machenschaften wurden in der Folge von Anrainern und städtischen Politikern, die sich dieser Forderungen annahmen, sogleich erhoben. Die Linzer Kriminalpolizei hielt dazu jedoch fest, dass sich die Kriminalitätsrate im Neustadtviertel nicht von anderen Stadtteilen unterscheide. In einem Hinweis auf parallele Strukturen hieß es jedoch auch: „Viele Ausländer verständigen uns gar nicht, wenn etwas passiert ist, sie regeln die Sache gleich unter sich.“⁹⁶¹ Im Neustadtviertel wurde in der Folge jedoch ein neues Wachzimmer eingerichtet. Die Polizei zeigte stärkere Präsenz. Generell ist festzuhalten, dass ausländische Staatsangehörige als ermittelte Täter in Österreich deutlich überrepräsentiert sind, sie sind aber auch als Verbrechenopfer in mehr als doppelt so hohem Ausmaß von Straftaten betroffen wie österreichische Staatsangehörige.⁹⁶²

Ein Jahr später wurde erneut in den Medien über das Viertel berichtet. Anlass war eine Serie von Brandanschlägen gegen türkische Einwohner und Einrichtungen in Deutschland: „Nach Mölln und Solingen. Linzer Türken in Angst vor Anschlägen [...] Hoyerswerda, Mölln, Solingen – die tödliche Spur erschüttert ganz Deutschland. Zuletzt mußten zwei türkische Frauen und drei Kinder sterben, weil ein 16jähriger und seine drei Freunde Feuer in einem Solinger Wohnhaus gelegt hatten [...]. ‚Wir beobachten die Vorfälle in Deutschland‘, sagt Fevzi S., der seit 18 Jahren in Österreich lebt. Und seit kurzem – wie Hunderte seiner Landsleute auch – Angst hat [...]. Der 32-jährige Ivo S. läßt in jüngster Zeit seine Kinder nicht mehr aus den Augen. Natürlich, bestätigen beide, sei das Thema Solingen auch im Linzer Neustadtviertel ein Thema. Nach dem Brandanschlag fiel ein österreichischer Spengler auf, der aus seinem Auto heraus einen türkischen Mitbürger grundlos wüst beschimpfte. Ismail D. alarmierte daraufhin geschockt die Polizei. [...] Die Polizei wiederum hat nach dem Solinger Anschlag die Patrouillen im Neustadtviertel wesentlich verstärkt, sagt Kripo-Chef Karl Sturmberger.“⁹⁶³ Die unmittelbar aufgeladene Situation hatte sich jedoch im Neustadtviertel verhältnismäßig rasch beruhigt.⁹⁶⁴ An der sich verändernden Grundstimmung in der Stadt änderte dies allerdings wenig – Migration und Minderheiten emotionalisierten am Stammtisch, auf der Straße, im Alltagsleben und in der Politik. Der Ausländerbeauftragte der Stadt Linz, Erich Wolny, hielt jedenfalls

damals öffentlich fest, dass es seitens der „ausländischen Mitbewohner“ des Neustadtviertels „eine gewisse Verängstigung gibt.“⁹⁶⁵

Unsicherheit und Aggressionen – Zur Beschaffenheit des städtischen Klimas

Die Vorfälle im Neustadtviertel und auch die spezifischen Spannungen datierten in die Jahre 1991 bis 1993. Im Dezember 1993 wurde schließlich ein bis heute ungeklärter Brandanschlag auf den „Verein zur Betreuung der Ausländer in Oberösterreich“ in der Weingartshofstraße verübt. Bereits mehrfach war die Organisation mit Bombendrohungen konfrontiert worden.⁹⁶⁶ Es handelt sich hierbei um spezifische Vorfälle, den Alltag markierten sie nicht, wohl aber eine zunehmend migrations skeptische Ausrichtung bestimmter Bevölkerungsteile in Linz. Mit xenophoben Stimmungen wurde auch über die 1990er Jahre hin Politik in Österreich, Oberösterreich und Linz betrieben, wurden in diesem Zusammenhang sowohl Sicherheitsbedenken aus der Bevölkerung, Majorisierungssängste („Überfremdung“) als auch klassische tradierte fremdenfeindliche Klischees instrumentalisiert. Die Wahlergebnisse der 1990er Jahre bestätigten den Befund, ebenso wie die stärker werdende xenophobe Grundstimmung. Die Freiheitliche Partei Österreichs hatte ihre Wahlkämpfe unter anderem mit migrationskritischen Parolen betrieben. Migration bedrohe Sicherheit und Ordnung, die Zurückweisung „fremder“ Kulturelemente in Österreich (Stichwort „Heimat“) ebenso wie die Ablehnung der Gleichberechtigung ausländischer Staatsangehöriger auf verschiedenen Ebenen („Österreich zuerst“) waren integraler Bestandteil freiheitlicher Politik.⁹⁶⁷ Die errungenen Wahlerfolge übten einen Meinungsdruck auch auf die Großparteien SPÖ und ÖVP aus. Demgegenüber konnten sich die in dieser Hinsicht programmatisch festgelegten, mit einer eher migrationsfreundlichen Politik antretenden grünen Parteien in den 1990er Jahren nur beschränkt profilieren.

Es zeigte sich, dass man im Jahrzehnt der 1990er Jahre mit dem Thema „Ausländer“ eine Art Meinungsführerschaft erringen konnte, auch in Linz und Oberösterreich. Die Wahlergebnisse koinzidierten mit einem bestimmten Meinungsbild. Mehrfach wurde in der regionalen Presse darüber berichtet, so etwa auch Ende des Jahres 1993 in den Oberösterreichischen Nachrichten: „Die Linzer und die Fremden. Mit dem Alter wächst die Skepsis gegenüber den Ausländern, die Jugend in Linz ist toleranter – das ist das zentrale Ergebnis einer Studie [...] der Linzer Universität [...]. In Kleinmünchen werden besonders häufig Aussagen und Meinungen befürwortet, die Angehörigen fremder Kulturen gegenüber feindlichen und abwertenden Charakter haben [...]. 30 Prozent der Befragten meinten, dass durch die Angehörigen fremder Kulturen die österreichische Lebensweise gefährdet sei.“⁹⁶⁸

Tabelle 17: Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Linz 1985–1997

Partei/Liste	1985		1991		1997	
	%*	Mandate	%*	Mandate	%*	Mandate
Sozialdemokratische Partei (SPÖ)	52,3	33	44,8	29	40,7	26
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	31,7	20	24,7	15	22,5	14
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	5,2	3	19,4	12	22,9	14
Vereinte Grüne (VGÖ)	5,5	3	5,9	3		
Grün-Alternative Liste (GALL)	2,7	1	4,4	2		
Grüne					7,6	4
Kommunistische Partei	2,0	1	0,9	0	0,7	0
Andere (Liberales Forum, M & N)					4,9	3

* Rest auf 100 % durch sonstige Wahlwerber

Quelle: Stadt Linz, *Linz_Kultur, Stadtgeschichte, Gemeinderatswahlen 1985, 1991, 1997*, online, URL: <http://www.linz.at/geschichte/de/> (abgerufen am 10.2.2015).

In weiterer Folge wurde ein Interview mit dem Ausländerbeauftragten der Stadt Linz, dem Juristen Dr. Erich Wolny, dem Leiter des Präsidialamts der Stadt Linz, abgedruckt. Dabei zeigte sich das beschränkte Pouvoir des Beauftragten, die Beschreibung seiner Aufgaben wurde als „Nebenjob“ bezeichnet: „Viel kann ich aufgrund meiner Kompetenzen aber nicht bewegen, konzeptive Arbeit ist auch nicht drin.“ Auf die Frage nach den Hauptproblemen antwortete der Ausländerbeauftragte: „Erstens Wohnen. Zweitens Integration im sozialen Bereich und Abbau der Sprachbarrieren [...]. Drittens Arbeitsplätze für die De-facto-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien [...]“⁹⁶⁹ Der Jurist bezog sich auch auf die Stimmung in der Bevölkerung und auch seitens der Behörden und wies darauf hin, dass er in diesem Zusammenhang vermittelnd eingreife. Das neue Aufenthaltsgesetz schaffe Härten, denen ohne Kulanz nicht begegnet werden könne.⁹⁷⁰ In Hinblick auf das ablehnende Meinungsbild gegenüber der neuen Zuwanderung stellte Linz keinen Sonderfall dar, dies war in ganz Österreich der Fall. Es stellte ein Faktum dar und ließ sich mit demoskopischen Mitteln messen: Ein neuer Nationalismus hatte sich innerhalb bestimmter Teile der österreichischen Gesellschaft entwickelt, kombiniert mit sozialen Ängsten, Reaktionen auf gesellschaftliche Modernisierungsprozesse wirtschaftlicher und auch politischer Natur, wozu der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 zählte. Eine 1996 veröffentlichte österreichweite repräsentative Untersuchung zur ‚neuen Fremdenfeindlichkeit‘ zeigte hohe Prozentsätze an Fremdenfeindlichkeit, allerdings mit einer veränderten Rangordnung: Die in Österreich von einem Teil der Bevölkerung traditionell als Sündenböcke und Feindbilder angesehenen „Juden“ und „Tschechen“ firmierten mit 14 bzw. 24 Prozent Ablehnung weit hinter „Serben“ (65

Prozent), „Türken“ (44 Prozent) und „Russen“ (37 Prozent). Bei „den Serben“ standen die sehr hohen Prozentsätze im Zusammenhang mit der Berichterstattung während des Jugoslawienkriegs.⁹⁷¹ Auch wurden ab Mitte der 1990er Jahre massive xenophobe Einlassungen und auch Handlungen gegenüber afrikanischen, gegenüber dunkel pigmentierten Zuwanderern bekannt.⁹⁷² Die Ausprägung der Feindlichkeit im Zuge der großen repräsentativen Studie korrelierte im Wesentlichen mit den bekannten Faktoren Alter und Bildung, wobei jedoch auch partiell starke xenophobe Einstellungen bei jüngeren Altersschichten (bis 35 Jahre) festgestellt werden konnten.⁹⁷³ Michael Ley interpretierte damals die zum Teil sehr hohen Prozentsätze der Bejahung migrationskritischer Items bei der repräsentativen Befragung – 82 Prozent befürchteten steigende Kriminalität, 76 Prozent eine Verknappung am Wohnungsmarkt, 68 Prozent steigende Arbeitslosigkeit, 56 Prozent eine allgemeine Verschmutzung der Straßen und Bahnhöfe⁹⁷⁴ – folgendermaßen: Xenophobe Einlassungen seien in diesem Kontext als „gesellschaftlich funktional“ anzusehen. Der neue Nationalismus und die damit verbundenen Feindbilder seien eine Folge der Internationalisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft, dabei entstünden bei „Menschen, die sich von der Modernisierung bedroht fühlen, Ängste.“⁹⁷⁵ Diese seien nicht nur ökonomischer Natur, sondern beträfen auch die ureigenste Identität, die eben Teile der österreichischen Gesellschaft durch die internationale Vernetzung von Kultur und Ökonomie und die zunehmend multi-ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung ganz eindeutig bedroht sehen.⁹⁷⁶

Auch auf die Befindlichkeit der als „Feindbilder“ angesehenen betroffenen Zuwanderer, der Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund, sollte die Entwicklung nachhaltige Auswirkungen haben, die sich eindrucksvoll durch qualitative Quellen – aber auch mittels Quantifizierung – erschließen. Im Zuge einer repräsentativen Befragung von 455 Migranten und Migrantinnen, oberösterreichischen Arbeitnehmern ausländischer Staatsangehörigkeit, die 1998 und 1999 durchgeführt wurde, schnitten im Vergleich der 1960er bis 1990er Jahre die neunziger Jahre in Hinblick auf die subjektive Einschätzung der Aufenthaltssicherheit besonders schlecht ab.⁹⁷⁷ Die Umfrage ergab auf quantitativer Ebene ein Bild, das generell durch mangelndes persönliches Wohlbefinden gekennzeichnet war. In erster Linie wurden Personen aus der Unterschicht befragt. Nach dieser Studie stimmten 61 Prozent der Befragten der Behauptung zu, dass Österreicher und Österreicherinnen Ausländer und Ausländerinnen als Menschen dritter Klasse behandeln. 53 Prozent der Befragten glaubten, dass ausländische Staatsangehörige Schwierigkeiten haben, in Lokale eingelassen zu werden. Zwei Drittel der befragten Migranten und Migrantinnen waren der Meinung, dass Österreicher im alltäglichen Leben generell besser behandelt werden als Ausländer. Nahezu die Hälfte der Befragten gab an, dass sie von Beamten schikaniert würden und mehr als die Hälfte hatten den Eindruck, dass Österreicher und Österreicherinnen anders und besser behandelt würden. Es wurden positive Erfahrungen mit Bediensteten des Magistrats und des Finanzamtes hervorgehoben, im Gegensatz zu Erfahrungen mit der Polizei, der Fremdenpolizei und dem Arbeitsamt. Hier haben die Befragten nach eigenen Angaben die schlechtesten Erfahrungen gemacht.⁹⁷⁸

Geht man nochmals etwas zurück in der Zeit, 1992 bis 1994 – als qualitativ angelegtes Beispiel sei hier nachfolgend aus der Erinnerung von Stephan Eisenhoffer zitiert. Er ist kein Moslem, kein Afrikaner, ein gebildeter Mann, der bereits lange in Oberösterreich lebte, aber „fremd“ aussieht. Der gebürtige Ungar gelangte 1956 mit 13 Jahren zusammen mit seiner Familie als Flüchtling nach Österreich. Nach der Matura absolvierte er ein Lehramtsstudium, unterrichtete an einem Linzer Gymnasium. Der Akademiker stammt aus einer ursprünglich vermögenden Familie, er war Mitglied des konservativen Cartell-Verbandes (CV): „Ich komme aus Mitteleuropa, habe einen deutschen Namen, sehe aber aus wie ein Türke. Und ich habe einen ungarischen Akzent. Das hatte bislang aber keine Rolle gespielt, bis Ende der 1980er Jahre hatte ich keine wirklichen Probleme. Ich bin schon seit langem österreichischer Staatsbürger. Und plötzlich ging das los, 1992/93/94. Auf allen Ebenen. Ich war wirklich verstört [...].“⁹⁷⁹ Folgt man der Statistik, lebten in Linz Ende 1993 genau 439 ungarische Staatsangehörige. Ihre Zahl wird von jenen österreichischen Staatsbürgern übertroffen, die in Ungarn geboren sind und entweder im Zuge des Zweiten Weltkriegs oder im Zuge des „Ungarnaufstands“ 1956 oder danach nach Österreich gekommen sind.⁹⁸⁰

Stephan Eisenhoffer fuhr in seiner Erinnerung fort: „Eines Tages habe ich mit einer Schulklasse einen Besuch im Schlossmuseum durchgeführt. Wir hatten eine Führung. Zwei ältere Damen haben sich sehr laut unterhalten, ich habe sie gebeten, leiser zu sein. Die haben irgendwie meinen Akzent bemerkt und plötzlich geht die eine auf mich los und sagt, ‚Sie schreien, Sie Ausländer‘ und schlägt mir mit der Faust auf die Brust. Ich war ganz baff, habe mich aber zurückgehalten. Nach der Führung habe ich mir gedacht, so kommst Du mir aber nicht davon. Ich habe sie zur Rede gestellt, die Frau war ganz hysterisch und dann habe ich gesagt, ich war auch ganz emotionalisiert: ‚Solche Leute wie Sie haben Menschen in Mauthausen vergast.‘ [...] Es war damals wirklich eine schlechte Stimmung, in meiner Schule hat mich einmal meine alte Mutter aus einem Notfall heraus angerufen, im Konferenzzimmer. Ich habe mit ihr Ungarisch gesprochen. Da sagt mein Direktor: ‚Das geht nicht, in dieser Schule wird nicht Ungarisch geredet!‘ Dauernd war etwas los, bei telefonischen Gesprächen mit Ämtern und so, manchmal habe ich meine Frau, die Gretl gebeten, das zu regeln, denn sobald man meinen Akzent gehört hat, entstand manchmal ein Problem und ich hatte Schwierigkeiten.“⁹⁸¹

1993, wirtschaftlich das Jahr eines Konjunkturreinbruchs, könnte als eine Art „Schlüsseljahr“ anzusehen sein. In diesem Jahr traten in Österreich verschärfte Zuwanderungsgesetze in Kraft, am 1. Jänner 1993 das Fremdengesetz und am 1. Juli 1993 das Aufenthaltsgesetz, beschlossen von den Abgeordneten der regierenden SPÖ-ÖVP-Koalition.⁹⁸² Für bereits länger Ansässige beinhaltete es Maßnahmen, die aus der Sicht der Betroffenen als „Schikanen“ interpretiert wurden, für neue Migranten wurde der Zuzug erheblich erschwert. Mit den Gesetzesverschärfungen der ersten Hälfte der 1990er Jahre setzte eine „Illegalisierung“ bzw. „Kriminalisierung“ ausländischer Staatsangehöriger ein. Bislang sich legal aufhaltende Personen waren aufgrund bürokratischer bzw. formaler Probleme, auch aus Nachlässigkeit oder Unkenntnis, plötzlich zu „sich illegal aufhaltenden Personen“ geworden. In der medialen Berichterstattung führte dies mit-

unter zu einer regelrechten „Kriminalisierung“ allein aufgrund des Aufenthaltsstatus einer Person. Dabei handelte es sich bei der Illegalisierung von Zuwanderern nicht um ein spezifisch österreichisches Phänomen, sondern um ein europaweites. Weltweite Aufmerksamkeit erlangte dabei Slowenien im Zusammenhang mit den sogenannten „Izbrsani“ (Ausgelöschte), Personen, die zur Gänze aus allen Personenstandsregistern entfernt wurden.⁹⁸³ Aber auch in Österreich setzte eine „Illegalisierung“ ein, die bis heute anhält. Schärfere Gesetze förderten die Tendenz zur Illegalisierung, in Österreich und anderswo.

Katerina Kratzmann untersuchte in ihrer Studie „Undokumentierte Migranten“ die Lebensverhältnisse „illegaler“ Zuwanderer. Narrativinterviews geben Aufschluss über die Lebensverhältnisse der Betroffenen. Kratzmann interviewte dabei unter anderem Grace, die zum Zeitpunkt des Geschehens – Einführung des Aufenthaltsgesetzes 1993 – 25 Jahre alt war. Ihr Vater stammt aus Uganda, ihre Mutter aus Osteuropa, aus der Slowakei. Mit 14 Jahren kam Grace nach Österreich. Sie bezeichnet sich als „privilegiert“, sie habe vorher in einer Boutique gearbeitet und gut verdient. Doch dann war die Frist für ein neues Visum abgelaufen, Grace lebte in der Folge als „Illegale“ in Linz. Zum damaligen Zeitpunkt kann man, folgt man den gängigen Schätzungsziffern, von rund 2.000 undokumentierten Migranten und Migrantinnen im Großraum Linz ausgehen.⁹⁸⁴ „Und hier bin ich dann so richtig in die Szene rein involviert worden, der Illegalisierten“, erinnert sich die junge Frau: „Es ist ein Unterschied, ob ich illegal einwandere und schon weiß eigentlich, dass da vielleicht Probleme auf mich zukommen, oder ob man schon im Leben drinsteckt [...] Ich war hier schon auf der Schule, habe gearbeitet und alles: und auf einmal war ich dann illegal, das war schon eine sehr große Abwertung [...]. (Aber) ich kannte die Sprache und ich weiß auch, wie hier alles läuft. Ich bin zwar sehr provokant, aber im Grunde kenne ich mich aus. Ich weiß genau, wie ich mich bewegen muss, damit ich nicht von der Polizei erwischt werde.“ Auf die Frage, wo sie in Linz gewohnt habe, meint Grace: „Das war alles urspannend. Zuerst im Studentenheim und dann habe ich in einer Wohnung gewohnt, in einer WG und dann habe ich einen Freund dort gefunden [...]. Ich hatte dort einfach ein anderes Leben und habe auch viel gearbeitet. Und ich habe auch immer gesagt: ‚Ich habe kein Visum‘, aber die meinten ‚Ach, das kriegst Du schon‘ [...]. Ich hatte schon auch andere Freunde, aber durch die Arbeit waren 80 bis 90 Prozent Illegalisierte.“⁹⁸⁵ Grace sprach auch deswegen von „Illegalisierung“, da sie ihre damalige Situation als von außen verschuldete Ungerechtigkeit empfand.

Die konservative Tageszeitung *Oberösterreichische Nachrichten* berichtete im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsgesetz 1993: „Große Angst und Unsicherheit hat das umstrittene Aufenthaltsgesetz bei Ausländern ausgelöst. Schwangere Gastarbeiterfrauen überlegen, ob sie abtreiben lassen sollen, weil sie fürchten, dass sie wegen mangelndem Pro-Kopf-Wohnraum in Schwierigkeiten kommen könnten. Andere Familien werden aus derselben Angst heraus zerrissen – verängstigte Gastarbeiter lassen Kinder im Heimatland zurück. Drei Fälle, in denen eine Schwangerschaft plötzlich Abschiebungsängste auslöst, hat (ein) Sachbearbeiter im ‚Verein zur Betreuung der Ausländer‘ in Linz in den vergangenen Tagen erlebt. ‚Und erst vorgestern hatte ich eine Gastarbeiterfamilie da,

die nach dem Urlaub ihr dreijähriges Kind in der Türkei zurückgelassen hat.' Fehlende Dokumente gefährden die Existenz. Gestern meldete sich eine verzweifelte Jugoslawin aus dem Innviertel in der Beratungsstelle und erklärte, es sei ihr mitgeteilt worden, dass sie das Land verlassen müsse. Begründung: Sie verfüge zwar über ausreichend Wohnraum, aber nicht über ausreichende sanitäre Anlagen. [...] Gerade noch verhindern konnten die Berater, dass ein Bosnier, der seit 29 Jahren in Österreich lebt und in einem Jahr automatisch Anspruch auf die österreichische Staatsbürgerschaft hat, das Land verlassen muss: ‚Der Mann hatte noch einen Pass aus Ex-Jugoslawien, der nicht verlängert werden konnte. Und mit der Ausstellung neuer Papiere durch das kriegsgeschüttelte Bosnien gab es größte Probleme.‘⁹⁸⁵

Das jugoslawische Drama und die Auswirkungen

Die Desintegration und Auflösung des Staats Jugoslawien fällt in die Jahre 1989 bis 1991. Am 25. Juni 1991 erklärten sich Slowenien und Kroatien für unabhängig. In weiterer Folge kam es in Teilen Kroatiens zu Kriegshandlungen, rund 13.000 Personen aus Kroatien flüchteten infolgedessen nach Österreich, größtenteils nur vorübergehend.⁹⁸⁷ Von Vorteil stellte sich heraus, dass bosnische Arbeitsmigranten, die als Gastarbeiter nach Österreich gekommen waren, bereits hier lebten. Nermina Imamovic, die in Linz die Schule besuchte und in Bosnien geboren wurde, erzählt: „Meine Eltern hatten mich zurückgeschickt nach Bosnien, dort habe ich die Schule abgeschlossen und dann studiert, Anglistik und Amerikanistik, nicht in Sarajevo, sondern in Priština. 1990 habe ich ein Kind bekommen und man hat schon über einen möglichen Krieg gesprochen. Ich wollte auf keinen Fall mit einem Baby in den Krieg hineingezogen werden, ich hatte Angst davor. [...] Meine Eltern waren hier und auch mein Bruder war 1990 schon hier, als der Arbeitsmarkt kurzfristig geöffnet worden ist. Ich bin also mit einem drei Monate alten Baby aus Jugoslawien nach Linz [...]. Meine Eltern haben gesagt, was willst du hier, du wirst alles verlieren, was du in Bosnien hast und du wirst hier ewig nur als Putzfrau arbeiten. Tatsächlich musste ich neu anfangen, einen neuen Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Es war sehr schwierig am Anfang und ich habe nach einigem Suchen einen Job gefunden, in einer Großküche, wirklich nur als Hilfskraft [...]"⁹⁸⁸

Im Jahr 1992 spitzte sich die Situation weiter zu. Es war schließlich die Republik Bosnien-Herzegowina im Zuge des Auseinanderbrechens des Staats Jugoslawien gegründet worden. Infolge der Auflösungstendenzen des supranationalen Gesamtstaats und der damit verbundenen Bedrohungen bis hin zum Ausbruch von Kriegshandlungen kam es zu einem massenhaften Zustrom an vorausblickenden Migranten, Flüchtlingen und Kriegsvertriebenen, vorwiegend aus Bosnien.⁹⁸⁹ Der Beginn des Krieges wird von bosnischer Seite auf den 6. April 1992 datiert, er kostete zwischen 1992 und 1995 mehr als 100.000 Menschen das Leben. Innerhalb weniger Monate besetzten bewaffnete serbische Verbände 70 Prozent des Landes, oftmals mit dem Ziel einer ethnischen Säuberung. Im Laufe des Bosnienkriegs setzten die kriegerischen Auseinandersetzungen

gen auch zwischen den bosnischen Muslimen und den Kroaten ein, die anfangs noch Verbündete waren. Die Kämpfe zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppen im Land führten letztlich dazu, dass die Hälfte der Bevölkerung obdachlos wurde. Ein von den USA vermitteltes Friedensabkommen beendete 1995 die Kämpfe.⁹⁹⁰ Trotz der bereits dargestellten negativen Grundstimmung gegen Flüchtlinge erlebte Österreich damals zumindest teilweise eine Welle von Hilfsbereitschaft gegenüber den bosnischen Neuankömmlingen. Herbert Langthaler hält dazu fest, dass die weitgehend positiv akzentuierte Aufnahme weniger auf staatliche Programme zurückzuführen war, sondern in erster Linie auf die Unterstützung bereits in Österreich lebender Arbeitsmigranten und Landsleuten der Flüchtlinge, ebenso wie auf den Elan zahlreicher privater Initiativen.⁹⁹¹ Im Jahre 1997 begann die Situation in der großteils albanisch bewohnten, damals noch jugoslawischen Provinz Kosovo zu eskalieren.⁹⁹² Ebenfalls 1997 wurde der Nachbarstaat Albanien von einer tiefen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Krise getroffen. Dieses Faktum sollte sich direkt auf den oberösterreichischen Landtagswahlkampf desselben Jahres auswirken. Die Freiheitliche Partei Oberösterreichs behauptete in ihrer Wahlpropaganda, rund 50.000 Albaner – später reduzierte man auf 30.000 – stünden an der tschechischen Grenze bereit, um nach Oberösterreich einzuwandern. Schließlich behauptete die FPÖ, dies sei teilweise schon geschehen: „Das organisierte Verbrechen hat von Linz aus mehr als 11.000 Albaner ins Land geschleust! Wir sind für die Linzer da. Die Freiheitlichen.“⁹⁹³ Man verlangte entsprechende sicherheitspolitische Maßnahmen. Der Wahlkampfschlager der Freiheitlichen Partei trug zu deren Wahlerfolg bei, die Partei erhielt 20,6 Prozent der Stimmen in Oberösterreich insgesamt, in Linz waren es 22,8 Prozent.⁹⁹⁴ Nach der Meldestatistik der Bundespolizeidirektion Linz hatte die Zahl der albanischen Staatsbürger in Linz per 31. Dezember 1997 tatsächlich 104 Personen betragen.⁹⁹⁵

1999 kam es im Kosovo, dem stark albanisch besiedelten Teil (Ex-)Jugoslawiens, zu Kriegshandlungen.⁹⁹⁶ Nach den Angaben der UNCHR suchten im Zusammenhang mit den kriegerischen Auseinandersetzungen mehr als 5.000 Bewohner des Kosovo Österreich auf. Rund 3.000 von ihnen erhielten einen positiven Asylbescheid. Die in Oberösterreich lebende Familie Zogaj aus Kaliqan, West-Kosovo, erhielt einen ablehnenden Bescheid und wollte dennoch in Österreich bleiben. Arigona Zogaj sorgte mit ihrem Untertauchen als U-Boot für eine intensive Medienberichterstattung und eine bundesweite Diskussion. Sie wurde zu einer Symbolfigur für ein Bleiberecht gut integrierter Personen in Österreich und lebte in der Folge jahrelang in Linz.⁹⁹⁷ Eine genaue Aussage über die Zahl der im Raum Linz lebenden Flüchtlinge und Zuwanderer aus dem Kosovo für 2001 gibt es nicht, die Republik Kosovo war damals noch nicht gegründet worden. Einen Hinweis auf die Dimension mag geben, dass sich zum Zeitpunkt der Volkszählung 2001 zwar lediglich 112 Personen mit albanischer Staatsbürgerschaft in Linz aufhielten, jedoch 1.900 Personen in Linz Albanisch als Umgangssprache angaben; in ganz Oberösterreich hatten 6.702 Personen Albanisch angegeben. Der Großteil dieser Gruppe stammt aus dem Kosovo.⁹⁹⁸

Aufgrund der Kriege in (Ex-)Jugoslawien hatte sich in Oberösterreich der ausländische Bevölkerungsanteil bei der Volkszählung 1991 von 71.259 Personen auf 99.617 Personen im Jahr 2001 angehoben. In Linz stieg die Anzahl der Staatsbürger aus (Ex-)Jugoslawien im Zeitraum 1991 bis 2001 von 7.100 auf 11.829 Personen, wobei diese Zahlen die Entwicklung nur ungenügend reflektieren.⁹⁹⁹ In Oberösterreich kann in der ersten Hälfte der 1990er Jahre nach Angaben bosnischer Organisationen sowie der Volkshilfe Flüchtlingsbetreuung jedenfalls von rund 12.000 Vertriebenen oder Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina ausgegangen werden, ein Großteil der Betroffenen lebte im Großraum Linz.¹⁰⁰⁰

Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, insbesondere aus Bosnien, kamen Anfang der 1990er Jahre zunächst mit einem „humanitären Sichtvermerk“. Ab 1. Juli 1993 erhielten diese nach dem damals neuen Aufenthaltsgesetz ein befristetes Aufenthaltsrecht, das bis 1998 immer wieder verlängert wurde. Eine Minderheit, rund 5.500 Personen in Österreich insgesamt, suchte um Asyl an. Eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern sicherte die Aufteilung der Kosten und die praktische Durchführung. Obwohl den Flüchtlingen der Zugang zu einem ordentlichen Asylverfahren verwehrt wurde und viele Bosnier und Bosnierinnen nach Ablauf des befristeten Aufenthalts zur Rückkehr gedrängt wurden, gelang vielen die Integration in Österreich. Es wurde ein Bundesgesetz (BGBl. 1998/85) erlassen, das den integrierten Vertriebenen aus Bosnien den weiteren Aufenthalt ermöglichte. Die großteils erfolgreiche Aufnahme- und Eingliederungspraxis war in erster Linie durch Unterstützung von bereits als Arbeitsmigranten/-migrantinnen in Österreich lebenden Landsleuten und einer Reihe engagierter Organisationen zustande gekommen. In Hinblick auf die bosnischen Betroffenen des Jugoslawien-Kriegs ist besonders die Aktion Nachbar in Not – beteiligt waren von Beginn an der ORF (Österreichischer Rundfunk), das Rote Kreuz und die Caritas Österreich – zu erwähnen. Die Caritas Oberösterreich ging 1992 eine Partnerschaft mit der Caritas Mostar ein.¹⁰⁰¹ Besonders hervorzuheben sind auch die Aktivitäten der Volkshilfe Oberösterreich. Die Volkshilfe OÖ war eine der ersten NGOs, die damals geholfen hatte. Weit über 100 Transporte mit 1.500 Tonnen Hilfsgütern, darunter viele lebensnotwendige Medikamente, konnten ab 1993 verteilt werden. Es beteiligten sich damals eine Reihe ehemaliger „Gastarbeiter“ wie der bereits erwähnte Emil Strah, der aus Maribor stammende ehemalige Vorsitzende des jugoslawischen Vereins „1. Mai“.

„Ich bin zum Supermarkt gegangen, 1992, zuhause hier, in Linz-Kleinmünchen, und da bei der Zeppelinerschule, da sehe ich Leute mit Decken, gerade gekommen, und höre, die sprechen unsere Sprache, also ich habe sie verstanden. Es waren Flüchtlinge aus Bosnien. Bin ich nach Hause gegangen, habe Sachen geholt, ich dachte mir, da muss man helfen. Es war schrecklich, manche haben geweint die ganze Zeit. Waren völlig fertig, traumatisiert. Ich wollte helfen, Frauen, Kinder, sie haben mir leid getan. [...] Ich bin zur Volkshilfe gegangen und habe gesagt, dass ich helfen möchte.“¹⁰⁰² Soweit Emil Strah, der seit 1967 in Oberösterreich lebt. Er wurde zu einer wichtigen Verbindungsperson der Bosnienhilfe, fuhr zur Fact-Finding-Mission nach Tuzla in den Nordosten Bosniens und in der Folge weitere Male in diese Region, eine Reihe von Hilfskonvois wurde in der

Folge nach Bosnien-Herzegowina geschickt. Neuankömmlinge erhielten in Oberösterreich Unterstützung: „Es waren oft auch ehemalige Gastarbeiter, Bosnier, Landsleute, die schon länger in Österreich lebten. Das muss man wirklich betonen, wir kamen 1992, als wir in Österreich ankamen, zuerst nach St. Georgen im Attergau. Und dann nach Kleinmünchen, bei der Zeppelinhschule. Ich war noch ein Kind, war klein, aber man hat uns sofort geholfen. Da waren viele andere Kinder, wir haben sofort gespielt, in unserer Sprache gesprochen, die Landsleute waren sehr lieb und haben uns unterstützt. Für mich als Kind war das eigentlich wunderbar, ich habe diese Zeit in den Flüchtlingsunterkünften positiv in Erinnerung“, erinnert sich Fatima Malic Softic, geboren 1987 in Dobojs, Senitzs, Zentralbosnien.¹⁰⁰³ „Für meine Eltern war es wohl beängstigend“, fährt Frau Malic Softic fort, „wieder ganz neu anzufangen. [...] Mein Vater hat zwar rasch in Linz Arbeit gefunden, hat eine Arbeitserlaubnis bekommen, aber weit unter seiner Qualifikation. Eine Arbeit wie in Bosnien hat er nie mehr bekommen, er ist jetzt Arbeiter, Hilfsarbeiter, meine Mutter arbeitete als Reinigungskraft. Und die Caritas hat uns geholfen, die Volkshilfe, viele Landsleute. [...] Wir haben dann auch eine Wohnung im Leinpark gefunden, ich habe auch eine vier Jahre ältere Schwester. Ich war in der Schule und im Kindergarten [...]. Es war eine super Zeit für mich.“¹⁰⁰⁴ Im Zusammenhang mit der großen Zahl an Flüchtlingen und Zuwanderern hatte der Landesschulrat für Oberösterreich per 22. Februar 1992 eine Erhebung durchgeführt, die 10.883 Pflichtschüler mit nichtdeutscher Muttersprache auswies, das waren 8,4 Prozent aller Pflichtschüler des Landes. Zehn Jahre zuvor waren es landesweit 2,1 Prozent gewesen. Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache konzentrierten sich damals in den drei Statutarstädten: In Linz-Stadt hatte der Anteil 14,3 Prozent betragen, in Wels-Stadt 16,7 Prozent und in Steyr-Stadt 13,7 Prozent.¹⁰⁰⁵ Rund 90 Prozent der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache stammten aus Bosnien (3.634), aus anderen Teilen Ex-Jugoslawiens (2.881), aus der Türkei (2.583) und aus Rumänien (521).¹⁰⁰⁶ In Linz selbst wurde im Schuljahr 1992/93 ein Anteil dieser solcher Art kategorisierten Schüler von bis zu 40,2 Prozent in der Zeppelinhschule in Kleinmünchen (VS 18) oder beispielsweise 36,4 Prozent in der Otto-Glöckel-Schule (VS 12) zwischen Unionkreuzung und Bulgariplatz festgestellt. Die ebendort gelegene Hauptschule 5 (HS 5) wies einen Anteil von 68 Prozent Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache aus, die Hauptschule 10 (HS 10) in der Zeppelinstraße 44,8 Prozent.¹⁰⁰⁷ In Linz überraschte – entgegen dem einschlägigen Vorurteil einer Art Automatik, mit der ausländische Kinder mit ungenügenden Sprachkenntnissen in die Sonderschule befördert würden – dass der Anteil der Schüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der ASO (Sonderschule) mit 6,9 Prozent Anteil deutlich unterrepräsentiert war. (In Wels und in anderen Bezirken waren hingegen ausländische Kinder in der ASO enorm überrepräsentiert).¹⁰⁰⁸ In vielen österreichischen und insbesondere in mehreren Linzer Schulen wurden jedenfalls in den 1990er Jahren in einer Reihe von Schulversuchen große Anstrengungen für eine sprachliche Förderung der Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache unternommen.¹⁰⁰⁹ Dies deckt sich mit den Erinnerungen des Flüchtlingsmädchens Fatima: „Ich habe die Sprache schnell gelernt, Kindergarten, Schule. Ich hatte mich gleich mit anderen Kindern befreundet [...]. Ich bin gerne in

die Schule gegangen, damals [...]. Ja, auch die Horttanten und dann die Lehrer in der Schule, die haben sich um uns gekümmert. Ich hatte damals keine Probleme.“¹⁰¹⁰

Es gab allerdings auch Fälle bosnischer Flüchtlinge, für die sich die Situation wenig positiv darstellte, Kinder, die ebenso wie ihre Eltern Traumata aufgrund ihrer Kriegserlebnisse mitbrachten oder entwickelten.¹⁰¹¹ Sobald bosnische Flüchtlinge über ein als sicher eingestuftes Drittland einreisen möchten, wird vielen die Einreise verweigert. Auch Asylansuchen werden abgelehnt. So war etwa der 35-jährige Bauarbeiter Muhammed Sekic aus Sanski Most bei Banja Luka in einem gefürchteten serbischen Lager in Westbosnien interniert, er wurde dort misshandelt. Schließlich konnte er entkommen, fand mit seiner Frau und seinen drei Kindern Aufnahme bei Verwandten im Großraum Linz. Bei einer Baufirma in Ansfelden hätte er Arbeit bekommen, doch die Behörde verweigerte die Bewilligung. Auch der Asylantrag wurde abgelehnt.¹⁰¹² In den meisten ähnlich gelagerten Fällen wurde letztlich doch eine Lösung gefunden, nach Darstellung der Volkshilfe Flüchtlingshilfe arbeiteten die oberösterreichischen Behörden eher problemlösungsorientiert. 9.450 Bosnien-Flüchtlinge wurden im Frühjahr 1994 offiziell betreut, rund 2.500 lebten bei Verwandten und Bekannten. Die Volkshilfe Oberösterreich befragte damals 354 bosnische Flüchtlinge und Migranten. Die Heimatorte von rund 90 Prozent der Befragten waren besetzt. Viele Familienangehörige sind durch den Krieg umgekommen, misshandelt oder vergewaltigt worden. 54 Prozent gaben an, dass ihre Wohnung oder ihr Haus zerstört wurde. 92 Prozent bezeichneten die Haltung der Österreicher ihnen gegenüber als positiv.¹⁰¹³ Seit den 1990er Jahren engagierte sich in Hinblick auf bosnische Flüchtlinge in besonderem Ausmaß auch Hugo Schanovsky (1927–2014), Bürgermeister der Stadt Linz von 1984 bis 1988, von der bosnischen Community wurde er dafür mehrfach geehrt.¹⁰¹⁴

Nach der Volkszählung von 2001 wies die Statistik in Oberösterreich den größten Anteil von Nicht-Österreichern und Nicht-Österreicherinnen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 52.778 Personen aus, wobei der Anteil aus Bosnien-Herzegowina mit 24.720 Personen am höchsten ist, gefolgt von Serbien und Montenegro mit insgesamt 14.721 Personen. Im Vergleich zur Volkszählung 1991 erhöhte sich der Anteil von Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (einschl. Sloweniens) um 93,5 Prozent.¹⁰¹⁵ Die im Rahmen einer Volkszählung erstmalige Ausweisung von Personen aus Bosnien-Herzegowina (als Staat) zeigt, dass 2001 bosnische Zuwanderer und Flüchtlinge auch in Linz die mit Abstand stärkste, nunmehr nationale, Gruppe darstellten: Es gaben bei der Volkszählung 2001 in Linz 6.526 Personen Bosnien-Herzegowina als Geburtsland an, an zweiter Stelle folgte Serbien-Montenegro mit 4.207 Personen; auch bei ausländischen Staatsangehörigen nahm Bosnien-Herzegowina mit 5.393 Personen nunmehr Platz ein.¹⁰¹⁶

Gesellschaftliche Spannungen: Migranten und Migrantinnen als Subjekte der Entwicklung

Seit Beginn der sogenannten Gastarbeiterzuwanderung empfanden sich Zuwanderer und Zuwanderinnen als das, was sie sind, als Menschen nichtösterreichischer Herkunft mit eigenen Interessen und eigenen Strategien. Im Rahmen der österreichischen Gesellschaft waren und sind viele von ihnen in weiten Bereichen der Gesellschaft auf Grund spezifischer Rechtslagen nicht als gleichberechtigt anzusehen. Auch wurden die Interessen der Zuwanderer den Interessen „Österreichs“ nachgereiht, wobei nicht genauer definiert wurde, worin die „österreichischen Interessen“ bestünden. So heißt es in der Regierungsvorlage zum 1992 beschlossenen Aufenthaltsgesetz, es trat 1993 in Kraft: „Grundsätzlich muss klar sein, dass sich das Aufenthaltsrecht in Österreich nicht primär an den Bedürfnissen der Niederlassungswilligen orientiert, sondern nach den Bedürfnissen der österreichischen Gesellschaft auszurichten hat. Österreich muss entscheiden können, wer sich niederlassen kann und soll. [...] Nur auf dieser Grundlage gelangen sie [die Ausländerinnen und Ausländer] dorthin, wo sie auch tatsächlich gebraucht und gewollt werden und daher eine entsprechende Zukunft haben.“¹⁰¹⁷ Ausländer wurden zum „Problem“ des Staates erklärt, die Regierungserklärung sprach wörtlich von einem „Gastarbeiterproblem“, ungeachtet dessen, dass sich viele Arbeitsmigranten bereits seit 20 oder 25 Jahren in Österreich befanden.¹⁰¹⁸

Im Zuge der gesetzlichen Verschärfungen der 1990er Jahre formierte sich auch ein stärkerer gesellschaftlicher Widerstand, der von österreichischen, aber auch von ausländischen Staatsangehörigen getragen wurde. Auch dies stellt kein Novum dar. Sowohl in der Studentenbewegung der 1970er Jahre als auch zu späteren Zeitpunkten waren eigenständige Problemlösungen angedacht und Proteste formuliert worden. Am 7. Dezember 1991 wurde in Linz eine Demonstration „Gegen Ausländer/innen-Feindlichkeit und Rassismus“ abgehalten, zu der auch prominente Stadtpolitiker aufgerufen hatten wie Bürgermeister Franz Dobusch, Stadtrat Josef Ackerl (SPÖ) sowie der damalige Kulturstadtrat und spätere Vizebürgermeister Reinhard Dyk (ÖVP). Mehr als 2.000 Inländer und Ausländer nahmen daran teil.¹⁰¹⁹ Die Dimension der Proteste erreichte 1993 eine außergewöhnliche Größe: Als sich am 23. Jänner 1993 auf dem Wiener Heldenplatz rund 250.000 Menschen versammelten, in ganz Wien waren es rund 300.000, die zum „Lichtermeer“ beitrugen, kann man von der größten Kundgebung der Zweiten Republik sprechen. Viele Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen fuhrten zur Großkundgebung nach Wien.¹⁰²⁰ Auch in Linz, Wels, Steyr und Vöcklabruck kam es im Zuge dessen zu ähnlichen Kundgebungen und Solidaritätsadressen. In Linz hatte bereits am 15. Jänner 1993 ein von der Organisation SOS Mitmensch initiiertes Lichtermeer mit mehr 10.000 Teilnehmern stattgefunden.¹⁰²¹

Die Demonstrationen im Jänner 1993 waren auf die Planungen und Vorbereitungen zum Volksbegehren „Österreich zuerst“, alltagssprachlich als „Ausländervolksbegehren“ bezeichnet, zurückzuführen. Es war von der Freiheitlichen Partei Österreichs unter Parteiobermann Jörg Haider initiiert worden und es beinhaltete unter anderem die Forderung

nach gesetzlichen Bestimmungen, die einen weiteren Zuzug nach Österreich einschränken, Maßnahmen, die zur Segregation ebenso führen wie eine massive sicherheitspolizeiliche Behandlung der Zuwanderer. Es wurde in der Zeit von 25. Jänner bis 1. Februar von 416.531 Personen unterzeichnet,¹⁰²² das waren 7,35 Prozent der Wahlberechtigten, und blieb damit deutlich unter den Erwartungen der Veranstalter. In Oberösterreich unterzeichneten 85.703 Menschen, 9,0 Prozent der Wähler, das Volksbegehren. Damit lag das Land über dem Bundesdurchschnitt, Oberösterreich lag an zweiter Stelle der Länder; zum Vergleich: Kärnten 13,4 Prozent, Wien 8,9 Prozent, Salzburg 7,4 Prozent, Steiermark 6,5 Prozent, Niederösterreich 4,6 Prozent.¹⁰²³ Bei der Vorlage und Diskussion des Volksbegehrens im März 1993 hatte die österreichische Bundesregierung, bestehend aus Vertretern der ÖVP und der SPÖ, dieses mit der Begründung zurückgewiesen, die meisten Forderungen seien mit dem neuen Aufenthaltsgesetz, das am 1. Juli 1993 in Kraft treten sollte, schon erfüllt. Tatsächlich meldete sich im August 1993 der damalige Parteiohmann der Freiheitlichen Partei, Jörg Haider mit dem Slogan zu Wort: „Regierung vollzieht Ausländervolksbegehren“.¹⁰²⁴ Innerhalb der Regierungspartei SPÖ und nahestehenden Gewerkschaftskreisen – der sozialdemokratische Innenminister Franz Löschnak war mit seinem Stab die federführende Kraft der Verschärfung – wurde mehrfach Kritik an den neuen Gesetzen geäußert.¹⁰²⁵

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die verschärften Bestimmungen und das angespannte gesellschaftliche Klima gegenüber ausländischen Staatsangehörigen zu Härten führte, ebenso wie dies zur Unsicherheit ausländischer Zuwanderer beitrug. Der Ausländerombudsmann der Stadt Linz Dr. Wolny hatte ebenfalls mehrfach von Schwierigkeiten gesprochen, die neuen Gesetze zu exekutieren.¹⁰²⁶ In der Regionalzeitung „Oberösterreichische Nachrichten“ erschien im November 1993 folgender Bericht, den Magistrat Linz betreffend: „Bezirksverwaltungsamt, Zimmer 059: Ein Ausländer möchte seinen Pass mit dem nötigen Sichtvermerk abholen. Die Bedienstete kramt in einem Stoß, findet nichts. Der Mann meint: ‚Mir wurde versprochen, daß die Sache fertig ist.‘ Die Magistratsbedienstete schnauzt: ‚Das hab i eh schon wieder g'fressn'. Aber nicht nur Ausländer würden unwirsch behandelt, erklärt die Zeugin der geschilderten Szene. Manche Firmen erledigen für ihre ausländischen Mitarbeiter die Prozedur auf dem Amt – und werden auch nicht ordentlich behandelt. Der von den OÖN informierte Ausländerbeauftragte des Magistrats, Dozent Erich Wolny, bedauert die Vorgänge: ‚Ich werde die Sache prüfen lassen.‘“¹⁰²⁷ Aus Fristversäumnissen können Abschiebungsbescheide entstehen, dies erzeugte und führte zu Verängstigungen und Stress bei betroffenen ausländischen Staatsangehörigen.¹⁰²⁸

Eine Folge dieser Entwicklung war auch die Explosion des Beratungsbedarfs für ausländische Zuwanderer. 1997 hatte die Zahl der Beratungen, die nur seitens des damals klein dimensionierten Vereins zur Betreuung der Ausländer in Oberösterreich durchgeführt wurden, 22.443 Fälle erreicht.¹⁰²⁹ In einer Studie, die von der Universität Linz durchgeführt wurde, gaben 43,7 Prozent der Befragten an, von behördlichen Institutionen schikaniert zu werden, 38 Prozent meinten, „ein Beamter/eine Beamtin hat mir nicht geholfen“, 28,1 Prozent waren der Ansicht, sie erhielten „von Behörden eine falsche

Information“.¹⁰³⁰ Auf diese Umfrage Ende der 1990er Jahre wurde bereits hingewiesen. Mehr als 60 Prozent der Befragten stimmten der Behauptung zu, dass Ausländer und Ausländerinnen als zweit- oder drittklassige Menschen angesehen würden. Sie fühlten sich zurückgesetzt und als minderwertig behandelt. Bei den Befragten handelte es sich ausschließlich um Arbeitsmigranten.¹⁰³¹ Asylwerber und De-Facto-Flüchtlinge, insbesondere aus außereuropäischen Ländern, waren häufig mit noch härteren Umgangsformen konfrontiert als jenen, die in der Studie der Universität Linz deutlich wurden. Seit Mitte der 1990er Jahre waren verstärkte Bemühungen auch seitens der Betroffenen festzustellen, die soziale Lage und die rechtliche Situation der Zuwanderer zu verbessern. Ein besonderer Meilenstein wurde in diesem Zusammenhang von Linz ausgehend gesetzt. Ausgangspunkt war der bereits genannte „Verein zur Betreuung der Ausländer in Oberösterreich“. Der Verein entwickelte sich damals in Richtung einer modernen Beratungsinstitution.¹⁰³² In dieser Phase wurde der türkische Staatsangehörige Mümtaz Karakurt zum Betriebsrat gewählt. Nach den österreichischen Gesetzen stand diesem als Türken jedoch das passive Wahlrecht nicht zu, eine Rechtslage, die bereits seit den 1970er Jahren kritisiert wurde. In einer Sachverhaltsdarstellung heißt es dazu: „Der Bf. (Beschwerdeführer Mümtaz Karakurt, MJ) ist türk. Staatsangehöriger und Angestellter eines Vereins zur Betreuung von Ausländern. Im Mai 1994 wurde er gemeinsam mit einem österr. Arbeitskollegen in den Betriebsrat gewählt. Sein Betriebsratskollege wandte sich darauf an das Arbeits- und Sozialgericht Linz und begehrte die Aberkennung des Betriebsratsmandats des Bf., da diesem das passive Wahlrecht gefehlt habe. Dem Klagebegehren wurde stattgegeben: Gemäß § 53 (1) ArbVG könnten zum Betriebsrat nur österr. AN (Arbeitnehmer, MJ) gewählt werden oder Angehörige von Staaten, die dem EWR-Abkommen beigetreten sind. Da der Bf. als Staatsangehöriger der Türkei keine dieser Kriterien erfülle, fehle ihm das passive Wahlrecht zum Betriebsrat. Man entschloss sich im Verein zur Durchfechtung der Causa auf dem Rechtsweg, die Gewerkschaft für Privatangestellte leistete Rechtsschutzhilfe.“¹⁰³³ Der Migrationshintergrund spielte bei der Entscheidung den Rechtsweg im Sinne der „Selbsthilfe“ zu beschreiten, eine zentrale Rolle. Dies drückt sich in der medialen Umsetzung der Vorgangsweise in der Titelseite aus: „Mümtaz Karakurt und Vladimir Polak, ein Türke und ein Kroatie gingen vor Gericht.“¹⁰³⁴ Karakurt wandte sich an den Obersten Gerichtshof und nach Abweisung seines Antrags im Jahre 1995 an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Der Europäische Gerichtshof erklärte die Beschwerdeführung Karakurts für unzulässig, worauf man von Linz aus den UNO-Menschenrechtsausschuss anrief. Der Ausschuss gab dem Beschwerdeführer Recht, die österreichische Bundesregierung wurde aufgefordert, das passive Wahlrecht für ausländische Staatsangehörige ohne Einschränkung zuzulassen, da die Republik ein entsprechendes internationales Abkommen unterzeichnet hatte.¹⁰³⁵ Verfassungsrechtsexperten war klar, dass die österreichische Gesetzgebung nicht den internationalen Normen entsprach, ein Oppositionspolitiker bezeichnete die Sache als „peinlich“. Innerhalb der Europäischen Union war Österreich das einzige Land mit einer derartigen ausgrenzenden Gesetzgebung.¹⁰³⁶ „It is not reasonable“, lautete der Spruch der UN-Kommission, „to base a distinction between aliens concerning

their capacity to stand for election for a work council solely on their different nationality. Accordingly, the Committee finds that the author has been the subject of discrimination in violation of article 26 of the International Covenant on Civil and Political Rights."¹⁰³⁷

Demnach habe die Republik Österreich gegen ein internationales Abkommen verstoßen und Mümtaz Karakurt diskriminiert. Die Republik wurde aufgefordert, die Gesetzeslage mit den internationalen Abkommen, die Österreich unterzeichnet hatte, in Einklang zu bringen. Die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) hatte die Forderung nachhaltig unterstützt und Rechtsschutz gewährleistet.

Der Kläger Karakurt hielt dazu fest: „Der ÖGB Oberösterreich und die GPA Oberösterreich standen hinter mir. Der Entschluss zur Beschwerde beim EGMR (Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, MJ) war aber ein Kampf. Die ÖGB-Spitze (in Wien) war dagegen. [...] Unser Argument war: Es geht hier um eine Interessensvertretung. Der ÖGB als solcher vertritt die Interessen seiner Mitglieder, nicht der Republik. Der damalige Chef des ÖGB Oberösterreich Erich Gumplmaier meinte: ‚Wir stehen hinter euch. Es ist ein Unrecht, es ist undemokratisch.‘ Gumplmaier gab gegen den Willen der ÖGB-Spitze Rechtsschutz für die Klage. So konnten wir beim EGMR und später bei der UN-Menschenrechtskommission die Beschwerde einbringen. Beim Betriebsrat geht es darum, für die Interessen der Belegschaft einzutreten. Diese Interessen haben keine Nationalität. [...] Wer wählen darf, muss auch gewählt werden können. Wir sind ja auch Vollmitglied bei der Gewerkschaft, wir zahlen 100 Prozent des Mitgliedsbeitrags, nicht fünfzig. Wenn wir bei der Betriebsratskörperschaft Mitglied sind, dann hundertprozentig, nicht zur Hälfte.“¹⁰³⁸

Die Regierung ließ sich mit der Umsetzung des UN-Kommissionsbeschlusses allerdings Zeit.¹⁰³⁹ Erst 2006, zwölf Jahre nach dem ersten Gang vor Gericht war es schließlich so weit: Aktivitäten und Ideen, von Zuwanderern in Linz erdacht und in Angriff genommen, führten zur Veränderung einer Gesetzeslage, die ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nun nicht mehr diskriminierte. Dabei wurden auch internationale Gremien eingeschaltet. Im Januar 2006 novellierte der österreichische Nationalrat sowohl das Arbeiterkammergesetz als auch das Arbeitsverfassungsgesetz.¹⁰⁴⁰ Die Migrantinnen- und Migrantinnen-Zeitschrift „direkt“ formulierte dazu die Schlagzeilen: „Ista prava za sve!“ – „Herkes için eşit hak“, dies bedeutet „Gleiches Recht für Alle!“.¹⁰⁴¹ Nicht zufällig erscheint es auch, dass die beiden Aktivisten, die sich enorm einsetzten, der zweiten Generation nach Arbeitsmigranten entstammen, die sehr früh nach Oberösterreich kamen und harten, diskriminierenden Lebensbedingungen ausgesetzt waren.

Im Vorfeld der Novellierung war schon ausgesprochen worden, man befürchte Folgewirkungen. Dies war wohl auch der Grund dafür, dass die Gesetzesänderung nebenbei erledigt wurde, man versuchte die mediale Aufmerksamkeit gering zu halten – nicht so aber in anderen Ländern. Mümtaz Karakurt erinnert sich: „Tatsächlich war diese Verurteilung Österreichs wegen Menschenrechtsverletzung und die Folgewirkungen dann im Ausland – unter Anführungszeichen – ein kleiner Knalleffekt. In Österreich war dies kaum in den Zeitungen zu finden, aber in Zeitungen in der Türkei, in Frankreich wurde über diese Entscheidung berichtet. Ein Nachbar von meinen Schwiegereltern in Frankreich,

nicht weit von Dijon, hat zufällig, in der ‚Libération‘, glaube ich, davon gelesen – und nachdem sie mich gekannt haben – dort ist ungefähr gestanden, ein türkischer Staatsangehöriger hat die Republik Österreich verklagt und gewonnen. Mein Schwiegervater hat mich aufgeregt angerufen und hat gesagt, ‚Was machst Du da, was hast Du mit dem Staat zu tun? Wieso hast Du die Republik verklagt?‘ usw. So hab ich erfahren, dass in Frankreich berichtet wurde und noch einige Monate später hab ich dann von Freunden in der Türkei Artikel zugeschickt bekommen, auch in der Türkei ist über diese Geschichte berichtet worden.“¹⁰⁴²

Wahlrechts- bzw. Mitbestimmungsfragen sind von hoher Bedeutung für eine Gesellschaft; ob die Möglichkeiten dann angenommen werden und auch die politischen Parteien Vertretungsmöglichkeiten bieten, stellt einen zweiten Schritt dar. Auf Seiten der Sozialpartner und wohl aus einer anderen Motivenlage heraus zogen die Wirtschaftskammern nach: Seit 2015 sind türkische Staatsbürger, türkische Unternehmer, die in Österreich tätig sind, bei den Kammerwahlen dieses Vertretungskörpers wahlberechtigt.¹⁰⁴³ Völlig abgekoppelt von den Anfängen der Wahlrechtseinforderung auf juridischem Weg Mitte der 1990er Jahre ist jedoch auch diese Erweiterung des Wahlrechts bei den Wirtschaftskammerwahlen nicht zu sehen. Von Linz aus war also das Ausländerwahlrecht bei den Arbeiterkammer- und Betriebsratswahlen erstritten worden. Dies ist kein Zufall. Linz verfügte über eine entsprechende Szene engagierter Aktivisten mit migrantischem Hintergrund; Unterstützung kam aber auch von oberösterreichischen Arbeitnehmervertretern. Auf den Fall Cevat Gaygusuz, der von einem Linzer Anwalt vertreten und von Ismael Yarkin, einem in Linz tätigen Experten, unterstützt wurde, ist bereits hingewiesen worden. Ein Ergebnis der Hartnäckigkeit in diesem Fall war, dass zwölf Jahre nach dem Beginn des Rechtsstreits in der österreichischen Gesetzgebung der Bezug der Notstandsbeihilfe von der Staatsbürgerschaft entkoppelt worden ist.¹⁰⁴⁴ Auch diese Initiative ging von Aktivisten in Linz aus. Findigkeit und Engagement zeichnet auch die Aktivitäten von Dr. Selcuk Hergüvenc aus, der 1949 in der Türkei geboren wurde und seit mehr als drei Jahrzehnten in Linz wirkt. Der Experte in interkultureller Pädagogik hat sich vielfach für Bildungswillige mit migrantischem Hintergrund eingesetzt, gezeigt, wie man mit einschränkenden und aus der Sicht der Betroffenen ungerechten Rahmenbedingungen umgeht und letztlich zu erfolgreichen Lösungen kommt, sei es in Fragen, die die Sonderschule betreffen oder aber auch die Zulassung zum Studium an österreichischen Universitäten für Drittstaatsangehörige.¹⁰⁴⁵

Seitens der Stadtverwaltung ebenso wie seitens der Mehrheit der politisch Verantwortlichen wurde in den 1990er Jahren tendenziell defensiv agiert. 1989 wurde ein Ausländerombudsmann installiert, dessen Zielposition eine „ausländerfreundliche Verwaltung“ beinhaltete. 1990 wurde ein Integrationsbüro im Rahmen einer Magistratsabteilung (Bürgerservice) eingerichtet, dessen Aufgabe in der Eigendarstellung lautete: „Das Integrationsbüro des Bürgerservice der Stadt Linz [...] ist seit 1990 bemüht, in der Linzer Bevölkerung und Öffentlichkeit Akzente für unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu setzen. Das Ziel ist ihre Integration unter Wahrung ihrer Identität. Für uns gilt, die Einbeziehung der in Linz lebenden Ausländerinnen und Ausländer in die all-

täglichen Lebensbeziehungen sowie deren Teilhabe an den wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leistungen zu fördern. Auch in Zukunft wird es darauf ankommen, dass neben organisatorischen Maßnahmen der Wert der interkulturellen Stadtgesellschaft anerkannt wird. Integrationsarbeit ist unerlässlich, denn sie ermöglicht rechtzeitiges Reagieren auf Problemstellungen und soll sozialen Frieden gewährleisten. Dazu gehört natürlich auch die entsprechende Information und Zusammenarbeit der Inländer und Inländerinnen, denn Integration ist ‚einseitig‘ nicht möglich.“¹⁰⁴⁶

Mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 11. April 1996 wurde die Position ausländischer Zuwanderer als Subjekte der Entwicklung in gewisser Weise gestärkt: Ein Ausländer-Integrationsbeirat wurde eingerichtet, dessen Mitglieder von der ausländischen Wohnbevölkerung gewählt wurden. „Linz: Ausländer wählen erstmals“, hieß es damals in der medialen Berichterstattung: „Im Zentrum zahlreicher Diskussionen steht die Sonntag, 23. Juni [1996, MJ] erstmals abgehaltene Wahl zum Ausländerbeirat in Linz. Die Einwände reichen dabei von massiven verfassungsrechtlichen Bedenken bis zur finanziellen Förderung des Beirats.“¹⁰⁴⁷ Dem Beirat wurde in der Folge ein Budget zugeteilt, das Integrationsbüro war und ist gleichzeitig Geschäftsstelle des Ausländer-Integrationsbeirates.¹⁰⁴⁸ Der AusländerInnen-Integrationsbeirat Linz (AIB) bestand damals aus zwölf ehrenamtlichen Mitgliedern. Diesen von Nicht-EU-Bürgern und Bürgerinnen in Linz gewählten Beirat kam ausschließlich beratende Funktion zu.¹⁰⁴⁹ Die städtische ÖVP hatte eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Einrichtung des AIB eingereicht, deren Bearbeitung sich hinzog, jedoch nicht erfolgreich betrieben wurde.¹⁰⁵⁰ Die ÖVP boykottierte vorerst den Beirat, entsandte erst ab dem Jahre 2000 einen Vertreter.¹⁰⁵¹

Folgt man den Sitzungsprotokollen des AIB, so fand die erste Sitzung am 14. Oktober 1996 statt. Teilnehmer waren die gewählten Mandatäre Nedeljko Vukovljak (Sindikato), Semiz Salihovic (Sindikato), Josip Blazevic (Sindikato), Dzevat Sulejmani (Sindikato), Siavash Panah (Sindikato), Doris Miljkovic (Sindikato), Fettah Özcab (Türkisch-Islamischer Kulturverein), Mustafa Acikgöz (Türkisch-Islamischer Kulturverein), Ahmet Sengül (Islamische Arbeiterunion), Patrick Addai (Einzelkandidat), Kenan Yilmazcelik (Internationale Liste), Ali Sulakdag (Internationale Liste). Jede Fraktion des Gemeinderats konnte ein Mitglied für den AIB entsenden, die politischen Mandatäre des Gemeinderats hatten eine beratende Stimme, dies war für die Kommunikation AIB – Gemeinderat, städtische Politik wichtig. Bei der ersten Sitzung waren die Gemeinderäte Dr. Tulzer (FPÖ) und Bettina Stadlbauer (SPÖ) anwesend, die anderen Mitglieder ließen sich entschuldigen.¹⁰⁵² Die Sitzung stand ausschließlich im Zeichen organisatorischer Fragen wie Büroorganisation und Geschäftsordnung. Zum Vorsitzenden wurde in der Folge Dzevat Sulejmani gewählt, der diese Funktion von 1996 bis 2002 ausübte. Er stammt aus Mazedonien und schloss ein Betriebswirtschaftsstudium ab. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Patrick Addai gewählt, der Schauspieler und Kinderbuchautor stammt aus Ghana.¹⁰⁵³ Addai stellte im ersten Beirat zusammen mit dem aus dem Iran stammenden Siavash Panah die Ausnahme dar, ansonsten war der Beirat deutlich türkisch-(ex)jugoslawisch dominiert. Rund ein Drittel der ausländischen Staatsangehörigen stammte jedoch nicht aus diesen Ländern. Es wurden in der Funktionsperiode 1996 bis 2002 auch wieder-

holt Fragen der Repräsentativität des Beirats angesprochen, ebenso wie die Frage nach den Aufgaben und den Aktivitäten des Beirats diskutiert wurde. Dabei fiel auch die Formulierung, der AIB scheine ein „Feigenblatt des Magistrats“ zu sein, ebenso wie auf fehlende Aktivitäten hingewiesen wurde.¹⁰⁵⁴

Aus den Beiratsprotokollen ist diese fehlende Aktivität nicht ersichtlich (wenngleich manchmal die Beschlussfähigkeit des Beirats bei Sitzungen nicht gegeben war). Der Beirat bestand aus ehrenamtlichen Mitgliedern, direkte Kompetenzen waren nur in geringem Ausmaß vorgesehen, die Ausstattung mit finanziellen Mitteln war gering. Allerdings gab es einen ständigen Austausch mit der städtischen Politik. Der Beirat fand jedoch rasch zu einer operativen Vorgangsweise, die über die ihm nahegelegten Bereiche Stadtteil- und Kulturarbeit hinausging. Man diskutierte Fragen mit großem Engagement, besuchte auch Problemzonen, thematisierte Fragen des Aufenthaltsrechts, der Familienzusammenführung, der Wohnungsproblematik, der Diskriminierung, hielt Kontakt zu den Vereinen, sorgte für den notwendigen Informationsfluss und für den Austausch mit Beiräten aus anderen Städten, etwa aus Graz, Wien, Steyr oder aus Erlangen. Der Beirat engagierte sich bei Veranstaltungen, in der Stadt selbst, in den Stadtteilen, aber auch darüber hinausgehend, wie etwa bei der Sportveranstaltung „Friends 2000“ unter dem Motto „Sport ohne Hass“.¹⁰⁵⁵

Problemzonen wurden nicht ausgespart, Beiratsmitglieder waren vor Ort etwa in einem Konfliktfall in Auwiesen. Die Möglichkeiten waren aber beschränkt: Aus der Debatte vom 19. November 1997, man hatte laut Sitzungsprotokoll auch diverse Experten eingeladen: „Nach einer kurzen Einleitung durch den Vorsitzenden über die Situation der Jugendlichen in Linz am Beispiel Auwiesen und die bisherigen Überlegungen und Kontaktaufnahmen des AIB wurden von den Anwesenden Erfahrungen und mögliche Maßnahmen diskutiert [...] Hr. Neubauer (Gemeinderat, FPÖ) berichtet von Beschwerden von Straßenbahnchauffeuren über Jugendliche, die Fahrgäste beschimpfen, die Straßenbahn blockieren, Wasserbeutel in die Straßenbahn werfen usw. Es handle sich dabei um in- und ausländische Jugendliche. Die ausländischen dürften vor allem aus dem ehemaligen Jugoslawien kommen. Hr. Dr. Hergüvenc [Bezirksschulrat, MJ] sieht das Hauptproblem in der Bandenbildung. Er vertritt die Ansicht, dass Maßnahmen nur erfolgreich durchgeführt werden können, wenn die Familien der Jugendlichen einbezogen werden. [...] Hr. Blazevic (AIB) vertrat im Zusammenhang mit extremen Vorfällen wie z.B. jenen bei der Straßenbahn in Auwiesen die Ansicht, dass solche Fälle in die Zuständigkeit der Polizei fallen. Er sieht keine Möglichkeit für den Beirat dieses Problem zu lösen, zumal die Ursachen dafür in der Jugendarbeitslosigkeit zu suchen sind. Dr. Hergüvenc [Bezirksschulrat] betont ebenfalls, dass es sich um ein gesellschaftliches Problem handelt, das alle – nicht nur die ausländischen – Jugendlichen betrifft. Die Schwierigkeiten beginnen, wenn sie aus der Schule kommen. Er weist aber auch auf die nicht registrierten Jugendlichen (ohne Arbeitsgenehmigung) hin, die bereits aus arbeitsrechtlicher Sicht keine Chance haben zu arbeiten. Im Zusammenhang mit Freizeitmaßnahmen betont er, dass es mangels Zukunftsperspektiven sehr schwierig ist, diese Jugendlichen zu motivieren.“¹⁰⁵⁶

In der Folge wurde lange und intensiv diskutiert, was man tun könne, es wurde über Jugendzentren und deren Angebot diskutiert, unter anderem über das Zentrum „Come together“: „Dort ist das Klima“, berichtete Suna Arslan, „zur Zeit sehr gut und friedlich.“ Sie kannte die Situation in Auwiesen und betonte, dass die Jugendlichen dort Hilfe bräuchten und dass dringend Maßnahmen gesetzt werden müssten. Es gäbe allerdings viel zu wenige Streetworker.¹⁰⁵⁷ Das Beiratsmitglied Ahmet Sengül sah die Ursachen für das Verhalten der Jugendlichen in Sprachproblemen und dass sie sich als ausländische Jugendliche wie „Menschen zweiter Klasse“ fühlten.¹⁰⁵⁸ Einig war man sich dann letztlich, dass der AIB das Problem nicht lösen könne. Mag. Wolfgang Denkmaier (LIF) stellte abschließend die Zuständigkeit des AIB hier grundsätzlich in Frage, insbesondere da nicht nur ausländische Jugendliche betroffen seien. Denkmaier betonte, dass „es eigentlich Aufgabe der Stadt ist, die Situation der Jugendlichen zu verbessern und empfahl dem AIB eine Anfrage an die zuständige Stadträtin, welche Maßnahmen von Seiten der Stadt bereits getroffen wurden oder geplant sind.“¹⁰⁵⁹ Anfragen und Aufforderungen an die Politik, dies war die Strategie des AIB, weitere Möglichkeiten waren kaum gegeben. Dieses Ergebnis brachten auch die Beratungen, als mehrfache Beschwerden laut wurden, dass es gegenüber ausländischen Kindern im Kinderbad Ebelsberg zu „Übergriffen von (einheimischen) Jugendlichen“ käme. Man beschloss, auf die zuständigen Vertreter einzuwirken, die zuständige Stadträtin zu informieren, nachdem die Polizei keine Maßnahmen dagegen setzte, so das Sitzungsprotokoll des Beirats.¹⁰⁶⁰ Positiv ausgewirkt auf die Arbeit des Beirats hatte sich in der ersten Funktionsperiode mit Sicherheit, dass Gemeinderätinnen migrantischer Herkunft im Beirat in beratender Funktion mitwirkten und Akzente setzen konnten.

In der Sitzung am 12. April 2000 wurde eine der spektakulärsten Aktionen des Beirats besprochen: „Lokaltour des AIB. Da der AIB immer wieder davon in Kenntnis gesetzt wird, dass bestimmte Lokale AusländerInnen den Eintritt verweigern, wurde in der letzten Sitzung beschlossen, dem nachzugehen und von drei Beiratsmitgliedern, zwei im Beirat vertretenen Gemeinderätinnen sowie von den zwei VertreterInnen der Geschäftsstelle, ausgewählte Lokale besucht. Im ‚Funky Town‘, in der ‚Mausefalle‘ und in der ‚Nachtschicht‘ wurde den ausländisch aussehenden Personen der Eintritt verweigert und auf das ‚Hausrecht‘ und eine ‚Klubkarte‘ verwiesen. Auf Grund dieser Vorfälle wurden die Lokalbesitzer angezeigt. Die Anzeigen werden [...] bearbeitet. Die Lokaltour ist nicht nur auf breites Medieninteresse gestoßen. Auch Landesrat Ackerl zeigt Interesse [...] an den Ergebnissen.“¹⁰⁶¹ Die Bezirksverwaltungsbehörde und, als deren höchster Vertreter, Bürgermeister Franz Dobusch sprachen eine Verurteilung aus,¹⁰⁶² die Oberösterreichischen Nachrichten riefen dazu auf, dergleichen Vorfälle verstärkt zu melden.¹⁰⁶³

Insgesamt kann die Vorgangsweise seitens der städtischen Politik und Verwaltung bis in die frühen 2000er Jahre hinein als „diskrete Toleranz“ bezeichnet werden; teilweise trifft dies auch auf die regionale Ebene des Landes Oberösterreich zu. Im Jahre 1996 wurde seitens der Stadt in Zusammenarbeit mit der Organisation SOS Mitmensch Oberösterreich als Trägerverein in der Rudolfstraße 64 ein Wohnheim für Flüchtlinge eröffnet,

das als vorbildliche Betreuungseinrichtung galt. Eine Politik vorsichtiger Toleranz wurde zwar nicht durch die österreichische Bundesregierung, immerhin aber durch den Beitritt Österreichs zur EU befördert. Österreich wurde 1995 Vollmitglied der Europäischen Union und unterzeichnete in der Folge auch das Grenzen relativierende „Schengener Abkommen“.¹⁰⁶⁴ Der Beitritt zur Europäischen Union hatte weitreichende Folgen in vielen Bereichen der Integrations- und Migrationspolitik – dieses Faktum betrifft allerdings nicht in spezifischer Weise Linz, sondern trifft auf Oberösterreich, auf alle anderen Bundesländer und auch gleichermaßen auf die Bundespolitik zu. In diesem Gesamtkontext konnten sich auch Selbsthilfe und selbsttätige Einbringung seitens der zugewanderten Bevölkerung teilweise entfalten, in manchen Fällen, wie dem Betriebswahlrecht oder der Notstandhilfe sollte dies allerdings sehr lange – mehr als zehn Jahre – dauern. Gesellschaftliche Spannungen traten auf lokaler Ebene nicht nur in der Inländer-Ausländerfrage zu Tage, sondern auch unter Zuwanderergruppen verschiedener Provenienz. Dies beinhaltete Familiendramen, physische Auseinandersetzungen in Gaststätten, Streit im Alltag bis hin zur politischen Bühne. Auch hier wurden Zuwanderer selbsttätig aktiv, artikulierten ihre Anliegen, zeigten ihre Emotionen: „Für die Nato-Aktionen gegen Jugoslawien und gegen die Massaker in ihrer Heimat demonstrierten Kosovo-Albaner in Linz.“¹⁰⁶⁵ Hunderte Kosovo-Albaner demonstrierten Anfang April 1999 in Linz und forderten weitere NATO-Bombardements gegen Serbien.¹⁰⁶⁶ Serbische Einwohner in Linz zeigten wiederum ihren Unmut in Kaffeehausgesprächen. Sie äußerten sich kritisch zu den Bombardements auf Belgrad und andere Regionen, die ohne UN-Mandat erfolgten und zivile Opfer zur Folge hatten. Für sie stellten die NATO-Angriffe eindeutig eine Aggression dar.¹⁰⁶⁷ Ähnlich verhielt es sich beim Konflikt zwischen Türken und Kurden in der Türkei: Da dabei Bomben gezündet wurden, Militäreinsätze geführt wurden und Menschen starben, war klar, dass Menschen, die nach Linz und Oberösterreich zugewandert sind, davon emotional nicht unbeeinflusst bleiben. Ähnlich verhielt es sich bei anderen ethnischen und nationalen Spannungsverhältnissen. Sie wirkten sich in gewisser Weise auch in Linz aus.¹⁰⁶⁸ Ausländischen Staatsangehörigen, auch sogenannten Drittstaats-Angehörigen ist politische Betätigung in Österreich nicht grundsätzlich untersagt, sondern erlaubt.¹⁰⁶⁹ Ebenso wie im Falle inländischer Staatsangehöriger sind in diesem Zusammenhang die österreichischen Gesetze einzuhalten.

Von Keynes zu neoliberal, Verdrängung und Rotation neu

Mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ gingen einschneidende Veränderungen auch in der österreichischen Gesellschaft einher. Dies betraf im Besonderen auch Linz und Oberösterreich. Die starke Migration der Jahre 1990 bis 1993 lief parallel zu einem Boom der Wirtschaft. Ab dem Jahr 1989 belebte eine „Sonderkonjunktur“ in der BRD, aber auch in anderen Nachbarstaaten die österreichische Wirtschaft. An sich lösten die deutsche Wiedervereinigung und die Auflösung der DDR die Sonderkonjunktur aus. Auch von Ungarn und der Tschechoslowakei gingen erhebliche Nachfrageeffekte aus.

Auf die Arbeitslosenrate wirkte sich die Konjunkturbelebung nicht reduzierend aus. Laut Roman Sandgruber wurde das Szenario durch den wachsenden Zustrom ausländischer Arbeitskräfte und Flüchtlinge verstärkt.¹⁰⁷⁰ Zudem wurde der Arbeitsmarkt der nun im Umbau befindlichen ehemals Verstaatlichten Industrie stärker für ausländische Arbeitskräfte geöffnet. Es kam auch in Linz und in ganz Oberösterreich zu einer stürmisch wachsenden Beschäftigung, verbunden mit einer gleichzeitig steigenden Arbeitslosigkeit. In der Zeit der Öffnung der Grenzen und der massiven Konjunktur kam es zu einer Entwicklung, die kaum perzipiert wurde: 29.098 sich illegal Aufhaltende bzw. illegal Beschäftigte wurden im Jahre 1990 amnestiert.¹⁰⁷¹ Demnach konnten gemäß § 32 AuslBG jedwede Beschäftigungsbewilligungen ohne Prüfung der Lage und der Entwicklung des Arbeitsmarkts erteilt werden. Es hatte somit laut Ingrid Nowotny, die die Arbeitsmarktlage der Jahre ab 1989 genau analysiert hatte, jeder Arbeitgeber bis 31. Oktober 1990 die Möglichkeit, eine illegal beschäftigte Arbeitskraft im Wege der Einholung einer Beschäftigungsbewilligung zu legalisieren.¹⁰⁷²

Der kräftige Wirtschaftsaufschwung mündete 1993 in eine Rezession, die international einen starken wirtschaftlichen Rückschlag mit sich brachte.¹⁰⁷³ Ab 1994 setzt Stephan Schulmeister einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik an, hin zu neoliberalen Paradigmen, zu einer neuen Spar- und Reformpolitik. Ein deutlicher Rückgang der Staatsausgaben und der Investitionen der öffentlichen Hand beeinflusste die Auftragslage.¹⁰⁷⁴ Von 1994/95 bis 1999 stagnierte im Wesentlichen die Ausländerbeschäftigung in ganz Österreich mit rund 300.000 Personen, die Stagnation erfasste auch Linz und Oberösterreich. Im März 1994 waren 12.601 bewilligungspflichtige ausländische Staatsbürger in Linz beschäftigt. Bei den unselbständig Beschäftigten ausländischer Herkunft dominierten Migranten aus dem südosteuropäischen und dem angrenzenden Raum. 55 Prozent der im März 1994 beschäftigten 12.601 bewilligungspflichtigen ausländischen Staatsbürger stammten aus dem ehemaligen Jugoslawien, gefolgt von 16,6 Prozent türkischen Staatsbürgern und kleineren Gruppen osteuropäischer Migranten.¹⁰⁷⁵

Die Öffnung der Grenzen, der Fall des sogenannten „Eisernen Vorhangs“ wirkte sich am Arbeitsmarkt in den ersten Jahren nicht mit einer deutlichen Zunahme osteuropäischer, aus den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten stammenden Arbeitskräften aus, sondern im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Konjunktur und guten Beschäftigungslage bis 1993/94 in einer Art „Mitnahmeeffekt“ für die traditionellen „Gastarbeiterländer“ Jugoslawien und Türkei.¹⁰⁷⁶ Der Zerfall Jugoslawiens verstärkte diese Entwicklung noch. Zahlen für Linz liegen in diesem Zusammenhang nicht vor, aber für das Bundesland Oberösterreich: Von Juli 1992 bis Februar 1996 wurden in Oberösterreich 10.517 Beschäftigungsbewilligungen für bosnische De-Facto-Flüchtlinge eingebracht. Die meisten Bosnier arbeiteten im Raum Linz, sodann in Wels.¹⁰⁷⁷ Viele im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch Jugoslawiens dann im Raum lebende Beschäftigte wurden nicht entsprechend ihrer Qualifikation eingesetzt.¹⁰⁷⁸ Im Jahr 1994 wurden also, wie bereits angeführt, 12.601 bewilligungspflichtige ausländische Staatsangehörige in Linz gezählt; die Zahl stagnierte, auch im Jahr 1999 wurden 12.556 bewilligungspflichtige ausländische Staatsangehörige am lokalen Arbeitsmarkt gezählt, im Jahr 2000 waren es

12.632, 2001 12.494 und 2002 12.202, in ganz Oberösterreich sank die Zahl dieser Kategorie von Arbeitskräften von 35.458 im Jahr 1999 auf 33.916.¹⁰⁷⁹ Es stieg hingegen die Zahl der nichtbewilligungspflichtigen ausländischen Beschäftigten von 5.428 (2000) auf 9.538 Personen (2002). Gleichzeitig wurde zu Beginn der 2000er Jahre die Beschäftigung von flexiblen, den Wünschen der Wirtschaft entsprechenden ausländischen Saisonarbeitskräften ausgeweitet.¹⁰⁸⁰ Die dadurch angescharfte kompetitive Situation am Arbeitsmarkt führte dazu, dass bereits länger ansässige ausländische Beschäftigte durch neu auf dem Arbeitsmarkt auftretende ausländische Staatsangehörige konkurrenziert wurden. Dies führte in Oberösterreich in den Jahren 2000 bis 2002 zu einer doppelt so hohen Arbeitslosenquote wie bei Inländern.¹⁰⁸¹

Die Situation war an sich nicht neu: Bereits zu Beginn der 1990er Jahre war es zu einem Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt gekommen, der sich bei jungen inländischen Beschäftigten in einer durchschnittlichen Verlängerung der Arbeitslosigkeit von – berechneten – fünf Tagen pro Jahr niederschlug, also ein geringes Ausmaß darstellte. Das Ergebnis einer Studie zeigte, dass kaum negative Effekte auf der Ebene des Lohnniveaus, nur geringe negative Effekte in Hinblick auf das Arbeitslosigkeitsrisiko feststellbar waren, zieht man das Segment jüngerer Arbeitskräfte bis 35 Jahre in Betracht. Beim Lohnwachstum war zwischen mobilen und immobilen inländischen Arbeitern zu unterscheiden: Personen, die wenig Mobilitätsbereitschaft zeigten, hatten gewisse Einbußen hinzunehmen, während die Mehrzahl der mobilen Personen sogar größere Lohnzuwächse erzielen konnte.¹⁰⁸² Für die bislang hier tätigen ausländischen Beschäftigten hatte die Neuzuwanderung Konsequenzen: Sie waren sehr wohl durch neu eingestellte ausländische Arbeitskräfte einem Verdrängungswettbewerb ausgesetzt.¹⁰⁸³ Auf diesem Weg ist auch die im März 1994 in Linz festgestellte hohe Arbeitslosenrate von 18 Prozent unter ausländischen Staatsangehörigen erreicht worden.¹⁰⁸⁴ Und auch in den Jahren 2000 bis 2002 war eine vermehrte Arbeitslosigkeit ausländischer Staatsangehöriger gemeldet worden. Eine Art neues „Gastarbeitersystem“, das an das „Rotationsystem“ erinnert, wurde eingerichtet: Die Ausweitung der Kontingente für Saisonarbeiter in bestimmten Branchen und die Forderung von Wirtschaftstreibenden nach ausländischen Fachkräften folgte erneut dem Muster: Bei Bedarf befristete Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten. Werden diese nicht mehr gebraucht, müssen sie wieder das Land verlassen. Sie werden damit als flexibel einsetzbare Arbeitsmarktreserve gesehen. Ausländische Fachkräfte hatten zudem den Vorteil, dass in ihre Ausbildung nicht investiert werden musste.¹⁰⁸⁵ Ab dem Jahr 2000 kam es erneut zu einer Ausweitung der Ausländerbeschäftigung in Österreich. In Linz waren 24 Prozent der ausländischen Beschäftigten im Jahr 2001 in der Bauwirtschaft beschäftigt (in Steyr waren es sogar 29 Prozent), 14 Prozent in der Sparte Unternehmensbezogene Dienstleistungen wie Reinigung oder Verpackung, 9 Prozent im Beherbergungs- und Gaststättenwesen, 7 Prozent im Großhandel, 6 Prozent in der Sparte Nahrungs- und Genussmittel.¹⁰⁸⁶ Die Unternehmerzeitschrift ÖGZ titelte etwa zu dieser Zeit „Steuersenkungen und Migranten nötig“.¹⁰⁸⁷

Josef Moser skizzierte die Arbeitgeberseite in diesem Zusammenhang folgendermaßen: „Ausländische Arbeitskräfte sind vergleichsweise flexibel, verursachen geringere Arbeits-

kosten und besitzen ein hohes Arbeitsethos. Unternehmen in spezifischen Branchen, wie die Bauwirtschaft, Gastronomie, Reinigung, Pflegebereich, Recycling, Landwirtschaft sowie in der Sachgüterproduktion greifen deshalb auf dieses Potential zurück. Darunter sind auch Branchen, die von inländischen Arbeitskräften oftmals eher gemieden werden, sei es auf Grund der geringen Entlohnung oder der besonderen Arbeitsbelastungen. Zudem spielen gerade ausländische Arbeitskräfte eine wichtige Rolle bei der (organisierten) Schwarzarbeit, weil sie oft darauf angewiesen sind. Auch Privathaushalte greifen darauf regelmäßig zurück.¹⁰⁸⁸ Ausländische Arbeitskräfte aus einer Reihe von Staaten gingen auf die ungünstigen Arbeits- und Lohnbedingungen ein, weil ihre Aufenthaltsbewilligung in vielen Fällen an eine Beschäftigung gebunden war. Ausländer waren einem höheren Arbeitslosigkeits- und einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt; zudem erhielten sie noch immer deutlich mehr Lohn als in ihren Heimatländern. Segregation im Stadtgebiet war eine Folge der neuen Zuwanderungsprozesse. Zuwandererviertel im Süden der Stadt standen und stehen nach wie vor Mittel- und Oberschichtquartiere etwa in Urfahr oder am Freinberg gegenüber, wo sich Arbeitsmigranten nur selten niederlassen (dazu später mehr).

Linz 1989 bis 2001 – eine wechselvolle Entwicklung im Spiegel der Statistik

In den Jahren 1991 und 2001 fanden die beiden bislang letzten Volkszählungen in Österreich statt, von Haus zu Haus und Wohnung zu Wohnung. Die Zählung 2011 war eine reine Registerzählung aufgrund der Angaben der elektronischen Aufzeichnungen der Ämter und Behörden und deren Berechnungen. Wichtige Kategorien wie Umgangssprache(n) und Religion werden nun in der aktuellen amtlichen Statistik nicht mehr erhoben. Die Veränderungen im Zuge der Volkszählungen von 1981, 1991 und 2001 spiegeln im Wesentlichen die großen Trends wider. Infolge der weiteren Europäisierung, der Internationalisierung sowie der Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft setzte sich die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger in den oberösterreichischen Zentralraum, der zu den besonders dynamischen Wirtschaftsstandorten in ganz Mitteleuropa zählt, fort. Nach wie vor pendelten zehntausende inländische Arbeitnehmer nach Linz ein. Die Möglichkeit, ein eigenes Haus oder günstigere Wohnbedingungen außerhalb des Stadtgebiets von Linz zu finden, führten zu einer fortlaufenden Abwanderung von Bevölkerungsteilen aus Linz in das Umland. Verbunden mit einem merkbaren Geburtendefizit führte dies zu einem deutlichen Bevölkerungsrückgang der inländischen Bevölkerung im eigentlichen Stadtgebiet. Die Landeshauptstadt verlor laut Volkszählung 2001 rund 24.000 Inländer und Inländerinnen im Vergleich zu 1991, rund 13 Prozent der Wohnbevölkerung österreichischer Staatsangehörigkeit. Die Herkunft der Bevölkerung war nun stärker durch Vielfalt gekennzeichnet, die außereuropäische Zuwanderung, auch jene aus afrikanischen und asiatischen Ländern, hatte zugenommen.¹⁰⁸⁹

Tabelle 18: Wohnbevölkerung nach Staatsbürgerschaft, Linz 2001, Veränderungen 1991–2001 (ausgewählte Länder)

Staatsangehörigkeit	Volkszählung 2001		Volkszählung 1991	Veränderung 1991-2001	
	absolut	Prozent	absolut	absolut	Prozent
Einwohner ges.	183.504	100,0 %	203.044	-19.540	-9,6 %
Österreich	161.378	87,9 %	185.274	-23.896	-12,9 %
Ausland ges.	22.126	12,1 %	17.770	4.356	24,5 %
davon (Ausland ges. = 100 %)					
Deutschland	1.184	5,4 %	1.417	-233	-16,4 %
ehem. Jugoslawien	11.829	53,5 %	7.100	3.068	76,1 %
Türkei	3.088	14,0 %	2.203	885	40,2 %
Tschechien, Slowakei	479	2,2 %	2.407	-1.928	-403,3 %
restliches Europa	2.715	12,3 %	2.580	135	5,0 %
außerhalb Europas	2.831	12,8 %	2.063	768	37,2 %

Quelle: Linz. Fakten, Bilder, Grafiken, URL: http://www.linz.at/zahlen/JBArchiv/CD-ROM_LINZ_2003.pdf; Volkszählung 2001. Oberösterreich, 140 f; Volkszählung 1991. Oberösterreich, 50.

Laut Volkszählung hatte der Zuwachs der ausländischen Bevölkerung in Linz von 1991 bis 2011 rund 4.400 Personen betragen (wobei die Frage der Einbürgerungen an dieser Stelle noch nicht erörtert werden soll). Durch die starke Abnahme der Gesamtbevölkerungszahl in Linz war der Prozentsatz der ausländischen Staatsangehörigen allerdings von 8,8 auf 12,1 Prozent gestiegen. Insgesamt waren 32.946 Personen, 18,0 Prozent der Stadtbevölkerung, im Ausland geboren.¹⁰⁹⁰ Von jenen, die im Ausland geboren waren – eine Erhebung des „migrantischen Hintergrunds“ gab es damals noch nicht – stammten, bezogen auf die gesamte Einwohnerschaft von Linz, 3,6 Prozent aus Bosnien-Herzegowina, 2,3 Prozent aus Serbien-Montenegro, 1,7 Prozent aus Deutschland, je 1,6 Prozent aus der Tschechischen Republik und der Türkei, 1,0 Prozent aus Rumänien und 2,9 Prozent großteils aus Staaten außerhalb Europas, aus Asien und Afrika. Es lebten außerdem 125 in den USA geborene Personen, das sind 0,1 Prozent der Bevölkerung, in Linz.¹⁰⁹¹ Die Mitgliedschaft bei der Europäischen Union zeigte in Hinblick auf die Zuwanderung nach Linz und Oberösterreich noch vergleichsweise wenig Wirkung, sieht man von der steigenden Zahl bundesdeutscher Arbeitsmigranten ab. Gleichzeitig machte die Erhebung der Umgangssprache deutlich, dass damals 15,6 Prozent der Stadtbevölkerung eine andere Sprache als Deutsch als Umgangssprache angegeben hatten, wobei die Angabe von Kombinationen möglich gewesen war. Es hatten 6,7 Prozent der Stadtbevölkerung Bosnisch, Kroatisch oder Serbisch angegeben, insgesamt 12.251 Personen, und 4.097 Türkisch, das sind 2,2 Prozent. Rund 1 Prozent hatten je Englisch und Albanisch als Umgangssprache bezeichnet, 0,7 Prozent Ungarisch. Es hatten ferner

0,4 Prozent oder 687 Personen Tschechisch angegeben – die geringe Zahl verglichen mit dem Geburtsland Tschechien (3.021 Personen), weist auf mehr als 2.000 gebürtige „Sudetendeutsche“ erster Generation hin, die damals ebenfalls in Linz lebten.¹⁰⁹²

Die Erhebung der Religion zeigte 2001, dass sich in Linz im Laufe eines Jahrzehnts eine Entwicklung vollzog, die eine Abnahme der Anhänger der römisch-katholischen Religion beinhaltete, eine Zunahme der Religionslosen, der Gruppe „Ohne Bekenntnis“, sowie eine Zunahme der Einwohner mit islamischer Religion. Die beiden Zählungen sind bedingt miteinander vergleichbar, man kann jedoch annehmen, dass der Anteil der Mitglieder orthodoxer Religionen wenn nicht leicht abgenommen, so in etwa stagniert hatte. Ohne Zweifel hat sich von 1991 bis 2001 die Pluralität der Glaubensgemeinschaften bzw. jener Religionen mit einer gewissen Anhängerschaft erhöht. Tendenziell dürfte dies auch auf die Zeit 2001 bis in die Gegenwart zutreffen, eine amtliche Erhebung des Religionsbekenntnisses findet allerdings nicht mehr statt. Heute sind in Österreich 16 Religionsgemeinschaften als solche gesetzlich anerkannt.¹⁰⁹³

Die Gruppe, die bis zur Volkszählung 2001 am stärksten gewachsen war, sowohl absolut als auch prozentuell, war jene der moslemischen Religionsangehörigen. Michael Muhammad Hanel war von 1998 bis 2001 Vorsitzender der islamischen Religionsgemeinschaft in Oberösterreich, die über eine Reihe von Gebetshäusern verfügte und verfügt.¹⁰⁹⁴ Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass 1992 in Linz 59 Prozent der Befragten einen moslemischen Mitbürger als Nachbarn ablehnten, 37 Prozent der Befragten im Neustadtviertel stimmten überdies dem Item zu: „Der Zustrom aus islamischen Ländern bedroht unsere Kultur.“¹⁰⁹⁵ Der aus Linz stammende konvertierte Muslim Michael Muhammad Hanel bemühte sich stets um eine Kommunikation nach außen, zu Medien, zur christlichen Gemeinschaft. Diese Vorgangsweise bildet einen „roten Faden“ bis heute. Das Ziel war es, Vorurteile abzubauen. Dies erschien insbesondere nach den Anschlägen des 11. September 2001 in New York und Washington D.C. als dringliche Aufgabe. Die Anschläge führten zum Tod von etwa 3.000 Menschen, rund 6.000 Personen wurden verletzt, es handelt sich dabei um einen terroristischen Massenmord. Die Täter waren muslimische Selbstmordattentäter, die politisch und religiös motiviert waren. „9/11“ hat das Verhältnis zwischen den USA, anderen westlich orientierten Gesellschaften wie Österreich oder Deutschland und der muslimischen Welt deutlich belastet.¹⁰⁹⁶ Dies führte neben anderen Faktoren zu einem Meinungsklima, in dem der Begriff „Angst vor dem Islam“ politisch und gesellschaftlich gezielt eingesetzt wurde. In der islamischen Glaubensgemeinschaft fungiert heute der aus der Türkei stammende Murat Baser als Präsident. Die Gemeinschaft vertritt in erster Linie österreichische, türkische, albanische und bosnische Gläubige und sie distanziert sich von jedwedem Terror ebenso wie sie sich der Verständigung verpflichtet fühlt.¹⁰⁹⁷ Die dem „Islam“ zuzurechnenden Menschen stellen weder in Linz, Oberösterreich oder Österreich eine homogene Gruppe dar: Man unterscheidet Aleviten, Schiiten, Sunniten und weitere Gemeinschaften wie etwa die mystikorientierten Sufisten oder die einer gegensätzlichen, fundamentalistischen Strömung zuzurechnenden Salafisten.¹⁰⁹⁸

Tabelle 19: Wohnbevölkerung nach Religionsbekenntnis, Linz 1991 und 2001

Religion*	Volkszählung 2001		Volkszählung 1991	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Einwohner ges.	183.504	100,0 %	203.044	100,0 %
Röm.-katholisch	111.808	60,9 %	133.503	65,8 %
Evangelisch	8.036	4,4%	9.340	4,6 %
Orthodox	4.688	2,5 %		
Andere christl. Kirchen	2.532	1,4 %		
Islamisch	12.233	6,7 %	4.404	2,0 %
Israelitisch (jüdisch)	77		44	
Andere Gemeinschaften	759	0,4 %		
Konfessionslos	39.659	21,6 %	34.273	16,9%
Sonstige Religionen			6.327	3,1 %

* Rest auf die Gesamtheit durch Unbekannt, ohne Angabe, nicht anerkannt etc.

Quelle: Linz. Fakten, Bilder, Grafiken. CD ROM 2003, Bevölkerung, Volkszählung 2001, Linz, Religion, URL: http://www.linz.at/zahlen/JBArchiv/CD-ROM_LINZ_2003.pdf; Volkszählung 1991, Oberösterreich, 57.

Von einer größeren zu einer der kleinen Religionsgemeinschaft: der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG). Die Zahl der konstant in Linz lebenden jüdischen Gemeindemitglieder ist sehr klein, woraus sich diverse Probleme ergeben, auch im religiösen Bereich. Die IKG Linz ist ebenso wie die meisten österreichischen Gemeinden orthodox, die Gebete werden in hebräischer Sprache gesprochen; eine Mindestzahl von zehn erwachsenen jüdischen Männern ist erforderlich, um eine Betgemeinde zu bilden (Minjan = Zahl oder Zählung). Rein aus demographischen Gründen ist längerfristig eine funktionsfähige Gemeinde ohne Zuwanderung kaum denkbar. Durch die geringe Größe der Gemeinde sind jedoch automatisch persönlicher Kontakt und jahrelange Bekanntschaft gegeben; dem entsprach und entspricht die jahrzehntelange Kontinuität in der Führung der Gemeinde. Wilhelm Schwager wurde bereits erwähnt, er war in den frühen 1950er Jahren bereits Geschäftsführer der Kultusgemeinde gewesen, von 1957 bis zu seinem Tod im Jahre 1979 hatte man ihn durchgängig zum Präsidenten gewählt. Bis 1965 war Simon Wiesenthal Vizepräsident bzw. geschäftsführender Vizepräsident. 1968 wurde in Linz eine architektonisch bemerkenswerte neue Synagoge fertig gestellt.¹⁰⁹⁹ Das Finanzierungskonzept erstellte George Wozasek; 1969 wurde er zum Vizepräsidenten der Kultusgemeinde gewählt. Er bekleidete diese Funktion bis 1979. Im Jahre 1976 wurde erstmals Anna Altmann, die als DP aus Rumänien nach Linz gekommen war, in den

Vorstand der Kultusgemeinde gewählt. Mitglied des Vorstands ist seit einiger Zeit auch die österreichische Schriftstellerin Waltraud Anna Mitgutsch, die in Linz lebt.¹¹⁰⁰ Von 1980 bis 2013 war George Wozasek Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Anna Altmann fungierte lange Jahre als Vizepräsidentin.

Die Kultusgemeinde Linz bemüht sich jedenfalls seit Jahrzehnten um den Abbau von Vorurteilen, im Speziellen um den christlich-jüdischen Dialog und darüber hinaus um den Dialog mit allen Religionen und die Verbreitung größerer Toleranz im religiösen Bereich. Dazu dienen regelmäßige Besuche von Schulklassen ebenso wie Vorträge und öffentliche Diskussionen. Um nur eine Aktivität zu nennen: Die Israelitische Kultusgemeinde Linz lud gemeinsam mit dem Forum St. Severin im Mai 2001 zur Begegnung in die Synagoge ein. Der katholische Theologe Günter Rombold und der Wiener Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg führten in die Geschichte des Bilderverbots in Religionen ein. Dabei wurden Bilderstürme bis hin zur jüngsten Zerstörung von Buddha-Statuen in Afghanistan erörtert. Auch der Bischof der römisch-katholischen Kirche Maximilian Aichern und Superintendent Hansjörg Eichmeyer seitens der protestantischen Kirche nahmen an der Begegnung teil.¹¹⁰¹ Der christlich-jüdische Dialog wurde vom IKG-Präsidenten Wozasek stets betont ebenso wie die Wertschätzung durch das Land Oberösterreich und die Stadt Linz, die beide gleichermaßen die Kultusgemeinde unterstützten.¹¹⁰² Im Jahre 2010 war die Renovierung des Gemeindehauses der IKG, in dem auch ein Gedenkbereich eingerichtet worden war, abgeschlossen worden.¹¹⁰³

Ungeachtet der Kleinheit der Gemeinde wirkt sich ein Phänomen, das Matti Bunzl „New Jewish Visibility“ genannt hat,¹¹⁰⁴ auch in Linz aus. Auch in Oberösterreich hat sich die Sensibilität der Gesellschaft für die kleine jüdische Minderheit erhöht, das gesellschaftliche Interesse ist seit den 1980er Jahren sicherlich gestiegen. Dies zeigt sich nicht nur in wissenschaftlichen Arbeiten, sondern auch an Volksbildungsveranstaltungen, Lehrerfortbildungen, Ausstellungen wie die gut besuchte Anne Frank Ausstellung im Jahr 1997, die auch von der Kultusgemeinde unterstützt und mitgetragen wurde, oder an etlichen Schülerprojekten. (So wurde beispielsweise im Februar 2002 ein Ausstellungsprojekt eines Gymnasiums „Jüdische Körnerschülerinnen“ vor hunderten Besuchern eröffnet; die Kultusgemeinde hat neben anderen das Projekt unterstützt. Zur Eröffnung kam der 1937 in Linz geborene Sohn von Karl Schwager, der Enkel Benedikt Schwagers, Micha Shagrir, aus Israel nach Linz).¹¹⁰⁵ Kooperation und Dialog sind auch der neuen Präsidentin Charlotte Herman, die in Linz aufgewachsen ist, wichtig: Die „Synagogentür ist weit offen“, hält sie fest. Dr. Herman nahm auch wiederholt am ökumenischen „Runden Tisch“ der Diözese Linz teil, an dem dialogische Gespräche zwischen Judentum, Christentum und Islam stattfinden.¹¹⁰⁶

Der langjährige Präsident Wozasek nahm in seiner Amtszeit auch mehrfach gesellschaftspolitisch Stellung.¹¹⁰⁷ In Hinblick auf das rituelle Schächten, eine spezifische Art des Schlachtens von Tieren, ergaben sich Kontroversen. Die regionale Parteiorganisation der Freiheitlichen Partei Österreichs forderte 2001 vehement ein Schächtverbot nicht nur in Oberösterreich, wo es auch in die Landesverfassung eingebracht worden war, sondern für ganz Österreich.¹¹⁰⁸ Laut Wozasek „rührt dies bereits an den Grundfesten der

Religionsfreiheit“ und sei daher zurückzuweisen. Wozasek hielt auch fest, dass die moslemische Minderheit in Oberösterreich von der Kampagne besonders betroffen sei und bekundete in dieser Hinsicht seine Solidarität. Darüber hinaus gäben auch die jüngsten Auseinandersetzungen um den Abriss einer Moschee in Traun Anlass zu Befürchtungen hinsichtlich einer hinreichenden Toleranz im Sinne der rechtlich verankerten Religionsfreiheit, einer multikulturellen Gesellschaft entsprächen sie jedenfalls nicht.¹¹⁰⁹ 2001 gehörten laut der Volkszählung mit dem Wohnort Linz 77 Personen (0,04 Prozent) der israelitischen (jüdischen) Glaubensgemeinschaft an, 216 Personen wohnten insgesamt in Oberösterreich und gaben ein mosaisches Bekenntnis an, lediglich 45 waren auch direkt bei der Kultusgemeinde Linz, die ganz Oberösterreich umfasst, gemeldet.¹¹¹⁰ Nach der Katastrophe des Nationalsozialismus, der Verfolgung, Vertreibung, Flucht oder Ermordung der österreichischen Juden, konnte die Linzer jüdische Gemeinde die ohnedies bescheidene frühere Größe zwischen 500 und nahezu 1.000 Mitgliedern nicht mehr erreichen. Auch auf Grund der historischen Erfahrungen gibt es Juden und Jüdinnen in Oberösterreich, die sich nicht registrieren ließen (Volkszählungen und/oder Kultusgemeinden) und anonym blieben.

Österreichweit zeigt sich über die 1990er Jahre eine stete Abnahme der römisch-katholischen Religion, eine Zunahme der islamischen Bekenntnisse, eine Zunahme der Konfessionslosen und eine Zunahme der spirituellen und religiösen Pluralität. Der bis heute anhaltende Trend ging in Richtung Individualisierung und Privatisierung der Religion. Wien war die erste Landeshauptstadt, in der bei der Volkszählung eine Mehrheit der Bevölkerung kein römisch-katholisches Glaubensbekenntnis aufwies. Säkularisierung und Zuwanderung führten zu einer Fortführung dieses Trends bis zur Registerzählung 2011 und darüber hinaus. In der Gegenwart ist eine exakte Feststellung der Religionszugehörigkeiten nicht mehr möglich. Qualifizierte Schätzungen zeigen, dass der Anteil der Katholiken weiter gesunken, jener der Muslime und Konfessionslosen weiter angestiegen ist (41,3 Prozent römisch-katholisch, 30 Prozent konfessionslos, 12 Prozent muslimisch, 8 Prozent christlich-orthodox, 4 Prozent protestantisch, 0,5 Prozent jüdisch).¹¹¹¹ In Linz kann von einer ähnlichen Entwicklung ausgegangen werden, jedenfalls auch von einem Anstieg der Personen ohne Glaubensbekenntnis und einem Anstieg islamischer Bekenntnisse.

Ein gesamtösterreichischer Vergleich aller Landeshauptstädte und der Stadt Wels als wichtiger mit Linz hinsichtlich der Migrationsbewegungen korrespondierender Stadt zeigt, dass zum Zeitpunkt der Volkszählung 2001 Linz in Bezug auf die ausgewiesenen Daten im oberen Mittelfeld der österreichischen Städte lag, die zweitgrößte oberösterreichische Stadt Wels hingegen im Spitzenfeld. Einen relativ hohen Wert wies Linz hinsichtlich der Umgangssprache („nicht-deutsch“) aus, ebenso wie die Dominanz eines Religionsbekenntnisses („römisch-katholisch“) in Linz relativ schwach ausgeprägt war. Dies weist auf eine gewisse ethnisch-kulturell-religiöse Pluralität hin. Als Folge der Suburbanisierung, der Abwanderung junger Familien aus Linz, ist zu deuten, dass Linz ungeachtet der starken Zuwanderung ausländischer Migranten 1989 bis 2001 eine spezifische Struktur aufwies: Das Alterssegment der 0 bis 19-Jährigen lag mit 19 Prozent

am unteren Ende der Skala; unter diesen waren Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund disproportional repräsentiert. Demgegenüber zeigte sich, dass Wels mit Abstand als die „jüngste“ Stadt angesehen werden konnte (siehe Tabelle 20).

Tabelle 20: Die Landeshauptstädte Österreichs (inkl. Wels), 2001
Zuwanderung, Umgangssprache, Religionsbekenntnis

	Einwohner gesamt	Ausländer in %	Umgangs- sprache dt. in %	Umgangs- sprache nicht-dt. in %	Religion röm.-kath. in %	Religion nicht röm.-kath in %	Alter 0-19 in %
Wien	1.550.123	16	75,3	24,7	49,2	50,8	19,6
Graz	226.244	9,5	88,3	11,7	65,4	34,6	18,8
Linz	183.504	12,1	84,4	15,6	60,9	39,1	19,0
Salzburg	142.662	18,8	80,7	19,3	55,5	44,5	18,8
Innsbruck	113.392	13,2	85,8	14,2	67,1	32,9	19,0
Klagenfurt	90.141	8,2	89,4	10,6	68,8	31,2	20,6
Wels	56.478	15,9	79,6	20,4	62,8	37,2	23,1
St.Pölten	49.121	8,9	88,2	11,8	67,9	32,1	20,2
Bregenz	26.752	17,9	79,4	20,6	65,5	34,5	22,4
Eisenstadt	11.334	6,6	87,9	12,1	83,8	16,2	21,4

Quelle: Volkszählung 2001, Österreich;

Volkszählung 2001, Oberösterreich, 30 f., 86 f., 119 f., 142 f.

Die Stadt Linz wies nach der Volkszählung 2001 eine Einwohnerzahl von 183.504 Personen auf. Sieht man sich die Agglomeration, den Ballungsraum Linz unter Einbeziehung der 13 angrenzenden Nachbargemeinden an, so wurden 289.107 Personen ausgewiesen. Nochmals größer ist die Stadtregion Linz. Nach der Definition von Statistik Austria bildet sich eine Stadtregion einerseits aus einem dicht besiedelten Gebiet, dem Agglomerationsraum, mit einer entsprechend großen Zahl an Einwohnern und Beschäftigten und andererseits aus einer Außenzone mit einem hohen Pendleranteil in diesen Agglomerationsraum. In Österreich sind auf der Grundlage dieser Definition 33 Stadtregionen festzumachen. Der größten Stadtregion Wien mit 2.140.563 Einwohnern und Einwohnerinnen folgte laut Volkszählung 2001 Linz mit 437.187 Personen nach sowie Graz mit 429.388 Personen.¹¹¹² Von 89.294 Einpendlern nach Linz stammten 24.593 (27,5 Prozent) aus den 13 Nachbargemeinden. Insgesamt kamen 41.489 Pendler, das sind rund 46,5 Prozent, aus den vier Bezirken des Mühlviertels und weitere 23.403 oder 23,2 Prozent aus dem Bezirk Linz-Land. 21,7 Prozent pendelten aus den restli-

chen Bezirken Oberösterreichs zu, 8,6 Prozent aus anderen Bundesländern, in erster Linie aus Niederösterreich.¹¹¹³ Pendler zu sein, sagt in der Gegenwart noch wenig über die ethnische Herkunft aus. Auch bei Zuwanderern ist mittlerweile das Phänomen der Suburbanisierung wahrzunehmen, ebenso wie es einen Pendleranteil gibt. In der zur Agglomeration gehörigen und durch hohen Pendleranteil charakterisierten Gemeinde Traun lebten beispielsweise 2001 rund 15,3 Prozent Einwohner mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit, 25,2 Prozent hatten ihren Geburtsort im Ausland. In Ansfelden waren es 11,2 respektive 19,3 Prozent. In diesen beiden Vororten hatten 16,5 respektive 21,5 Prozent eine andere Umgangssprache als Deutsch angegeben.¹¹¹⁴

Das höhere Arbeitslosigkeitsrisiko, die Armutgefährdung, das geringe Einkommen ebenso wie die Herausbildung ethnischer Netzwerke führte zur Ansiedlung vieler Zuwanderer in bestimmten, preisgünstigen Lagen der Stadt. Aus der in der Folge abgebildeten Bezirksstatistik (36 statistische Bezirke, Linz) geht eindeutig ein Nord-Süd- und Ost-West-Gefälle im Raum Linz hervor. Migranten aus Südosteuropa und der Türkei konzentrierten sich eindeutig im Süden der Stadt, wenngleich nicht gleichförmig, sondern mit unterschiedlichen Präferenzen: Bosnische Staatsangehörige waren besonders häufig in Schörgenhub, Kleinmünchen und Ebelsberg zu finden, serbische Zuwanderer mit Abstand im Franckviertel, türkische Migranten wiederum im Neustadtviertel und im Makartviertel. In Urfahr hingegen ist der Zuwandereranteil in einzelnen Zählbezirken sehr gering: Im Zählbezirk Pöstlingberg lebten zwar 1.471 Österreicher, aber nur fünf Bosnier, acht Türken und ein Serbe (ein ähnliches Profil findet sich auch im Zählbezirk Freinberg im Westen der Stadt, jenseits der Donau). Schließlich waren im großen Bezirk St. Magdalena 6.702 Österreicher registriert sowie 33 Personen mit bosnischer Staatsangehörigkeit, 23 mit serbischer und acht mit türkischer Staatsbürgerschaft (siehe Tabelle 21). Seitens der sogenannten Drittstaatsangehörigen (in der Statistik „übrige“) – mit Ausnahme der separiert angeführten bosnischen, serbischen und türkischen Staatsangehörigen – lebten die meisten im Bezirk St. Peter, wo sich zum Zählungszeitpunkt das Flüchtlingsheim Lunzerstraße befand und – als Ausnahme – in Urfahr, im Bezirk Katzbach. Dies ist auf Studierende und Lehrende der Universität Linz zurückzuführen. Manche sozialräumliche Prägung ist überdies der Meldestatistik allein nicht zu entnehmen. So hinterlassen ohne Zweifel auch jene damals rund 1.000 Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Stadtteil Auhof und anderswo ihre Spuren – die Zahl der Studierenden mit Migrationshintergrund war zweifellos noch deutlich höher –, die am Universitätsstandort Linz inskribiert sind, ohne dass dies statistisch einen besonderen Niederschlag in diesem Zählungssprengel mit sich brachte; für die meisten aus dieser Gruppe stellt Linz de jure nicht den Hauptwohnsitz dar, obwohl sie sich die meiste Zeit hier befinden. 70 bis 80 Prozent der Studierenden stammten aus Oberösterreich, viele pendelten zum Universitätsstandort.¹¹¹⁵

Tabelle 21: Volkszählung 2001, Linz, Staatsangehörigkeit nach Zählbezirken

Volkszählung 2001

Statistische Bezirke	ausgewählte Staatsangehörigkeiten								
	Öster- reich	Bosnien- Herzeg.	Serbien- Monten.	Türkei	Kroatien	Deuts- land	Maze- donien	Rumä- nien	übrige
1 Altstadtviertel	2176	54	78	71	33	49	2	8	137
2 Rathausviertel	4892	134	105	139	102	62	33	25	285
3 Kaplanhofviertel	5131	182	139	77	51	24	35	23	168
4 Neustadtviertel	4602	186	136	361	101	50	52	19	190
5 Volksgartenviertel	4908	142	132	120	66	66	12	17	267
6 Römerberg-Marg.	2177	35	50	48	31	35	26	9	98
7 Freinberg	549	1	3	—	—	10	—	3	15
8 Froschberg	7381	103	81	99	65	43	14	10	124
9 Keferfeld	6813	134	104	66	58	43	5	14	104
10 Bindermichl	7189	87	45	10	51	35	15	16	110
11 Spallerhof	4480	71	32	6	40	28	2	7	82
12 Wankmüllerhofv.	3475	57	50	114	36	34	19	9	68
13 A.-Hofer-Pl.-Viertel	3979	287	153	244	90	43	39	37	221
14 Makartviertel	4100	323	245	349	94	28	53	19	195
15 Franckviertel	7014	423	627	287	205	38	23	31	196
16 Hafenviertel	1222	73	95	36	11	8	4	11	39
17 St. Peter	244	65	121	12	10	4	53	8	485
18 Neue Welt	2158	140	143	157	51	11	19	28	114
19 Scharlinz	3127	144	49	47	51	25	16	18	95
20 Bergern	3568	190	59	38	38	21	7	52	95
21 Neue Heimat	5102	287	131	39	81	22	11	15	74
22 Wegscheid	3486	292	79	74	84	14	10	23	197
23 Schörgenhub	11646	580	270	161	214	32	70	59	294
24 Kleinmünchen	5577	569	130	157	219	92	19	57	217
25 Ebelsberg	12731	450	121	92	228	76	19	48	351
26 Alt-Urfahr	3869	94	120	144	35	56	84	15	298
27 Heilham	3481	23	15	19	9	17	4	4	50
28 Hartmayrsiedlung	3671	60	48	21	9	11	9	1	41
29 Harbachsiedlung	4054	20	13	12	11	16	3	4	55
30 Karlhofsiedlung	2706	27	11	18	12	13	—	—	47
31 Auberg	4268	50	47	24	53	26	3	8	103
32 Pöstlingberg	1471	5	1	8	—	21	—	1	25
33 Bachl-Gründberg	3188	31	5	13	1	36	—	1	78
34 St. Magdalena	6702	33	23	8	29	16	1	14	117
35 Katzbach	9064	40	30	16	10	69	7	14	418
36 Elmberg	1177	1	6	1	6	10	1	—	28
LINZ GESAMT	161378	5393	3497	3088	2185	1184	670	628	5481

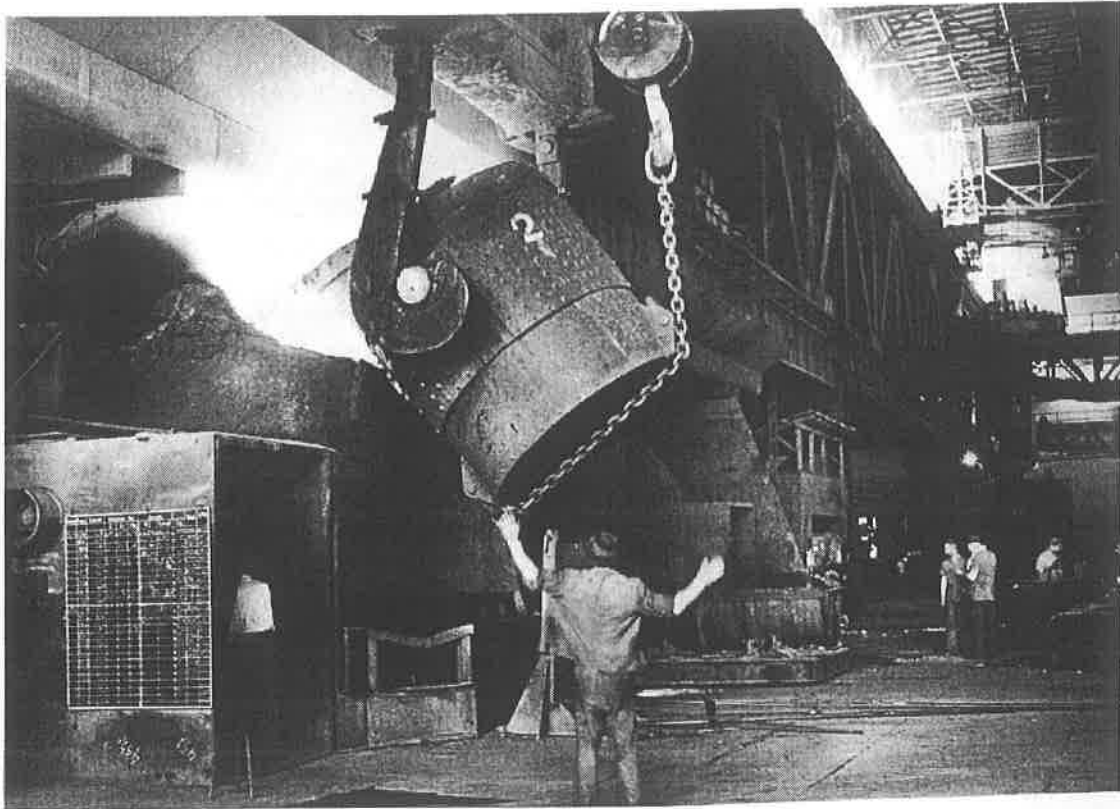
Stand der Daten: 15. 5. 2001

Quelle: Volkszählung 2001, Bezirksergebnisse,

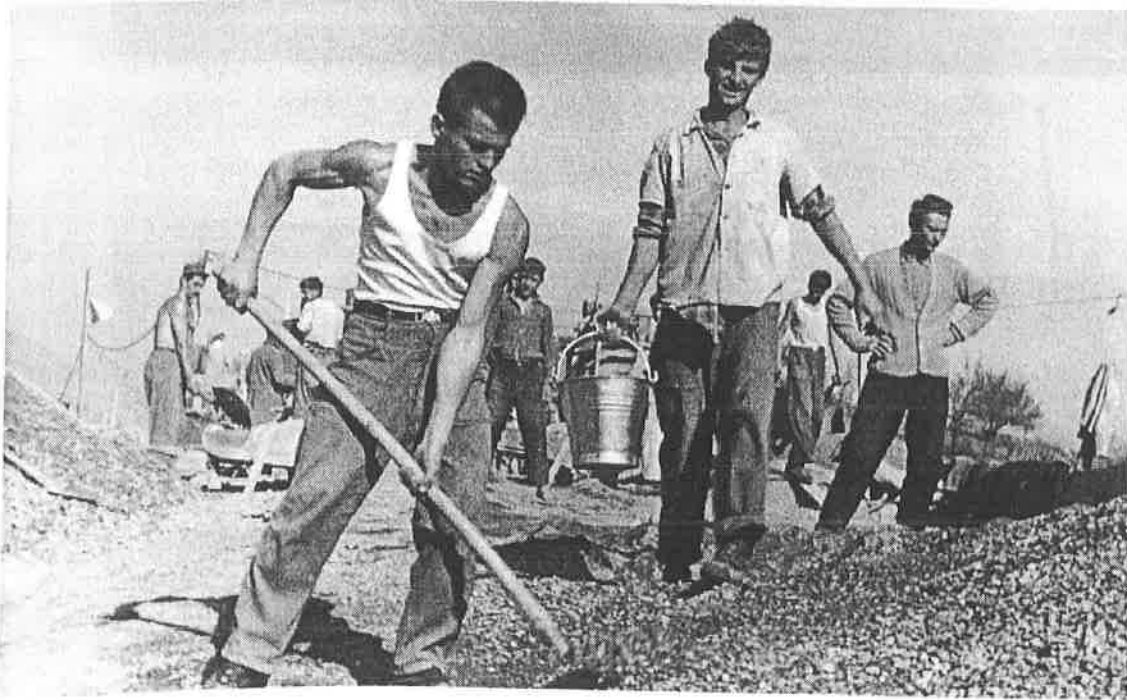
URL: http://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/085_Volkszaehlung/c508.pdf.

Gegenüber 1982 war der Segregationsindex Inländer-Ausländer, der die Unterschiedlichkeit der Ansiedlung misst, an sich von 31,7 auf 26,0 gesunken.¹¹⁶ Sieht man sich

jedoch einzelne Gruppierungen an, so wurde der genannte Wert mehrfach überschritten. Personen mit bosnisch-herzegowinischer Staatsbürgerschaft segregierten sich etwa mit einem Index von 31,8. Dies bedeutet, dass 31,8 Prozent der Bosnier ihren Wohnbezirk verlassen müssten, umziehen müssten, um genauso im Stadtgebiet verteilt zu sein wie Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.¹¹¹⁷ Der Segregations- bzw. der Dissimilaritätsindex kann einen Wert zwischen Null und Hundert annehmen. Null würde bedeuten, daß zwei Gruppen gleichmäßig verteilt wohnen, der Wert von 100 hingegen, dass beide Gruppen völlig getrennt voneinander leben. Der Gesamtindex von 26,0 zwischen Personen österreichischer und nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft in Linz im Jahre 2001 entsprach in etwa jenem der tschechischen Arbeiter der Jahrhundertwende in Wien (23,8) oder der „Gastarbeiter“ in Wien zu Beginn der 1980er Jahre (23,1). Einzelne Gruppen wie die bereits erwähnten bosnischen Staatsangehörigen segregierten sich in Linz stärker (31,8), die Staatsangehörigen aus Serbien-Montenegro (damals „Rest-Jugoslawien“) mit einem Index von 33,8, bei Einwohnern mit türkischer Staatsangehörigkeit wurde ein Wert von 41,3 errechnet. Dieser vergleichsweise hohe Wert liegt in etwa bei jenem der jüdischen Minderheit des Jahres 1900 in Wien.¹¹¹⁸ Dass „Ausländer“ nicht gleich „Ausländer“ ist, zeigt sich am Vergleich der Siedlungsmuster von EU-Ausländern (EU-Staatsangehörige vor der Osterweiterung, vornehmlich aus der BRD), die gerne in Urfahr und der Innenstadt wohnten, und den türkischen Zuwanderern: Hier wurde mit einem Dissimilaritätsindex von 50,5 ein Spitzenwert erreicht. Dass es in Linz kein „muslimisches Ghetto“ gab, zeigte der Index Katholiken-Muslime an, der bei 31,4 liegt, nicht niedrig, aber kein Hinweis auf Ghettoisierung.¹¹¹⁹ Die insgesamt geringere Inländer-Ausländer-Segregation im Sinne eines Gesamtwerts gegenüber den 1980er Jahren war auf die gewachsene Zahl von EU/EWR-Staatsbürgern zurückzuführen, die sich ähnlich wie österreichische Staatsangehörige im Stadtgebiet ansiedelten bzw. auch in besseren Lagen anzutreffen waren, ferner auf die gestiegene Pluralität der Zuwanderungsmuster, die einer Ghettoisierung entgegenwirkten, und auf die teilweise räumliche Integration von Personen mit migrantischem Hintergrund.



Nahzuwanderer und Pendler prägten den Wirtschaftsalltag der Stadt in den 1950er und 1960er Jahren, zum Teil ist dies bis heute der Fall.



Infolge der Anwerbeabkommen mit der Türkei (1964) und mit Jugoslawien (1966) nahm die Arbeitsmigration nach Österreich stark zu. Die Arbeitskräfte wurden gezielt angeworben und in erster Linie bei besonders anstrengenden manuellen Arbeiten eingesetzt.



Bereits in den 1970er Jahren setzte ein Nachzug von Frauen und etwas später auch von Kindern ein. Oben: Arbeitspartie von Reinigungskräften aus Jugoslawien; unten: Gemeinsames Ausgehen, Mitte der 1970er Jahre.



Hausherr angeklagt: Kassiert von Gastarbeitern pro Bett 500 S

LINZ/FRAUN (FOH) (2). Welche ungefähre Bilanz die Verhältnisse von Untertanen im Gastarbeiterland sind in Oberösterreich, zeigt gar kein Zweifel. In einem Haus in Linz auf dem Gelände eines Privat- und Hotelbetriebs, in dem ein Gastarbeiter wohnt, ist heute ein junger Ehepaar mit zwei Kindern. Als Rückmeldung erhielt die Frau eine Verfügung, pro Bett ist eine Mietegebühr von 500 Schilling zu bezahlen.

Der bei Gericht den Antrag auf Veränderung des Mietvertrages gestellt. „Der Miete 1973, die zum Ende der Saison, vertrieben sie sich über einen Jahr ausschließlich an ausländische Gastarbeiter. Dieser Miete ist insgesamt zwei Monate zu zahlen. Die Miete wird über ein Konto, dessen 1000 Schilling im Monat vom Gastarbeiter bezahlt werden. In der ersten Hälfte des Monats wird die Miete von 1000 Schilling zum Ende des Monats bezahlt.“

Und diese Praxis war es nicht, die der Hausbesitzer jetzt im Gericht brachte. Er fordert die Verbilligung der Miete. Die Gastarbeiter in den verschiedenen Mieten in Linz zahlen.

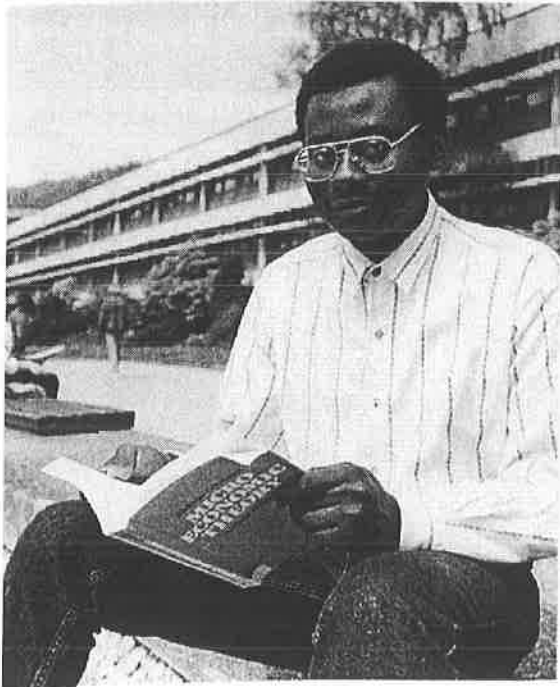


Das Trauner Studenten- und Gastarbeiterwohnheim, das seit Jahren als Gastarbeiterwohnheim genutzt wird. Die Miete pro Zimmer ist auf 500 Schilling festgesetzt. Die Miete pro Zimmer ist auf 500 Schilling festgesetzt.

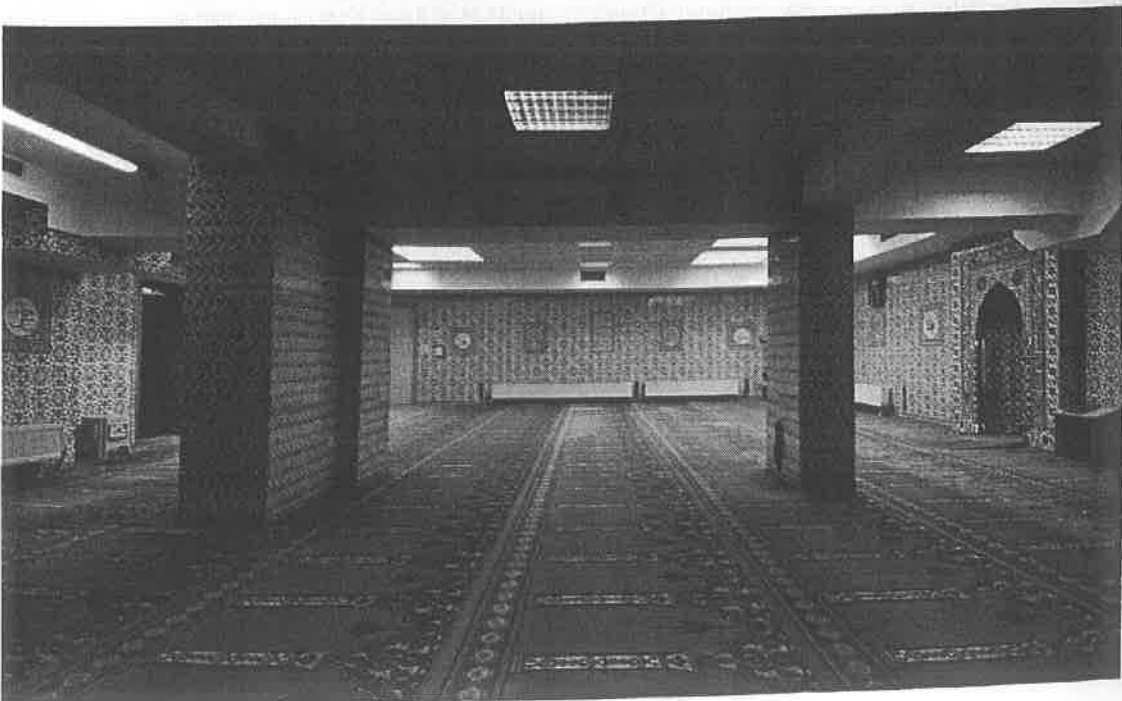
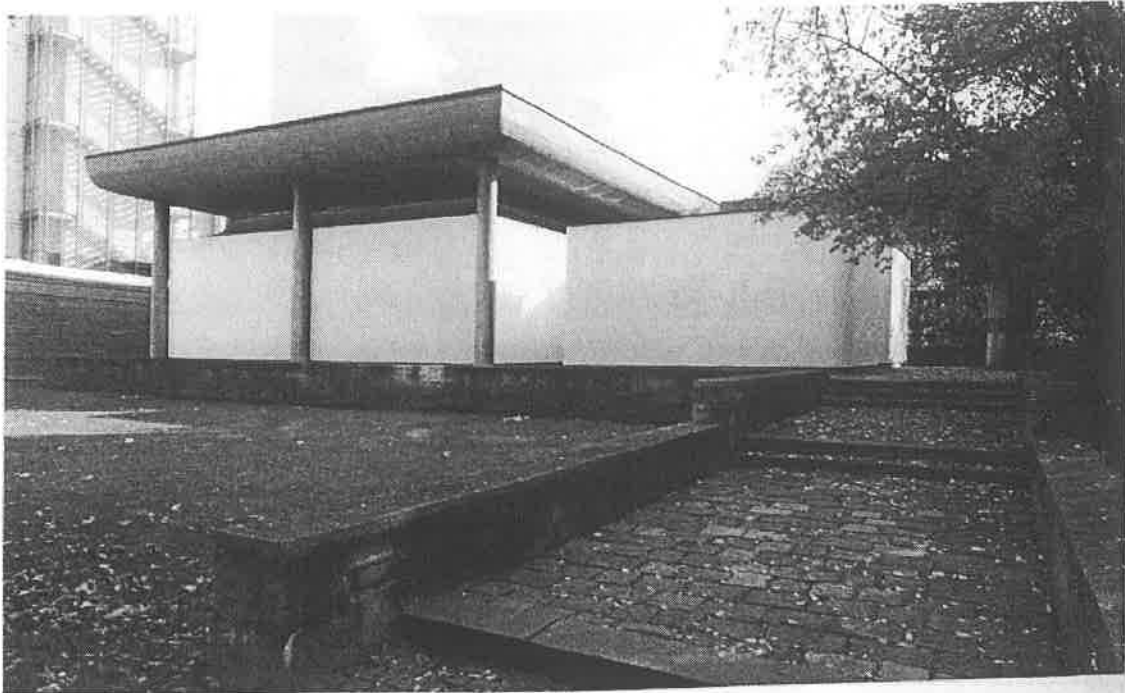
In den 1960er bis 1980er Jahren waren die Arbeitsmigranten aus der Türkei und aus Jugoslawien teilweise katastrophal untergebracht: Massenquartiere, Überbelag, fallweise massiver Mietpreiswucher.



1980 organisierte der Bundesdachverband der jugoslawischen Vereine erstmals eigene „Arbeitersportspiele“, die in Linz stattfanden. Oben: Einzug oberösterreichisch-jugoslawischer Sportler im Linzer Stadion; unten: Fußballspiel österreichisch-jugoslawischer Migrantenvereine.



Anlässlich der verstärkten Zuwanderung in den frühen 1990er Jahren gab der Magistrat eine Fotoserie „Ausländer in Linz“ in Auftrag. Die Bilder hier zeigen die tschechoslowakische Krankenschwester vor dem Linzer AKh, den ägyptischen Kellner vor dem Kaffeehaus, den ghanesischen Studenten vor der Universität Linz und die irakische Kurdin mit ihrer Enkelin.



Religiöse Vielfalt: Erst 1968 wurde, nach der Zerstörung durch die Nationalsozialisten, in Linz eine neue Synagoge eingeweiht. Mit der Zuwanderung der „Gastarbeiter“ wurden muslimische Bethäuser eingerichtet, wie etwa der Gebetsraum des türkischen Vereins Atib, Humboldtstraße 46. Heute hat Linz auch eine ausgebaute Moschee.



George Wozasek (rechts), hier mit dem Wiener Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg, war von 1980 bis 2013 Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Linz.



Seit 2013 ist die Ärztin Charlotte Herman Präsidentin der oberösterreichischen Kultusgemeinde. Sie ist in Linz aufgewachsen, studierte in Israel und kehrte zurück.